



Schleswig-Holsteinischer Landtag

14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/27 (neu)

27. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 13. März 1997



27. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 13. März 1997

Gemeinsame Beratung

a) Stand und Perspektiven der kulturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins

Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 14/101

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/463

b) Heimat- und Regionalkultur

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/163

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/464

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur 1803, 1833
Dr. Ottfried Hennig (CDU) 1806, 1831
Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD) 1809
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 1812
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.) 1816
Anke Spoorendonk (SSW) 1820, 1832
Heide Simonis, Ministerpräsidentin 1823
Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD) 1825
Caroline Schwarz (CDU) 1828
Hans Wiesen (SPD) 1830
Gerhard Poppendiecker (SPD) 1831
Kläre Vorreiter (CDU) 1832

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß zur abschließenden Beratung ... 1834

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts 1995

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/395

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung – GO –) in der Fassung vom 1. April 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 322) sowie der Kreisordnung für Schleswig-Holstein (Kreisordnung – KrO) in der Fassung vom 1. April 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 356)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/483

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/557

Heinz Maurus (CDU), Berichterstatter .. 1834

Beschluß: Verabschiedung 1835

Klimaschutz – Planen, Bauen und WohnenAntrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/553

Ingrid Franzen (SPD)	1835
Gero Storjohann (CDU)	1837
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1840
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.) ...	1842
Anke Spoorendonk (SSW)	1844
Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau.	1846
Beschluß: Überweisung an den Sozialaus- schuß, den Umweltausschuß und den In- nen- und Rechtsausschuß	1849

**Krankenhausplanung und -finanzierung
nach dem Ausführungsgesetz des Kran-
kenhausfinanzierungsgesetzes (AG – KHG)**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/569

Uwe Eichelberg (CDU)	1849, 1859
Helmut Plüschau (SPD)	1851, 1861
Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1854
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.) ...	1856
Anke Spoorendonk (SSW)	1857
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Ge- sundheit und Soziales	1857
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1860
Beschluß: Überweisung an den Sozialaus- schuß	1861

Tätigkeit von Sekten in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/546

Heide Simonis, Ministerpräsidentin	1862
Ursula Röper (CDU)	1864
Frauke Walhorn (SPD)	1866
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	1868

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin
 Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und
 Europaangelegenheiten
 Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
 Wissenschaft, Forschung und Kultur
 Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister
 Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
 Wohnungs- und Städtebau
 Claus Möller, Minister für Finanzen und
 Energie
 Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
 Technologie und Verkehr
 Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
 Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus
 Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
 und Soziales
 Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
 Natur und Forsten

Beginn: 10.01 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung der 11. Tagung.

Erkrankt sind die Abgeordneten Peter Gerckens und Rolf Schroedter.

Wir beginnen mit den Tagesordnungspunkten 4 und 5. Ich rufe auf:

Gemeinsame Beratung

a) Stand und Perspektiven der kulturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins

Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 14/101

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/463

b) Heimat- und Regionalkultur

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/163

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/464

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. Ich bin nicht bereit, das, was ich heute noch an Stimme habe, auch noch herauszuschreiben.

(Beifall)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Bevor ich zur Beantwortung der Großen Anfrage das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Böhrk, erteile, möchte ich in der Zuschauerloge herzlich Herrn Ronneburger begrüßen. – Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Frau Ministerin Böhrk, Sie haben das Wort.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Der Ästhetiktheoretiker Wolfgang Iser berichtete in einem seiner neueren Vorträge über das, was er die „Virtualisierung der Wirklichkeit“ nennt. Zur Illustration nennt er ein Beispiel aus den USA. Unter der Bezeichnung „Video-Baby“ wird dort ein Acht-Minuten-Band mit interaktiven Komponenten vertrieben. Geburtszertifikat und Gesundheitsattest sind der Packung beigelegt. Der Benutzer hat sein Wunschbaby vor sich auf dem Bildschirm. Es reagiert auf Sätze wie: „iß den Brei! Lächle Mami an!“ Die Folgsam-

keit des Kindes ist perfekt. Am Ende der acht Minuten läßt es sich auch noch in den Schlaf singen. Auf der Verpackung steht:

„Die volle reiche Erfahrung der Elternschaft, ohne das Durcheinander und die Lästigkeit der wirklichen Dinge. Lieben Sie Kinder, haben aber keine Zeit, sich um sie zu kümmern? – Video-Baby ist für Sie.“

Natürlich wissen die Benutzer solcher Bänder um den Unterschied zwischen Simulation und Wirklichkeit. Der springende Punkt ist aber: Eine saubere Trennung zwischen Alltagsrealität und Medienrealität wird immer schwieriger.

Ich will mich beileibe nicht am kulturpessimistischen Gejammer über die neuen Möglichkeiten der Kommunikation, über die neuen und neuesten Medien beteiligen. Ich leite vielmehr aus der Entwicklung der neuen Medien die Notwendigkeit eines Bedeutungszuwachses für **Kulturpolitik** ab.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kulturpolitik muß in unserer Zeit der Medialisierung Menschen dazu befähigen, sich wie selbstverständlich in realen und in virtuellen Welten zu bewegen, ja zurechtzufinden. Dazu gehört, daß Menschen klar zwischen dem schönen Schein und der wahren Substanz unterscheiden können, daß sie nicht virtuelle, sondern unmittelbare kulturelle Ereignisse genießen können, daß sie einen sinnlichen, einen ästhetischen Eindruck, die Aura eines Originals und eines authentischen Ortes spüren können. Es gehört weiter dazu, daß sie sich um Qualitätsempfinden, Maßstäblichkeit und um Urteilsfähigkeit bemühen.

Die Chance der Zukunft – davon bin ich überzeugt – liegt in einem scheinbaren Paradoxon. Wir haben mehr **regionale Vielfalt** und Eigenheit, und gleichzeitig haben wir eine **globale Vereinheitlichung**.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Kulturbegriff, den wir heute verwenden, ist sehr wabernd, sehr unscharf. Wir sprechen von Eßkultur, von Wohnkultur, von Streitkultur, von Unternehmenskultur und Jugendkultur. Kultur reicht also von „Bürgern“ bis zu Bürgen, von Tätowierungen – die ich mir im Sommer in der Kieler Kunsthalle angesehen habe – bis zum Popkonzert.

Es fällt nicht leicht, über Kultur zu reden, sagt Dirk Baecker in seinem Essay in der „Frankfurter Rundschau“ vom 4. März 1997. Ich möchte hinzufügen, daß es auch nicht leichtfällt, über Kultur zu schreiben – jedenfalls nicht, wenn es gilt, eine Antwort auf eine Vielzahl ins Detail gehender Fragen und Unterfragen zu schreiben.

Ich nehme an, daß es Ihnen deshalb auch nicht sehr leichtgefallen ist, die beiden Kompendien, die beiden **Antworten**, auf die **Großen Anfragen** von zusammen fast 600 Seiten zu lesen. Ich bin aber ganz sicher,

(Ministerin Gisela Böhrk)

daß Sie alle den dicken Stapel Papier gewissenhaft durchgearbeitet haben. Sollten Sie das bisher nicht getan haben – weil vielleicht der Stapel doch etwas zu dick war –, möchte ich Ihnen doch empfehlen, einmal hineinzuschauen. Die Fülle der umfassenden Informationen vermittelt nämlich ein klares, ein deutliches Bild vom Stand der kulturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins am Ausgang unseres Jahrhunderts.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcro-
ne [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Sie zeigt, daß die Identität unseres Landes, seine Attraktivität für die Menschen, die hier leben, aber auch die wirtschaftlichen Zukunftschancen Schleswig-Holsteins eng mit seinen kulturellen Ressourcen verbunden sind.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder
[SPD])

Schleswig-Holstein ist ein **Kulturland**. Nicht nur, wenn Konzerte und Künstler des Schleswig-Holstein Musik Festivals das Land illuminieren, ist Schleswig-Holstein Heimat von Kunst und Kultur. Die Kirchen mit ihren Kunstdenkmälern, die Schlösser, die Herrenhäuser, die Zeugnisse der Industriekultur, die hochattraktiven Stadtkerne von Lübeck, Glückstadt, Eutin, Mölln und Friedrichstadt sind Zeugnisse hoher kultureller Leistungen der Vergangenheit. Unsere Theater sind beachtlich. Das Lübecker Theater ist in wunderbarem, wunderschönem Jugendstil wieder-
aufgestanden.

(Beifall bei der SPD)

Unsere rund 150 Museen und Sammlungen locken jährlich mehr als 3 Millionen Besucherinnen und Besucher. Auf Schloß Gottorf stehen Klassik und Moderne, Archäologie und demnächst auch der Glanz des Barocks im Mittelpunkt. Museen in Lübeck, Kiel, Flensburg und Husum zeigen große Leistungen regionaler Kulturgeschichte.

Unser Land war nicht nur das Land Hebbels und Mühsams, der Brüder Mann und A. Paul. Webers und Richard Hainzmanns, Emil Noldes und Ernst Barlachs, auch heute fühlen sich Künstlerinnen und Künstler wieder wohl in Schleswig-Holstein: Max Neumann und Klaus Fussmann, Günter Kunert und Siegfried Lenz, Günter Grass und Sarah Kirsch, Doris Runge und viele andere große und kleine Namen werden inspiriert von der Landschaft und ihren Menschen. Sie leben unter uns, sind mit Worten und Werken präsent. Das ehrt unser Land, das zeigt aber auch, daß hier ein kulturpolitisches Klima herrscht, in dem es sich arbeiten läßt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN)

Ich glaube, daß es in den förderpolitischen Grund-
satzpositionen der Kulturpolitik parteiübergreifend weitgehend Konsens gibt. Die **Kulturpolitik** der Landesregierung basiert auf einer Arbeitsteilung, die

historisch gewachsen ist und die sich bewährt hat. Die kulturelle Grundversorgung der Kulturpflege im örtlichen Wirkungskreis bleibt primäre Aufgabe der **Kommunen und Kreise**. Das **Land** nimmt Aufgaben von überregionaler Bedeutung wahr und wirkt hin auf den Ausgleich zwischen den Regionen. Das Land schafft und unterhält die Einrichtungen und Organisationen, die übergreifend, die koordinierend, die landesweit tätig sind.

Wir wollen möglichst vielen Menschen aller Altersgruppen, aller Bevölkerungsschichten den Zugang zu Kunst und Kultur öffnen, damit sie sinnlich wahrnehmen, damit sie neue Seh- und Hörfahrungen machen, damit sie Orientierung finden, damit sie eigene Urteile fällen können.

Wir fördern vorrangig das, was es schwer hat und was sich am Markt nicht von selbst verkauft. Wir unterstützen und pflegen den engen Kontakt mit den künstlerisch Schaffenden und den vielen, vielen ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen und wirken auf Vernetzung hin.

Dieser weitgehende heute parteiübergreifende Konsens in den kulturpolitischen Grundpositionen schließt aber nicht aus, daß die Landesregierung die **Schwerpunkte der Kulturförderung** spezifisch gesetzt hat und weiterhin setzen wird. Für uns geht der Begriff Kultur über das Gute, Wahre, Schöne hinaus. Kultur ist kein Fundus gut abgehangener klassischer etablierter Werte. Vielmehr ist Kultur ein Produkt des Streits, des Diskurses, der Auseinandersetzung um Werte. Die in den letzten Jahren neu gesetzten Schwerpunkte geben Anregungen und Anstöße, etwa auf dem Gebiet der Zeit- und Regionalgeschichte, insbesondere was die Aufarbeitung der allzulange vernachlässigten Geschichte des Nationalsozialismus angeht.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer
[SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Die Aktivitäten des neugegründeten Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, die „Novembertage“ im jüdischen Museum Rendsburg, das künftig den Stellenwert der Zeitgeschichte noch weiter verstärken will, und die Wanderausstellung „Ende und Anfang im Mai 1945“, das sind vorzeigbare und weithin beachtete Ergebnisse auf diesem Feld.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Ausbau der volkskundlichen Sammlungen, der Kultur der kleinen Leute, der Kultur der Leute auf dem Schleswiger Hesterberg ist der kulturpolitische Schwerpunkt der nächsten Jahre. Die Beratungszentren für Niederdeutsch in Leck und Ratzeburg, die Erarbeitung und Umsetzung des Landesplans „Niederdeutsch“, die Verselbständigung des Museumsamtes zur Förderung und Beratung der kommunalen

(Ministerin Gisela Böhrk)

Museen und die erfolgreiche Veranstaltungsreihe „Kulturtage in...“ sind hier zu nennen.

Wir verstehen **Heimatkultur** und **Regionalkultur** nicht als einen „Sonderkulturbereich“. Dies könnte im Ergebnis zu einer positiven Ghettoisierung der Heimatkultur führen, an der uns nicht gelegen sein kann. Für uns haben Heimat- und Regionalkultur nichts mit konservierender Beschaulichkeit zu tun, etwa als Gegenbild zu globaler Vereinheitlichung, vielmehr verstehen wir sie als anfaßbare, als erlebbare, als identitätsstiftende Geschichte und Gegenwart.

(Beifall bei der SPD)

Der Förderung der Kulturarbeit der Friesen ebenso wie der dänischen und der deutschen Minderheit beiderseits der Grenze und der nationalen Minderheit der Sinti und Roma hat die Landesregierung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dies werden wir auch künftig tun. Wir stärken das kleine und große kulturelle Angebot vor Ort. Bei der Soziokultur galt es, Förderstrukturen, die es in anderen Flächenländern längst gab, erst einmal aufzubauen.

Das **Schleswig-Holstein Musik Festival** konnte konsolidiert und konzeptionell modernisiert werden. Dazu kommt die Vernetzung der Veranstaltungen des Festivals und seines jeweiligen Themenschwerpunktes mit dem Museums- und dem Literatursommer.

Wir fördern **Qualität** durch regionale **Zusammenarbeit**. Durch die Veranstaltungsreihe „Kindertheater des Monats“, durch gemeinsame Ausstellungen der Museen, die wir über das Museumsamt fördern, durch Kooperationsprojekte mit der Musikhochschule Lübeck, der Muthesius-Schule, mit dem Literaturbüro, dem Landesmusikrat, dem Landeskulturverband oder dem Bundesverband Bildender Künstler.

Zur Heimat- und Regionalkultur gehört der Blick über Knicks und Deiche, gehört der Austausch über die Landesgrenzen hinzu, so wie eine Medallenseite die andere ergänzt. Wir haben mit dem Stipendiatenprogramm, mit unserer bewährten Initiative „Ars Baltica“, mit den Kontakten zu unseren **Partnerschaftsregionen** vor allem im Ostseeraum besondere Schwerpunkte gesetzt. Wir öffnen die Fenster und Türen zum Norden.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben die Filmförderung in Gang gesetzt und wir haben mit der neuen Form „Kunst im öffentlichen Raum“ einen Schub neuer Ideen provoziert. Ein Glanzstück ist sicherlich die Sanierungshilfe für alle drei großen Mehrspartentheater mit einem Volumen von 50 Millionen DM über zehn Jahre.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir beraten und wir lassen uns beraten von Professionellen und ehrenamtlich Tätigen. Zusammenarbeit, Professionalisierung, Kultur vor Ort, Kultur als Anstoß, auch als Stein des Anstoßes, das wird unsere Kulturpolitik auch weiterhin bestimmen. Ich danke

allen, die uns in diesem Bereich unterstützen, die durch ihre Arbeit zur Lebendigkeit und zur Vielfalt des kulturellen Lebens in Schleswig-Holstein beitragen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber – das will ich nicht verschweigen –, es gibt auch Probleme. Da ist der empfindliche Rückgang der Denkmalpflegemittel.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ja, ja!)

Ich spüre gleichzeitig in der öffentlichen Diskussion eine Tendenz, die den **Denkmalschutz** bei Zielkonflikten als Buhmann dastehen läßt. Das ist nicht akzeptabel.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Richtig!)

Der Denkmalschutz ist auf ideelle und materielle Unterstützung angewiesen und nicht auf Sonntagsreden.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Aber wie so oft kommt nun auch hier noch Gefahr aus Bonn. Der Bund plant die steuerrechtlichen Vergünstigungen für den privaten Denkmalschutz wesentlich zu beschneiden. Uns drohen große Gefahren für den Erhalt unseres gebauten Kulturerbes. Ein weiterer Einbruch würde die Arbeitsplätze einer ganzen Reihe spezialisierter mittelständischer Handwerksbetriebe gefährden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns also parteiübergreifend einig sein, daß die steuerliche Förderung des privaten Denkmalschutzes aus kulturpolitischen, aber auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen erhalten bleibt. Wir wollen die bestehenden Förderprogramme so vernetzen, daß sie für die Pflege von Baudenkmalern herangezogen werden können. Wir wollen dafür sorgen, daß die Denkmäler, aber auch alle unsere anderen kulturellen Schätze noch stärker zum touristischen Potential unseres Landes werden.

Gegenwärtig – wir diskutieren ja täglich und stündlich darüber – geraten die öffentlichen **Aufgaben** und öffentlichen **Ausgaben** überall unter Druck. Staat und Kommunen werden eingeklemmt, drohen unbeweglich zu werden zwischen steigenden Lasten und Erwartungen und sinkenden Einnahmen. Mir scheint, es ist ein Konsens darüber spürbar, daß die Leistungen der Kulturpolitik notwendig sind, um unsere Zukunft zu gewinnen, um in Umbruchsituationen zu kreativen Lösungen und Gedanken zu kommen und um Gegenmodelle zur Infantilisierung und Digitalisierung zu entwickeln.

Ich glaube, daß dieser Konsens ins Konstruktive gewendet werden muß. Wir müssen gemeinsam dafür

(Ministerin Gisela Böhrk)

sorgen, daß die Kultur nicht unter die Dampfwalze der Sparpakete gerät.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn für uns alle wird Kultur mehr und mehr zur Ressource der Zukunftsgewinnung.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppen der Hauptschule Silberstedt und der Realschule Flintbek.

(Beifall)

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat mit ihrer **Antwort** auf die **Große Anfrage** der SPD-Fraktion zum Stand und zu den Perspektiven der kulturellen Entwicklung in Schleswig-Holstein – man muß sagen, wunschgemäß – eine beachtliche Fleißarbeit vorgelegt, die den parlamentarischen Leser nahezu erschlagen könnte. Ich bin aber sicher, daß das nicht beabsichtigt ist.

Ein Staat, der den Menschen dienen will, muß sich vor allem auch als Kulturstaat verstehen. Es war bisherige gute Tradition im Lande, daß die Kulturpolitik gerade deswegen über Parteigrenzen hinweg gemeinsam getragen wurde. Das schließt natürlich im Einzelfall Kontroversen und Unterschiede nicht aus.

Nun ist die vorliegende Antwort der Landesregierung in erster Linie eine **Bestandsaufnahme** der kulturellen Struktur und insbesondere der Infrastruktur des Landes. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bildungsministeriums und der nachgeordneten Einrichtungen und zum Teil auch privater Träger möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich für ihre Detailantworten danken.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Der Bericht zeigt die Vielfalt des kulturellen Lebens und der entsprechenden Einrichtungen in Schleswig-Holstein. Er macht auch deutlich, daß ein kontinuierlicher Prozeß – man muß sagen – der letzten Jahrzehnte den jetzigen Stand ermöglicht hat, bei dem allerdings gerade in den letzten Jahren ein bedenklicher Abbau zu beobachten ist.

Es versteht sich von selbst, daß wir in diesem Zusammenhang an die außerordentlich erfolgreichen Kultusminister denken, die die CDU diesem Lande gegeben hat, von Edo Osterloh bis Peter Bendixen, der eine langjährige sehr gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Man könnte das leicht und sehr polemisch mit dem heutigen Zustand vergleichen. Ich will das nicht tun.

Unser christlich-demokratisches Grundverständnis staatlicher **Kulturpolitik** heißt: Sicherung der Rahmenbedingungen für die künstlerische Selbstentfaltung, Förderung und Pflege der kulturellen Vielfalt im Lande mit dem Ziel, daß sich möglichst viele Menschen kulturell betätigen, Sicherung der Freiheit des kulturellen Lebens ohne inhaltliche Vorgaben des Staates, Wille zum offenen, kritischen und zugleich verantwortungsvollen Dialog zwischen Kultur und Politik, angemessene finanzielle Förderung durch das Land, auch in Zeiten schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen, und gleichgewichtige Förderung aller Sparten des kulturellen Lebens ohne ideologische Voreingenommenheit.

(Beifall bei der CDU)

Gerade hinsichtlich der **gleichgewichtigen Förderung** der verschiedenen Sparten ist an dem in dem Bericht auf Seite 18 genannten Ziel der Landesregierung, mit Vorrang das zu fördern, das es schwer hat, das nicht unbedingt marktgängig ist und sich nicht von selbst verkauft, mindestens ein Fragezeichen anzubringen. Ein ähnlicher Vorrang findet sich auch im rot-grünen Koalitionsvertrag, in dem es heißt, daß die Kulturpolitik des Landes Schleswig-Holstein vorrangig kulturelle Projekte fördern soll, die sich wirtschaftlich nur schwer behaupten können. Dieser Vorrang muß definiert und er muß erläutert werden, um Einseitigkeiten zu verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Wesentliches Ziel des Antragstellers war es, daß die Landesregierung neben der Bestandsaufnahme auch – jetzt zitiere ich die Sozialdemokraten wörtlich – „**Entwicklungsperspektiven** für die nächsten Jahre“ aufzeigt. Dieses Ziel – das muß man klar sagen – wurde überhaupt nicht erreicht, es sei denn, man versteht die häufig verwendete Floskel „weitere Förderung im Rahmen der Möglichkeiten“ als Entwicklungsperspektive. Das wäre aber arg bescheiden.

Zu den einzelnen Kunst- und Kultursparten tauchen immer wieder Floskeln auf wie „Förderung fortsetzen“, „weiterhin einsetzen“, „Realisierung prüfen“ und ähnliches. Die Antwort auf die Große Anfrage enthält so gut wie keine Perspektiven und kulturpolitischen Leitlinien. Das ist schade und muß leider festgehalten werden.

(Beifall bei der CDU)

– Sie stimmen mir zu, Herr Rossmann.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Nein! Gehen Sie einmal in die Sache hinein, anstatt an der Oberfläche zu bleiben!)

– Aber Perspektiven dürften auch Sie nicht gefunden haben. Sonst müßten Sie gleich dartun, wo diese

(Dr. Ottfried Hennig)

liegen sollten. Vielleicht ergänzt die Ministerpräsidentin das auch gleich noch.

Die rot-grünen Koalitionspartner wollen nach ihrem Bündnisvertrag die schleswig-holsteinische Kulturlandschaft in ihrer Vielfalt und Farbigkeit, in ihrer Qualität und Kreativität stärken und weiterentwickeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch hier ist leider keine Spur von **Stärkung** und **Weiterentwicklung** zu entdecken. Sonst können Sie es gern zitieren. Aber, Frau Fröhlich, vielleicht soll hierzu zunächst ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben werden. Das ist ja der häufig gewählte Ausweg dieser Landesregierung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wem nichts mehr einfällt, der muß dasselbe immer noch einmal sagen!)

Aus Zeitgründen möchte ich diese **Perspektivlosigkeit** nur an wenigen Beispielen erläutern.

Da ist zunächst einmal das **Schleswig-Holstein Musik Festival**, das nach wie vor ein großes, ein entscheidendes, wichtiges Kulturereignis für unser Land ist, das aber in den letzten Jahren durch das Verhalten dieser Landesregierung auf dem besten Wege war, zu einer sommerlichen Provinzkonzertreihe zu verkümmern. Ich hoffe, daß die Turbulenzen der letzten Jahre überwunden sind. Die Frage bleibt jedoch: Gibt es eine dauerhafte konzeptionelle und insbesondere finanzielle Perspektive für das Schleswig-Holstein Musik Festival? Angesichts der von Rot-Grün verursachten Haushaltslage und der falschen kulturpolitischen Schwerpunkte müssen hier berechtigte Zweifel angemeldet werden. Die künftige Rechts- und Finanzierungsstruktur muß aber auf eine sichere Basis gestellt werden, damit Turbulenzen für die Zukunft vermieden werden können, damit die Verantwortlichen des Schleswig-Holstein Musik Festival die nötige Planungssicherheit besitzen und damit dem Festival wieder die internationale Bedeutung verschafft werden kann, die es über lange Zeit unter Justus Frantz ohne jede Frage gehabt hat.

(Beifall bei der CDU)

Als weiteres Beispiel kultureller Perspektivlosigkeit möchte ich – Sie haben ihn angesprochen, Frau Ministerin – den **Denkmalschutz** in unserem Lande nennen. In der finanziellen Förderung des Denkmalschutzes ist es zu einem schweren Einbruch gekommen, insbesondere nach Beendigung des 28-Millionen-DM-Sonderprogramms der CDU-Landesregierung, ein Programm, von dem man heute in diesem Lande nur noch träumen kann. Ohne Geld gibt es jedoch praktisch keinen Denkmalschutz. Die Antwort auf die Große Anfrage ergibt ausschließlich eine Aufzählung bisheriger Projekte und Einzelmaßnahmen und keinerlei Aussagen über zukünftige Aufgaben.

(Beifall bei der CDU)

Wo sollen denn die künftigen Arbeitsschwerpunkte der Landesdenkmalpflege liegen? Die Landesregierung versucht, auf Seite 257 hierauf eine Antwort zu geben. Dort ist die Rede vom Mitwirken an der Feststellung und dem Schutz erhaltenswerter historischer Kulturlandschaften, von der Fortführung der Denkmaltopographie und der Entwicklung der Gartendenkmalpflege, der Grundinstandsetzung des Schlosses Eutin und der Fortsetzung der Bodendenkmalpflege. Diese Hinweise sind jedoch, gemessen an den Möglichkeiten der vergangenen Jahre, keine Perspektiven, sondern Konzeptionslosigkeiten und das eher peinliche Ende einer geordneten Denkmalpflege.

(Beifall bei der CDU)

Als weiteren Punkt möchte ich die **Theaterlandschaft** in Schleswig-Holstein ansprechen. Ich will dabei die Leistungen des Landes für die Theatersanierung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ausdrücklich anerkennen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wenn aber, Herr Rossmann, der Eindruck erweckt wird, daß es sich hier um zusätzliche Landesmittel handelt, so muß dies entschieden zurückgewiesen werden. Denn die Leistungen hat eigentlich die kommunale Familie aus ihren Finanzausgleichsmitteln aufgebracht. Das ist genauso wahr.

(Beifall bei der CDU)

Seit acht Jahren redet die Landesregierung über die innere und strukturelle Weiterentwicklung der Theaterlandschaft, auch unter dem Druck der Haushaltskrise aller öffentlichen Hände. Als Ergebnis kann ich hier festhalten: Sie sind keinen einzigen nennenswerten Schritt weitergekommen. Dies ist schlicht der Stillstand einer von dieser rot-grünen Landesregierung gewollten Theaterpolitik.

Auch hier muß deswegen leider festgestellt werden: Keine realistische Perspektive für die Zukunft unserer Theater!

(Beifall bei der CDU)

Zu der berechtigten Frage – nicht nur Detailfrage –, ob in Kiel und beim Landestheater die drei Sparten erhalten bleiben sollen, ist keine Meinung der Landesregierung erkennbar.

Zur **kulturellen Jugendbildung**, einem weiteren wichtigen kulturpolitischen Ziel, das notwendiger denn je ist, enthält die Antwort auch nur wenig mehr als eine Bestandsaufnahme.

Ich will die Fülle der Einzelheiten durchaus anerkennen. Aber es ist eben doch nur eine Beschreibung des Bestehenden. Auf Landesebene werden vor allem zwei Jugendverbände genannt, die Jugend im Schleswig-Holsteinischen Heimatbund – es ist mir eine

(Dr. Ottfried Hennig)

Freude, Herrn Ronneburger herzlich begrüßen zu können –

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und die Deutsche Jugend des Ostens – Jugend in Europa. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ausgerechnet dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund und dem Jugendhof Scheersberg haben Sie im Haushalt 1997 die Mittel gekürzt.

Welche Vorstellungen die SPD von kultureller Jugendarbeit hat, ist sehr schön den „Kieler Nachrichten“ vom 31. August vergangenen Jahres zu entnehmen. Ich kann Ihnen das Originalzitat jederzeit zur Verfügung stellen. Dort wird auf die Schmierereien von Sprayern in Kiel eingegangen, die – wie wir alle unschwer nachvollziehen können – die Bürger mit Empörung, Wut und Verzweiflung erfüllen. Viele dieser Schmierereien sind doch nur mit dem Tatbestand „Sachbeschädigung“ zu umschreiben.

(Beifall bei der CDU)

– Es ist interessant, daß Sie an dieser Stelle so reagieren, Frau Fröhlich. Ich glaube, man sollte das Eigentum anderer Menschen ein bißchen höher einschätzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Genau zu diesen Schmierereien haben der SPD-Fraktionschef im Kieler Rathaus, Eckehard Raupach, und der Kieler Kreisvorsitzende der SPD, Rolf Fischer, erklärt – so die „Kieler Nachrichten“ –, Sprayen sei ein Teil der Jugendkultur.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist also Ergebnis kultureller Jugendbildung der SPD! – Den Sozialdemokraten hat es an dieser Stelle doch den Beifall verschlagen; das blieb den Grünen vorbehalten.

Geradezu grotesk sind die Ausführungen zur **Arbeit der Schulen**. Auf Seite 324 heißt es dazu: „Die Beiträge der Schule zur Jugend- und Kulturarbeit sind erheblich!“ – Die Realität sieht jedoch ganz anders aus.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Das Unterrichtsangebot geht erheblich zurück, gerade leider auch in den künstlerischen Fächern. Wenn schon Unterricht ausfallen muß, fordern wir, dies nicht einseitig und überproportional zu Lasten der künstlerischen Fächer gehen zu lassen. Auch hier ist feststellbar: Perspektiven Mangelware!

(Beifall bei der CDU)

Zweifellos hängt Kulturpolitik auch – das wissen wir alle sehr genau – mit den finanziellen Möglichkeiten zusammen und kann hiervon nicht losgelöst betrachtet werden. Die Gefahr ist aber übergroß, daß das Land aus einer finanziellen Not eine falsche kulturpolitische Tugend macht.

Auf Seite 16 der Antwort heißt es, daß der Schwerpunkt der Kulturarbeit in Deutschland traditionell bei den Gemeinden, Städten und Kreisen liege. Diesen Satz muß man sich einmal sehr genau angucken. Man kann darüber streiten. In jedem Fall ist dies genauer zu definieren und zu präzisieren. Keinesfalls darf es zu einem Rückzug des Landes aus der **Kulturfinanzierung** mit der Folge kommen, daß Kreise, Städte und Gemeinden gerade eine solche Landespolitik als Begründung für eigene Kürzungsabsichten heranziehen. Das darf unter keinen Umständen geschehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der in der letzten Landtagstagung verabschiedete Haushalt 1997 enthält gerade im kulturellen Bereich bedenklich viele einseitige Kürzungen. Ich hatte einige bereits in meiner Rede zur zweiten Lesung aufgeführt. All dies zeigt, daß die rot-grüne Landesregierung eben kein Garant für eine kontinuierliche und am Gebot der Gerechtigkeit orientierte Kulturpolitik ist.

Die Antwort auf die Große Anfrage ist vor allem und fast nur Bestandsaufnahme und als Materialsammlung gut geeignet, aber so gut wie ungeeignet für eine in die Zukunft gerichtete kulturpolitische Debatte.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

– Da darf man eigentlich nicht klatschen; dies ist eine problematische Stelle zum Klatschen. Es ist ja eine Tatbestandsbeschreibung, die zutiefst beklagenswert ist.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] – Holger Astrup [SPD]: Sie sollten das Ihren Leuten vorher sagen! Das ist manchmal praktischer!)

– Das ist bei meiner Fraktion nicht nötig. Wenn Ihre tief eingeschlafen ist, empfiehlt sich das eher.

(Holger Astrup [SPD]: Das muß an der Rede liegen!)

Anläßlich einer Veranstaltung in der Hermann-Ehlers-Akademie „50 Jahre Land und Leistung“ stellte der Landeskulturverband vor drei Monaten schlicht fest: „Heute ist die Kultur in unserem Lande in Bestand und Entwicklung gefährdet!“ – Ein schlimmes Zitat, über das wir alle miteinander anläßlich dieser Gelegenheit einmal nachdenken sollten.

Ich glaube, diese Landesregierung hat eine große Chance vertan, dieser Gefahr entgegenzuwirken und – wie eigentlich selbst von der SPD als Fragesteller erwartet – realistische **Perspektiven** aufzuzeigen. Wie auf anderen Politikfeldern auch hier: Fehlansätze!

Liebe Frau Simonis, zum Schluß möchte ich Sie mit einem Zitat vertraut machen, das wunderschön ist. An dieser Stelle kann man dann auch klatschen; ich weise meine Fraktion rechtzeitig darauf hin.

(Heiterkeit)

(Dr. Ottfried Hennig)

– Noch nicht!

Björn Engholm, Ihr Vorgänger, Frau Simonis, muß das, was ich eben gesagt habe, alles schon 1990 geahnt haben. Ich zitiere aus dem „Quickborner Tageblatt“ vom 16. August 1990.

(Holger Astrup [SPD]: Die werden sich freuen, daß sie so viel zitiert werden!)

Wie ihm zu entnehmen ist, hatte Engholm seinerzeit an einem „Terrassengespräch“ – das ist eine wichtige kulturpolitische Errungenschaft – beim Pinneberger SPD-Landtagsabgeordneten, dem früheren Kollegen Horst Hager, teilgenommen. Lassen Sie mich aus diesem Artikel zitieren. Es heißt dort:

„Und während Horst Hagers schwarze Katze, genannt ‚Katze‘, vor ihm auf und ab lief und die Blicke der Gäste ob der dunklen Wolken sorgenvoll gen Himmel schweiften, ließ Engholm noch einen schmunzelnden Stoßseufzer in Richtung SPD los: ‚Vor 20 Jahren habe ich gehofft, es gäbe eine Partei in allen Parlamenten, die ein waches Auge auf die Kultur hat. Und ich dachte immer, das könnte meine Partei sein.‘“

Ende des Zitats und Ende meiner Rede!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es einmal so sagen: Der mitreißende Beitrag des Oppositionsführers hat sicherlich nicht nur die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN etwas ratlos gemacht.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Geißler [CDU]: Das sind sie öfter!)

Weil wir eine kulturpolitische Debatte in Gemeinsamkeit beginnen sollten, möchte ich mich dem Oppositionsführer da anschließen, wo ich ihn am konkretesten und aufrichtigsten fand: Das ist der Dank an die Verwaltung, die eine Ausarbeitung vorgelegt hat, auf die sich kulturpolitische **Analysen und Perspektiventwicklungen** mit gründen können. Dies gilt für die Antworten auf die beiden Großen Anfragen, die von der SPD-Fraktion gestellt und die von der CDU-Fraktion gestellt.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Ich empfehle Ihnen, Herr Oppositionsführer, nur, sich nichts aufschreiben zu lassen, sondern selber zu lesen.

Was die Analyse angeht, will ich nur ein Beispiel nennen. Ich registriere positiv, daß wir alle aus der Analyse heraus eine Menge mitnehmen können, zum

Beispiel auch in bezug auf von uns bisher nicht so zentral betrachtete Fragen wie etwa die Beteiligung von Frauen an Kultur. Ich muß ausdrücklich sagen, daß ich für unsere Fraktion sehr interessante Darlegungen lesen konnte.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Ich erkenne ausdrücklich an, welche große Mühe sich die Menschen gegeben haben, uns in bezug auf Sponsoring, kommunale Finanzierungsanteile und das ganze Geflecht der kulturellen Unterstützung Handreichungen zu geben. Insoweit hat dieser Bericht der Landesregierung schon etwas vorweggenommen, was wir in diesem Parlament in der Zukunft sicherlich häufiger erleben werden. Wenn wir uns nämlich darauf verständigen, daß das **Parlament** Zielgrößen vorgibt und die **Landesregierung** im Rahmen von Etats, von Budgets eigenverantwortlich ausgestaltet, werden wir mehr zum **Berichtswesen** kommen. Insofern löst dieser Bericht schon etwas ein, was uns auch in Zukunft häufiger präsentiert werden wird, nämlich die Darlegung, wie die Kulturverwaltung mit Geld umgegangen ist. Wir wollen ausdrücklich sagen – auch wenn wir in die Details dieses Berichts gucken –: Die Kulturverwaltung geht vorsichtig, subsidiär, genauso aber auch akzentuiert mit dem Geld um, das wir ihr zur Gestaltung der Kulturpflege in Schleswig-Holstein überlassen.

(Beifall bei der SPD)

Insoweit ist das Verpflichtung für uns, den Bericht heute nicht abzulegen, sondern sehr intensiv im Ausschuß zu beraten. Wir machen gern das Angebot, dies zusammen mit den übrigen Berichten zu tun, die uns vorliegen, und dort auch die betroffenen Institutionen und Verbände einzubeziehen, damit der SHHB heute nicht nur auf der Tribüne zuhören muß, sondern sich in die Diskussion auch einbringen kann.

Als letztes, um auf die **Berichte** einzugehen: Sie sollen heute für uns Anlaß zu **Rückblick** und **Ausblick** sein. Herr Kollege Hennig, Sie sind ein Geist, der stets verneint, aber ein bißchen mehr Noblesse hätten wir Ihnen schon zugetraut, Kulturpolitik nicht nur von Osterloh bis Bendixen als gemeinsame Aufgabe in diesem Lande Schleswig-Holstein anzusehen, sondern auch anzuerkennen, daß die Ministerin Rühmkorf, die Ministerin Tidick und die Ministerin Böhrk etwas aufgenommen und weiterentwickelt haben. Wir haben auch anerkannt, daß hier 1988 nicht ein Stand Null war, sondern daß auch damals schon Grundlagen mit gelegt worden sind. Vielleicht ist das, was Kollege Bendixen, als er diesem Parlament noch angehörte und ein streitbarer Geist war, auch bei Ihnen noch wieder zu finden. Denn Kollege Bendixen konnte diesen Bogen immer noch schlagen; er konnte dies bei aller Kritik und bei allem Respekt für das, was nachfolgende Politikerinnen und Politiker hiermit gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

Die Wertung, die wir vornehmen wollen, soll nicht allein durch mich geschehen, es werden sich auch andere mit einbringen. **Kulturpolitik** lebt nicht von einem Geist, sondern von vielen Geistern und vielfältigen Beiträgen. Aber das Fazit aus sozialdemokratischer Sicht zur Kulturförderung des Landes möchte ich so fassen, daß wir sicherlich gemeinsam sagen können, es gibt gute und stabile Fundamente und eine breite Verankerung von Kulturentwicklung und -förderung im Lande. Es gibt ein klares Profil, es gibt auch Innovationsfähigkeit, und es gibt immer noch die Kraft, Anstrengungen des Landes auf zentrale Projekte zu konzentrieren. Ich will dies an drei Beispielen deutlich machen; dort unterscheiden sich auch CDU und SPD.

Das erste Beispiel richtet sich auf die **überregionale Ausstrahlung**, die dieses Land kulturpolitisch hat. Wir nennen dabei immer nur zwei Projekte in einem Atemzug: **Schleswig-Holstein Musik Festival** und **Ars Baltica**. Es fällt uns auf, daß bei der CDU **Ars Baltica** nie mitgenannt wird, obwohl es genauso wie das Schleswig-Holstein Musik Festival etwas ist, was unser Land in einer größeren Region bekannt macht, eine größere Region in unser kulturelles System mit einbezieht und deshalb positiv weiterentwickelt werden sollte.

Wenn Sie das Schleswig-Holstein Musik Festival ansprechen und es ausschließlich einmal mehr mit dem sicherlich verdienstvollen Gründer Justus Frantz verbanden, hätten wir erwartet, daß Sie auch gegenüber Herrn Willnauer Respekt zeigen könnten: denn da ist etwas weiterentwickelt worden. Wir finden es schon beschämend, daß Sie nicht einmal dies tun können,

(Beifall bei der SPD)

wenn Sie denn nicht anerkennen mögen – und wir erkennen es ausdrücklich an –, daß es gut ist, wenn das Musikfestival dieses Landes mehr mit dem Namen Schleswig-Holstein Musik Festival verbunden ist als mit dem Namen eines sicherlich verdienstvollen Gründers,

Als zweites möchten wir etwas ansprechen, wo sich in den letzten Jahren im Rückblick auch Entscheidendes getan und stabilisiert hat, wenn wir die **Verzahnung von Kulturentwicklung und Hochschulen** dieses Landes betrachten. Es fällt auf, daß Sie diesen Zusammenhang gar nicht mit erwähnen. Natürlich, es konnte sich die Musikhochschule entwickeln, die Muthesius-Fachhochschule ist wieder eigenständig geworden, das Nordfriisk Institut hat eine deutlich stärkere Förderung bekommen und ist mit einer regional bedeutsamen Hochschule verzahnt. Wir haben das Institut für Zeit- und Regionalgeschichte dazu gewonnen. Das ist eine wirkliche Errungenschaft, die Sie ganz streichen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dort noch das Europäische Zentrum für Minderheitsfragen dazugekommen ist, dann berührt das schon Säulen, die wir in Schleswig-Holstein auf dem

anspruchsvollen Niveau von wissenschaftlicher Ausbildung, wissenschaftlicher Forschung und kultureller Dienstleistung in den letzten Jahren mit aufbauen konnten.

Ein dritter Punkt: Konnten wir uns vor einigen Jahren vorstellen, daß es einen **Schleswig-Holsteinischen Büchereiverein** geben würde, der gemeinsam von beiden Landesteilen getragen mit den Kommunen zusammen eine gleichwertige Förderung aller Landesteile in kommunaler Zuständigkeit unter Verschonung und Einsparung von Mitteln im klassischen Sinne von Synergieeffekten geben könnte? Daß dieses mit entstanden ist, ist eine große Leistung dieser Landesregierung und anderer, die das mitgetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das sind nur drei Schlaglichter, die ein bißchen widerlegen, was Sie, Herr Hennig, hier ausschließlich als negative Bilanz meinten aufzischen zu können. Wir meinen, daß Kultur auch deshalb in Schleswig-Holstein stark ist, weil sie Teil einer Bürgerbewegung ist, weil sie erkannt ist als gesellschaftliches Bindemittel, weil sie sich auch immer noch als zukunftsorientiert, als ein Zukunftsprojekt versteht.

Ich will zwei grundsätzliche Bemerkungen machen, zumal Frau Böhrk – so möchte ich für unsere Fraktion feststellen – in ihrer Analyse, was Kulturförderung in einer Mediengesellschaft, in einer Gesellschaft, wo wir in das Spannungsfeld von Digitalisierung und Infantilisierung geraten – damit hat sie recht, wir beobachten das, wenn wir uns so untereinander austauschen, alle mit Sorge –, Maßstäbe gesetzt hat. Ein Maßstab ist: Wann immer wir **Kulturförderung** betreiben, ist es auch eine Frage nach dem **Niveau**. Daß das Land sich darum bemüht, Niveau zu halten, Niveau zu fördern, Niveau auch in der Kulturszene Schleswig-Holsteins insbesondere zu verankern, ist eine spezifische Landesaufgabe, die nicht abwertet, was sich alles an Initiative auch in der Fläche findet. Das Land hat hier eine besondere Verantwortung; wir sehen es an dem konkreten Projekt Musikfestival. Kultur ist schwierig und muß immer schwierig sein, und nur solange die Künste Mühe machen, bewirken sie etwas – ein Zitat von Hilmar Hoffmann, dem Urvater sozialdemokratischer Kulturpolitik – auch mit dem Maßstab Kulturförderung.

Das zweite, was aus dem Entwurf der Landesregierung als gemeinsamer Maßstab heraus scheint, ist die **Orientierung** und die Unterstützung bei der Findung von **Identität**. Dazu eine Bemerkung zu unserem Verständnis von Heimat- und Regionalkultur! Heimat hat man, in der Region lebt man, aber Geist und Sinne müssen immer darüber hinausgehen. Oder, um es mit einem Zitat zu verdeutlichen: Von Herder ist der Satz überliefert: „Heimat ist da, wo der Mensch sich nicht erklären muß.“ Das kann nicht reichen. Wir haben eine Zeit, in der wir uns erklären müssen, vor uns selbst und vor anderen. Insoweit muß sich jede Förderung von Heimat- und Regionalkultur als Teil des

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

Ganzen begreifen, das genau dafür sorgt, daß dort Kommunikationsfähigkeit, Interdisziplinarität, Zusammenwirken verschiedener kultureller Angebote greifbar wird. Dies ist der Maßstab, den die Landesregierung setzt. Wir teilen ihn nachdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Zweite grundsätzliche Bemerkung: Kulturpolitik von der Methode her muß kooperativ sein. Der Staat soll den **Rahmen** setzen, der Staat soll Partner finden und zusammenführen, sei es aus den Organisationen der Kulturschaffenden selbst, was in Schleswig-Holstein intensiv praktiziert wird, sei es als Mittler zu den Kommunen oder sei es – und das wird eine neue Aufgabe für die Zukunft sein, wo wir erleben, daß gesellschaftliches Geld stärker werden wird als staatliches Geld –, Mittler zu sein zu Sponsoren und zu Mäzenen.

Die Landesregierung hat dort Beispiele in den letzten Jahren geben können: Sammlung Horn, Sammlung Gerlinger, andere Projekte. Wer diesen Bericht liest, findet dort die Feststellung – hochinteressant! –,

(Angelika Volquartz [CDU]: Spielmann!)

daß Sponsoren ihr Verhalten offensichtlich daran mitorientieren, was auch staatlich mitgefördert oder als Maßstab mit vorgegeben wird. In dem Sinne haben Staat, haben Kulturpolitik, haben Administration dort Mittleraufgaben. Wir möchten der Landesregierung nahelegen, dies auch in ihren nachgeordneten Behörden immer wieder anzuregen, zum Ausdruck zu bringen und zu verstärken.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte im Schlußteil auf fünf Punkte eingehen, bei denen dieser Bericht **Perspektiven** aufzeigt. Der Bericht zeigt mehr auf, aber man kann nicht alles ansprechen; die Kollegen werden es noch tun. Herr Hennig, es ist einer Opposition ja nicht verboten, Alternativen vorzutragen. Das ist nicht verboten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Otfried Hennig [CDU])

Erstens. Was die Museen angeht, ist die klare Perspektive, sich auf Ausbau und Vollendung des Volkskundemuseums auf dem Hesterberg in Schleswig zu konzentrieren und den **Museumsstandort Schleswig** nachdrücklich zu fördern, Museumsverbände – sei es organisatorisch, sei es inhaltlich – unter dem Stichwort „kooperatives Industriemuseum“ aufzubauen, Familienfreundlichkeit, Kinderfreundlichkeit der Museen zu stärken, weil das unter der Wahrnehmung, daß 75 % der Gäste dort Touristen sind, auch etwas damit zu tun hat, wie familienorientiert sich das breite kulturelle Angebot darstellt. Die Landesregierung setzt diese Akzente, und wir wollen Sie unterstützen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Zur kulturellen Investition hat Kollege Hennig einen schwierigen Punkt, die **Denkmalpfle-**

ge, angesprochen. Wir geben zu bedenken, ob wir nicht eine gemeinsame Anstrengung machen können und müssen, das positive Beispiel der Finanzierung der Sanierung der Theater als Anstrengung des Landes nach Auslaufen der Zehnmal-Fünf-Millionen-Programme auf andere kulturelle Investitionen auszuweiten, von denkmalwichtigen Gebäuden bis hin zu soziokulturellen Zentren. Was Kiel, Lübeck und Flensburg erfahren haben, ist in der Fläche des Landes genauso virulent; wir werben da um Unterstützung.

Drittens. Ein Problem, das dieser Bericht aufzeigt, ist die unterschiedliche Entwicklung der Förderung der **Musikschulen**. Wir glauben, daß dort der Finger mit Recht in eine Wunde gelegt worden ist. Es kann nicht angehen, daß wir einen unspezifizierten Vorwegabzug im FAG hatten und dieses Geld bei den Kommunen nicht für die Musikschulförderung eingesetzt wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden überlegen müssen, ob da eine klare und einheitliche Förderung besser ist. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Haben wir schon vor vier Jahren gefordert!)

Viertens. **Musische Bildung und Jugendkultur** haben – beispielhaft von der Landesregierung vorgetragen – die kleine Anregung: Modell einer gemeinnützigen Baugenossenschaft zur Förderung von Übungsräumen für Jugendbands, Rockbands und andere. Das sind die kleinen Dinge, die man liest, wenn man sich auf die Sache einläßt und nicht den Überflieger machen will, wie es der Oppositionsführer meinte, hier tun zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten zusätzlich anregen – das ist eine Idee, die unsere Fraktionsvorsitzende geboren hat –, daß wir uns neben dem Programm „Schulen ans Netz“ gemeinsam um eine Initiative kümmern sollten, die nicht nur vom Staat betrieben wird, sondern genauso von Sponsoren, Institutionen: „Künstler an die Schulen“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist etwas, was wir über das hinaus, was gegenwärtig in der Literatur praktiziert wird, auch für die bildenden Künste, Musik und andere finden können.

Fünftens. Daß die **Zeitgeschichtsforschung** bei der CDU auf wenig Resonanz stößt, beobachten wir schmerzlich. Wir wollen das IZRG eindeutig erhalten, wir wollen es ausbauen.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist eine Organisationsfrage!)

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

Wir wünschen uns da mehr Sensibilität. Deshalb zwei Bemerkungen! Natürlich zeigt die Landesregierung ein weiteres Projekt auf, den Ausbau der jüdischen Synagoge in Friedrichstadt zu einem wichtigen kulturellen Zentrum neben dem Bamberger-Haus. Weshalb übersehen Sie so etwas?

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Natürlich sind wir dafür, daß es weiterhin einen Schleswig-Holstein-Tag gibt – nicht nur weil es beim nächsten Mal meine Heimatstadt Elmshorn ist –, aber das Motto, wie es gegenwärtig vorgesehen ist, „150 Jahre Demokratie in Schleswig-Holstein“, kann es nicht sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir haben da nicht nur gegenüber Dänemark, sondern auch gegenüber nichtdemokratischen Zeiten dieses Landes Aufmerksamkeit zu wahren.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht ist es eine Anstrengung dieses Parlamentes wert, wenn ein Zeitungskommentator sagt: „Sprecht doch von Demokraten in Schleswig-Holstein!“ Denn das beschreibt, daß Menschen erfolgreich waren, aber auch mit Niederlagen kämpfen mußten. Wir möchten das mit empfehlen.

Ein Letztes! Es ist ein Beitrag zur Kultur, daß wir 1995 die Landesausstellung „50. Jahrestag der Befreiung in Schleswig-Holstein“ in Flensburg mit Jan Philipp Reemtsma als Redner eröffnen konnten, der in seinem Beitrag die kritische Betrachtung dessen, was **Wehrmacht in Deutschland** gewesen ist, in den Mittelpunkt gestellt hat, und vier Jahre später, 1999, von unserem Landtagspräsidenten zu einer Ausstellung eingeladen worden ist. Wir meinen, das hat auch etwas damit zu tun, wie wir mit unserer Identität umgehen.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Es wäre gut, das ganze Haus würde dort die Bereitschaft, die Sensibilität aufbringen, die mit Schmerzen verbunden ist. Aber weder Kultur ist immer einfach, noch Geschichte ist immer einfach. Aber wir sollten es uns auch nicht leichtmachen, denn dieses Land gewinnt nur dadurch, daß wir uns Schwierigkeiten stellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Angelika Volquartz [CDU]: Dann muß es eine andere Darstellung geben!)

Noch ein Abschlußgedanke! Nun ist Kollege Hentschel nicht hier, er bringt immer gern ein Goethe-Zitat. Goethe hat einmal gesagt: Kultur strengt an. – Kollege Hennig, auch Kulturdebatten können an-

strengen, aber dann muß man sich darauf einlassen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Das sind wir der Regierung, das sind wir den Kulturschaffenden, das sind wir der Kulturperspektive in Schleswig-Holstein schuldig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es reizt, sich mit der Formulierung des Oppositionsführers auseinanderzusetzen, dieses Land sei ein Kulturstaat. Ich will aber der ansonsten inhaltslosen Rede nicht zuviel Aufmerksamkeit widmen, aber eines möchte ich dennoch sagen, was mich sehr beunruhigt, Herr Dr. Hennig. Wenn Sie der Ausichtslosigkeit und der Raumlosigkeit von Jugendlichen in unseren Städten, die sich Lebenszeichen an Betonwänden und unter Lebensgefahr auf S-Bahnzügen verschaffen, die Wut und Verzweiflung von Bürgern gegenüberstellen, die ihre Häuserwände mit Graffiti überzogen sehen, gleichzeitig nicht wenigstens auch die Wut und Verzweiflung der Jugendlichen benennen und im selben Atemzug ein Schleswig-Holstein Musik Festival kleinreden, weiß ich nicht, auf welche Art von Debatte ich mich mit Ihnen einlassen soll, wenn es um die Kultur in diesem Lande geht. Politische Kultur jedenfalls haben Sie nicht; das hat Ihre Rede bewiesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus unserer Sicht ist die **Antwort der Landesregierung** eine gute Grundlage für die Überarbeitung der kulturpolitischen Konzepte des Landes, eine Fleißarbeit der Kulturabteilung des Ministeriums, die uns in die Lage versetzt, politische Prioritäten zu überprüfen. Für die Zukunft wäre es meines Erachtens allerdings hilfreich – das ist eine Anregung nicht nur für Berichte und Antworten, sondern auch für Haushaltsentwürfe –, solche Informationen auch auf Diskette zu bekommen; dann hätten wir es leichter, die Unterlagen zu bearbeiten.

(Staatssekretär Dr. Dieter Swatek: Können Sie sofort haben!)

– Herr Swatek, das ist wunderbar, das höre ich gern; toll, her damit!

Für sogenannte Hochkultur – so heißt es in der Antwort; darauf müssen wir unsere Aufmerksamkeit richten – wird immer noch ungleich mehr ausgegeben als für **freie Kulturarbeit**. Insofern sind wir meines Erachtens weit von dem Punkt entfernt, mit Vorrang

(Irene Fröhlich)

das zu fördern, „was es schwer hat“, wie es in den leitenden Gesichtspunkten für die Kulturpolitik des Landes formuliert wurde.

Wir Grünen stehen dafür, daß wir diesen Punkt besonders herausarbeiten und ihm besondere Aufmerksamkeit widmen wollen. Unser Einsatz für die soziokulturellen Zentren im Lande zeugt davon. Die Landesförderung für die **Soziokultur** wird auf unsere Initiative hin verstärkt, weil die Sicherung der Arbeit der soziokulturellen Zentren eine Aufgabe von landespolitischem Rang ist. Insofern haben wir wahrscheinlich auch gerade Unterschiede in der Einschätzung dessen, was Landeskulturpolitik zu sein hat. Sie hat sich auch an den kommunalen Strukturen dieses Landes zu orientieren.

CDU und F.D.P. haben in den Haushaltsverhandlungen betont, daß sie hier keinen Bedarf sehen. Das zeigt einmal mehr, daß sie mit Jugendkultur und Kultur von unten nichts anzufangen wissen. Uns reicht es dagegen nicht, uns auf sogenannte Hochkultur und Brauchtumpflege zu konzentrieren. Wir wollen der freien Kulturpflege einen deutlich stärkeren Stellenwert geben. Sogenannte populäre Kultur, also Popkultur, wird noch zu sehr ausgegrenzt und dem freien Markt überlassen. Immer wieder zeigt sich, daß große Kulturprojekte überproportional viele öffentliche Mittel schlucken, während freie Kulturschaffende oder nicht im Verband organisierte Theater geringe Chancen auf Landesförderung haben.

Wenn es uns nicht gelingt, den Kulturhaushalt so umzustrukturieren, daß eine Dynamisierung der Ansätze analog zu den Kostensteigerungen möglich wird, fördern wir die weitere Kommerzialisierung und den Personalabbau. Das ist die Schattenseite des Sponsorings; das will ich ganz deutlich sagen.

Viele Einrichtungen – das wissen wir ganz genau – sind bereits am Rande ihrer Existenzfähigkeit. Wenn aber **Kultur** als reiner **Wirtschaftsfaktor** betrachtet wird, wird sie mit der Elle der betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung gemessen werden. Kultur ist aber viel mehr; sie ist auch Bereicherung des Geistes und Erweiterung des Horizonts. Sie hat einen Eigenwert und ist eine Investition in die Zukunft. So ähnlich hat es die Ministerin in ihrem Schlußwort gesagt.

Gegen den weltweiten Sog der Vereinheitlichung und Vergleichzeitigung sowie der unendlichen Wiederholungen des immer Gleichen kann und muß Kultur Fremdes und anderes als Bereicherung erkennbar und fühlbar werden lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Kultur ist nicht nur im finanziellen Sinne, sondern auch im geistigen Sinne „umwegrentabel“; sie ist also nicht direkt rentabel, sondern macht eine Schleife, auf der sie vieles mit einbezieht.

Die Sichtbarmachung des Historischen in der Gegenwart, aber auch die Transzendierung des Gegenwärtigen in die Zukunft muß Teil kultureller Arbeit sein.

Das kann sehr wohl zu Einseitigkeiten führen. Es muß sie wahrscheinlich sogar fördern und bewirken; sonst kommen wir nicht voran. Es bleibt daher eine wichtige Aufgabe staatlicher **Kulturförderung**, eine landesweite **Grundversorgung** mit kommunaler und regionaler Einbindung sicherzustellen und **Innovationsförderung** zu betreiben. Es ist unsere politische Aufgabe – damit meine ich das ganze Haus –, die Haushaltsmittel für die Kulturarbeit im Lande zu sichern.

Die verbreitete Unsicherheit bei den Empfängern von Landesförderung darüber, wie ihr Zuschuß wohl im kommenden Jahr aussehen wird, wirkt sich lähmend aus. Da sind wir als Verantwortliche für diese Regierung besonders gefragt. Die **Zuwendungsempfänger** müssen immer mehr Energie darauf verwenden, Mittel zu akquirieren und abzurechnen. Es fehlt die Zeit für das, was der eigentliche Förderzweck ist, nämlich die kulturelle Arbeit. Es müssen Wege gefunden werden, die den Betroffenen wenigstens mittelfristig Planungssicherheit geben und die auch eine Übertragbarkeit von Mitteln in das nächste Haushaltsjahr ermöglichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Auch im Kulturbereich ist leider das bekannte Dezemberfieber zu beobachten. Hier wird Geld verkleckert, statt es zu bündeln. Das darf nicht so bleiben. Ich meine, die Ministerin sollte in dieser für die staatliche Kulturförderung so schwierigen Situation die gesamte Kulturkommission zur Beratung über die weitere Kulturpolitik des Landes zusammenholen.

Unser besonderes Augenmerk muß der **Nachwuchsförderung** gelten. Sie muß so gestaltet sein, daß nicht der Geldbeutel der Eltern darüber entscheidet, ob ein Kind zum Beispiel musikalisch gefördert wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Elitenförderung im Kulturbereich macht nur Sinn, wenn gleichzeitig eine Breitenförderung stattfindet. Wer zur künstlerischen Elite gehört, sollte nicht nach seinem oder ihrem finanziellen Hintergrund entschieden werden. Dafür hat staatliche Kulturpolitik Sorge zu tragen.

Im Zusammenhang mit der **Jugendkulturarbeit** stellt sich aktuell die Frage nach der Sicherung der Arbeit auf dem Jugendhof Scheersberg. Wie können Einrichtungen, die unter der Regie des Grenzvereins stehen, allein existenzfähig werden? Sollte der Grenzverein eingehen – es scheint Signale zu geben, die das deutlich machen – –

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Aufgrund der Politik der Landesregierung!)

(Irene Fröhlich)

– Nein, das hat nicht nur etwas mit finanziellen Mitteln zu tun, sondern das hat auch etwas mit der Einordnung in bestimmte Zeitstrukturierungen zu tun.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Können Sie das einmal erklären?)

Ich, glaube, man muß auch sehen, daß bestimmte Fragen, die der Grenzverein immer noch lebendig hält, nicht mehr gestellt werden.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wie meinen Sie das?)

– Das kann ich später einmal erläutern. Wir haben gestern eine ausführliche Debatte zur Grenzlandarbeit gehabt.

(Angelika Volquartz [CDU]: Jetzt erläutern!)

Das will ich jetzt nicht nachholen.

(Ursula Röper [CDU]: Das würde Ihnen auch schwerfallen!)

Wir müssen uns stärker den Einrichtungen wie Sankelmark und Scheersberg zuwenden. Wir müssen ihnen Hilfestellung geben. Diese Einrichtungen haben es nicht gelernt, eigenwirtschaftlich zu arbeiten. An dieser Stelle ist Hilfe zur Selbsthilfe gefragt.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist doch eine Unverschämtheit!)

In dem Bericht finden sich einige Hinweise zu den Chancen und Grenzen des **Kultursponsorings**; darauf habe ich schon hingewiesen. Gerade avantgardistische, unkonventionelle Ansätze haben es schwer, Sponsoren zu finden. Es ist die Aufgabe öffentlicher Kulturförderung, hier Freiheitssicherung und Innovationsförderung zu gewährleisten. Das stellt der Bericht eindeutig fest; ich möchte das unterstreichen.

Um das zu untermauern, ist es auf Dauer notwendig, die **Kulturförderung als Pflichtaufgabe des Staates** anzuerkennen. Dabei plädiere ich dafür, daß die Kulturministerien nicht selber als Veranstalterinnen auftreten, sondern daß sie lediglich die Rahmenbedingungen bereitstellen. Auch in der Kulturförderung sollte der Prozeß der Autonomiebildung gefördert werden, wie wir ihn im Schul- und Hochschulbereich vorantreiben.

Jetzt komme ich zur **Zeit- und Regionalgeschichte**. Die Arbeit des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte ist auf lange Zeit ebenso unverzichtbar wie die der historisch-kritisch arbeitenden Vereine, des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus und des Beirats für die Geschichte der Arbeiterbewegung. Die verschiedenen Institutionen und Verbände, die sich gerade auch mit der jüngeren Geschichte beschäftigen, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Existenz des Landesinstituts darf aber andersherum auch nicht zur wohlfeilen Entschuldigung für fehlende Aktivitäten vor Ort herhalten. Die Landtagsfraktion der Grünen wird in nächster Zukunft zu einer kritischen Bestandsaufnahme

und Reflexion der Geschichtsarbeit im Lande einladen.

Wer beobachten muß, wie eine politische Mehrheit in Hohwacht die Errichtung eines Gedenksteins für die KZ-Außenstelle verhindert und zur gleichen Zeit in Glückstadt Angehörige der Bundeswehr einen Verein „Wehrgeschichtliche Lehrsammlung Marineinfanterie“ gründen, sieht, daß noch Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Kultur ist kein geschichtsloser Begriff. Wir sind kulturpolitisch dazu verpflichtet, die aufklärende Forschung und die politische Bildung zu stützen, und müssen hier eine Priorität setzen. Die **Wehrmachtausstellung** kann nur deshalb für soviel Furore sorgen, weil an dieser Stelle Versäumnisse bei der Aufarbeitung der deutschen Geschichte festzustellen sind.

Wenn diese Ausstellung 1999 nach Kiel kommt – wofür ich mich frühzeitig stark gemacht habe –, dann werden wir auch in Schleswig-Holstein endlich darüber sprechen, welche Rolle die Wehrmacht denn hatte. Gemeinsam mit den hier arbeitenden Historikerinnen und Historikern sollte ein qualitativ hochwertiges Begleitprogramm erstellt werden. Dabei darf dieses die inhaltliche Aussage der Ausstellung natürlich nicht relativieren. Ich sehe in dieser Ausstellung die einmalige Chance, Versäumtes nachzuholen. Die hiesige CDU sollte nicht andere ihrer Landesverbände nachhelfen und die Ausstellung pauschal ablehnen, sondern sich konstruktiv an der Debatte beteiligen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Literaturförderung ist eine zarte Pflanze in der Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins. „Das Literaturhaus ist die einzige Institution dieser Sparte, die solche Autorinnen fördert, die den Buchhändlern noch zu riskant sind“, so ein Zitat von Herrn Dr. Michael Roesler, dem Geschäftsführer des Vereins. Daher dürfen die Landesmittel in diesem Bereich nicht gekürzt werden; sonst macht eine solche Institution keinen Sinn mehr. Vielleicht gibt es aber noch Möglichkeiten in der Mixtur von populären Angeboten und Experimenten, um die Finanzierung zu verbessern. Eine gezielte Zusammenarbeit zwischen dem Literaturhaus, Verlagen und dem Buchhandel ist sicherlich anzustreben. Mit dem Umzug in den Schwanenweg bekommt das Literaturhaus nun wenigstens räumlich einen zentraleren Stellenwert.

Lassen Sie mich an dieser Stelle nur kurz folgenden Hinweis geben: Die Poetikvorlesung, die derzeit an der Christian-Albrechts-Universität mit Doris Runge

(Irene Fröhlich)

läuft, halte ich für außerordentlich wegweisend. Ich wünsche ihr auch von dieser Stelle aus viel Erfolg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Anke Spooendonk [SSW])

Der Bericht arbeitet klar heraus, welche Notwendigkeiten im Bereich der **Frauenkulturarbeit** noch bestehen. Es fehlt ein landesweites Frauennetzwerk, das den Künstlerinnen in den verschiedenen Sparten als Sprachrohr dient. Dies ist insbesondere deshalb wünschenswert, weil Frauen in Führungspositionen in künstlerischen Berufen erheblich unterrepräsentiert sind und das durchschnittliche Jahreseinkommen der Künstlerinnen um 30 % unter dem ihrer Kollegen liegt.

Frau Ministerin, ich hätte mir auch ein tieferes Forschen und eine größere Nachhaltigkeit gewünscht, was die Aufzählung der Persönlichkeiten im Bereich der Kunst und Kultur dieses Landes betrifft. Ich glaube, wenn wir uns ein bißchen mehr Mühe gäben und stärker nachforschten, wie es zum Beispiel bei der Berliner Ausstellung zur Frauenkunst geschehen ist, dann würden uns sehr viel mehr Schleswig-Holsteinerinnen über den Weg laufen, die nicht nur im Bereich der bildenden Kunst, sondern auch im Bereich der Musik erwähnenswert sind. Ich glaube, da gibt es noch etwas zu tun. Es ist auch nicht schlimm, wenn wir uns darüber verständigen, daß das so ist. Dafür ist ja solch ein Bericht auch gut, daß man sich darüber verständigt. Das hat auch überhaupt nichts mit Mißachtung oder dergleichen zu tun, wie Sie es vielleicht meinen; ich habe das aber auch nicht ganz verstanden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Ich komme jetzt zu dem Punkt der Funktionen der **Beiräte** und der **Kommissionen**. Es gibt, berufen durch die Ministerin, zahlreiche Beiräte. Die Funktion dieser Beiräte ist nach meinem Eindruck noch allzu nebulös. Sie haben ohne Zweifel den Sinn, dem Ministerium mit Sachverstand zur Hand zu gehen. Meines Erachtens sollten diese Beiräte in ihren Kompetenzen gestärkt werden und an den Förderrichtlinien mitwirken.

Insgesamt müssen die Berufungen und Förderrichtlinien transparenter gemacht werden, damit auch Neulinge eine echte Chance bekommen, in den verschiedenen Kommissionen mitzuarbeiten. Zudem könnten die Beiräte und Fachgruppen eine qualifizierte Beratung in bezug auf Projektanträge leisten.

Zu prüfen wäre meines Erachtens, inwieweit eine Quotierung für neue Projekte in der Kulturförderung Sinn macht. Ich meine damit keine Frauenquotierung, sondern eine neue **Projektquotierung**. Es kann nicht sein, daß etwas gefördert wird, weil es schon immer gefördert wurde. Gerade im Bereich Kulturförderung muß es Spielraum für neue Anbieter und Experimente geben. Kultur bedeutet zwar im Wortsinn „Pfleger“,

sie muß aber in unseren schnellebigen Zeiten auch Weiterentwicklung ermöglichen, um die Menschen noch anzusprechen.

Sicherlich muß es auch in der Kulturförderung eine **Erfolgskontrolle** geben – auch und gerade für Großprojekte. Die Kriterien dafür sind ebenfalls sachgerecht durch Beiräte und Kulturverbände des Landes zu entwickeln.

Gestatten Sie mir jetzt ein Wort zur **Kulturagentur**, mit der wir uns unlängst schon beschäftigt haben. Meiner Meinung nach ist es sinnvoll, die Forderung des Fremdenverkehrsverbandes nach einer Kulturagentur Schleswig-Holstein konstruktiv aufzugreifen. Ich teile die Auffassung des Verbandes, daß mit einer solchen Agentur die Kommunikation zwischen Kulturschaffenden und Bedarfsträgern nachhaltig verbessert werden könnte. Die Verankerung und Aufgabenstellung einer solchen Agentur sind allerdings eine gründlich zu diskutierende Frage. Man sollte sich an dieser Stelle hüten, Schnellschüsse abzugeben. Aber darin sind wir uns völlig einig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es liegen ja immerhin auch schon Erkenntnisse vor, wie solch eine Agentur nicht funktionieren kann. Wir müssen solche schlechten Erfahrungen wahrhaftig nicht wiederholen, aber wir sollten schon aus ihnen lernen.

Die Vorschläge des Fremdenverkehrsverbandes sollten in den Beiräten und in der Kulturkommission beraten werden,

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

damit ein sinnvolles Konzept erarbeitet werden kann. Der Bedarf ist aus unserer Sicht in jedem Fall vorhanden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Städtebund Schleswig-Holstein ermuntern, an der Verbesserung der Zusammenarbeit von kommunalen Kulturverwaltungen weiterzuarbeiten. Die in der Veröffentlichung „Städtebund aktuell“ dargelegten Ergebnisse einer Umfrage zur **Kulturarbeit der Kommunen** haben deutlich gemacht, daß es hier Nachbesserungsbedarf gibt.

Durch Vernetzung und Kooperation können die Synergieeffekte entstehen, die wir unter diesen Rahmenbedingungen dringend brauchen. Vielleicht wird ja dann doch noch etwas aus dem geplanten Kulturleitfaden, der aufgrund der Zersplitterung der kommunalen Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein leider gescheitert ist.

Nun noch einige kurze Bemerkungen zur **Großen Anfrage der CDU** und zu deren Beantwortung! Meine Überschrift lautet – wie schon gestern bei der Familiendebatte – „schlechtes Gewissen“. Wenn es der CDU um die Sicherung von Heimat und Identifikation mit ihr ginge, müßte sie eine andere Wirtschaftspolitik machen, die eben nicht die regionalen

(Irene Fröhlich)

und lokalen Strukturen der unerbittlichen Konkurrenz in der Globalisierung ausliefert. Die Auflösung und Zerschlagung von regionalen und lokalen Wirtschaftsstrukturen durch den gnadenlosen kapitalistischen Konkurrenzkampf zerstört eben gerade das,

(Caroline Schwarz [CDU]: Hören Sie bloß auf!)

was die CDU mit ihrer Anfrage meinte schützen zu können. – Ja, immer dann, wenn ich „Kapitalismus“ sage, werden Sie wach; ich weiß das.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie definiert **Heimat** als unhistorischen und hermetisch geschlossenen Begriff. Das ist Ideologie pur. Die Entdeckung der Regionen, lokaler Ressourcen und verstärkt auch des Begriffes der Heimat findet erst dann statt, wenn die wirtschaftliche Europäisierung – im schlechten Sinne – und die einseitige Europäisierung tatsächlich die regionalen Identitäten, Orientierungen und wirtschaftlichen wie kulturellen Lebensgrundlagen bedrohen. Wenn zum Beispiel die **ländlichen Räume** ökonomisch immer mehr veröden, verlieren die Regionen im Land ihre soziale Substanz. Weil die Menschen abwandern müssen oder in die Metropolen pendeln, werden die ländlichen Räume zunehmend zu Schlafregionen. Der Straßenbau tut ein übriges, um Regionen zu zerschneiden und zu zerstören.

Kulturelle Identität und lokale Bezüge verlieren sich. Das, was sich dann noch als Kultur zeigt, wird eben verwechselbar mit anderen Regionen und anderen Räumen. Klare heimische und einigermaßen sichere soziale wie kulturelle Identitäten sind aber wichtige Voraussetzungen für Austausch und Kontakt, für multikulturelle Begegnungen, für die Begegnung mit dem Fremden, Anderen und Unbekannten. Nur der, der aus dem Verlust von Orientierung und sozialer und kommunikativer Kompetenz heraus Angst hat, macht anderen angst.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine Politik, die nicht nach den Besonderheiten des regionalen Zusammenhanges schaut und Kultur nur als ökonomisch-funktionalen Türöffner versteht, liefert die sozialen und kulturellen Identitäten und Orientierungen der Auflösung aus. Ironisch gefragt: Wird Schleswig-Holstein im Blick auf die Funktion einer ökonomischen Drehscheibe im nord- und osteuropäischen Raum nicht zur größten Transitstrastätte Europas? Es stellt sich die Frage, wie belastbar die Regionen in bezug auf die unhinterfragten ökonomischen Entwicklungen sind. Dieser Frage sollten wir weiter nachgehen und mit ihr sensibel und aufmerksam umgehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit den vorgelegten 366 Seiten zur **Kulturpolitik** im allgemeinen und mit den vergleichsweise bescheidenen 155 Seiten zur **Heimat- und Regionalkultur** im besonderen diskutiert der Landtag heute zwei Große Anfragen und zwei noch längere Antworten, die geeignet sind, den geneigten Leser im wahrsten Sinne des Wortes zu erschlagen. Beruhigend ist da allein der Gedanke: Diese beiden „Schinken“ werden absolut nichts daran ändern, daß sich das kulturelle Leben im Lande Schleswig-Holstein auch künftig weiterentwickeln wird.

Die Weigerung der kommunalen Landesverbände, sich an der Beantwortung der von der SPD-Fraktion gestellten Großen Anfrage zu beteiligen, hat den Umfang der Antworten noch in Grenzen gehalten. Im übrigen kann ich mich noch daran erinnern, Herr Innenminister Wienholtz, daß Sie vor nicht allzulanger Zeit die Detailfülle der von der F.D.P.-Fraktion erbetenen Antworten zur Situation der Polizei bemängelt haben. Ich weiß nicht, ob Sie damals schon die Rohfassung der Antworten auf die Große Anfrage Ihrer eigenen Landtagsfraktion im Auge hatten.

Wie dem auch sei: Die Beantwortung von Anfragen ist sicherlich eine Fleißarbeit, für die wir den Mitarbeitern des Ministeriums zu danken haben. In Zukunft wird man sicherlich auch, was kulturpolitische Initiativen anbelangt, hier und da auf die Informationsbasis dieser Antworten zurückgreifen können. Meiner Meinung nach ist es aber heute nicht unsere Aufgabe, in der Breite über einzelne Details zu diskutieren, sondern es geht darum, daß wir uns über einige kulturpolitische Leitlinien und Schwerpunkte austauschen. In Zeiten knapper Kassen hat es die Kulturpolitik ja allenthalben schwer – das gilt nicht nur für Schleswig-Holstein –, ihren Stellenwert zu verteidigen.

Auch die Tatsache, daß **Kunst und Kultur** unter dem besonderen Schutz der schleswig-holsteinischen Landesverfassung stehen, hat nichts daran geändert, daß wir in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein sowohl auf Landesebene als auch im kommunalen Bereich oft **Kürzungen** bei den sogenannten freiwilligen Leistungen, und zwar in einem überproportionalen Umfang, hinnehmen mußten. Das ist im übrigen eine Erfahrung, die uns auch sehr vorsichtig und skeptisch stimmen sollte, wenn es darum geht, die Landesverfassung möglicherweise durch einen weiteren Staatszielkatalog zu verlängern. Ich plädiere im Zweifelsfall dafür, doch lieber darum zu kämpfen, die bestehenden, von der Landesverfassung besonders hervorgehobenen Aufgaben so zu bedienen und wahrzunehmen, daß man sich nicht zu schämen braucht, wenn man sich mit Blick auf den Rang, den Kultur

(Dr. Ekkehard Klug)

und Kunst in der Landesverfassung haben, die Realitäten im Land anschaut.

Wenn hier in Schleswig-Holstein allgemein vom **Stellenwert der Kulturpolitik** die Rede ist, dann sollte man sich auch daran erinnern, wie es vor knapp einem Jahr nach der Landtagswahl bei der Regierungsneubildung aussah. Damals gab doch die Ministerpräsidentin das Kulturressort quasi zum Abschluß frei und wollte es als Abteilung dem Ressort des Herrn Innenministers anheften. Arme Kultur, die du als eine der wenigen originären Landesaufgaben im Denken dieser Obrigkeit hier in Schleswig-Holstein eine solch kümmerliche Nebenrolle spielen solltest, jedenfalls was die organisatorische Zuordnung zu einem großen eigenen Ministerium betrifft! Und auch was für ein Kontrast – Kollege Hennig hat es am Schluß seiner Rede auch angesprochen – zu dem grandiosen kulturpolitischen Aufbruch, den Björn Engholm anno 1988 seligen Angedenkens verkündete

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist zynisch, was Sie da sagen!)

und in Maßen, aber in durchaus ansehnlichen Maßen auch verwirklicht hat! Das muß man anerkennen. Manche Leistungen, die in den folgenden Jahren erbracht worden sind, können sich wirklich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sei eingeräumt, daß manches auch schon vorher angelegt war. Das hat Herr Kollege Rossmann zu Recht hier anerkannt. Ich möchte nur stellvertretend auf zwei wirklich herausragende Punkte verweisen: die Weiterführung und Entwicklung des **Schleswig-Holstein Musik Festivals**, aber im Zusammenhang damit auch den **Ausbau Lübecks zur Musikhauptstadt** unseres Landes Schleswig-Holstein. Daß etwa die von Uwe Barschel einmal den Lübeckern versprochene Musik- und Kongreßhalle unter Björn Engholm dann tatsächlich gebaut wurde –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

– Sie haben sie nicht bezahlt, die Bürger des Landes Schleswig-Holstein haben sie bezahlt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht Ihr privates Geld, das Sie investiert haben; aber mit unserer Zustimmung, mit unserer Unterstützung ist dieses herausragende Projekt verwirklicht worden. Ich möchte das wirklich hier als einen Glücksfall bezeichnen; denn nur selten bringt ein so kleines Land wie Schleswig-Holstein die Kraft auf, große, repräsentative Projekte zu verwirklichen, deren Wert sich auch noch in Jahrzehnten erweisen wird. Das sage ich Ihnen jedenfalls in diesem Punkt voraus.

Ein anderes herausragendes Beispiel für die positiven Entwicklungen der letzten Jahre ist aus meiner Sicht

die **Weiterentwicklung Schleswigs** als der **Museumshauptstadt** Schleswig-Holsteins –

(Beifall bei der SPD)

eine Erfolgsgeschichte, die mit dem Namen von Heinz Spielmann, aber auch mit dem Wirken einer Reihe anderer engagierter Museumsmacher in Schleswig verbunden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mit Lübeck und Schleswig zwei kulturpolitische Schwergewichte angesprochen, die aus unserer Kulturlandschaft herausragen und damit verständlicherweise, wenn auch zu Unrecht, hier und da manches Neidgefühl aufkommen lassen. Davon legen polemische Presseberichte gelegentlich Zeugnis ab, und noch mehr davon spürt man im unterirdischen Geraschel der kommunizierenden Röhren unserer Kulturszene, jedenfalls hier und da. Mir ist es aufgefallen, Herr Kollege Rossmann. Sie lächeln freundlich und haben es offenbar auch bemerkt. Manche Neidhammel – das muß man dann allerdings sagen – sind am eigenen Elend – vielleicht überspitzt formuliert – selber schuld. Ich denke etwa an die **Kulturpolitik der Landeshauptstadt Kiel**, die in dieser Beziehung wirklich Bände spricht. Daß es dort bisher nicht zu einer klaren und herausragenden Profilbildung gekommen ist, liegt auch an einem kommunalen Versagen in der örtlichen Kulturpolitik.

So richtig es ist, daß auch die vielen kleinen und mittleren Initiativen und Institutionen im Kulturbereich ein gutes Recht auf Entfaltung und öffentliche Unterstützung haben, so notwendig ist es, daß das **Land** in seiner **Förderpolitik** echte profilbildende **Schwerpunkte** setzt. Das Prinzip „Nicht kleckern, sondern klotzen“ hat sich meines Erachtens auch in der staatlichen Kulturpolitik bewährt, weil nämlich nur so Großes geschaffen wird, das die kurzen Wahlperioden eines Landesparlaments überdauert und spätere Generationen vielleicht zu der Erkenntnis bringen wird: Aha, auch damals hat man für die Kultur – Zitat – „Denkmale geschaffen, die dauerhafter sind als Bronze“, nach Horaz' Oden III, 30: „Exegi monumentum, aere perennius.“

In der Vergangenheit hat sich die Konzentration auf repräsentative Vorhaben und Projekte von überregionaler Bedeutung zweifellos bewährt. Hierum sollte sich das Land auch künftig bemühen. Die **Förderung örtlicher Aktivitäten** muß die Aufgabe der **Kommunen** sein.

Ich habe Zweifel, ob die rot-grüne Koalition diese sinnvolle **Arbeitsteilung** so beibehalten wird. Indem etwa der Koalitionsvertrag der amtierenden Landesregierung auf eine „Förderung für den besonderen Investitionsbedarf der sozio-kulturellen Zentren“ abhebt, überschreitet er meines Erachtens die Grenze zur Ausweitung der Förderkulisse in Richtung auf lokale Aktivitäten, und seien diese noch so verdienstvoll. Mein Vorschlag für eine sinnvolle Arbeitsteilung ist die Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft der

(Dr. Ekkehard Klug)

sozio-kulturellen Zentren. Das ist in der Tat eine überregionale Landesangelegenheit. Aber die einzelnen Aktivitäten vor Ort, die einzelnen Häuser vor Ort müssen Sache der kommunalen Gebietskörperschaften bleiben. Wenn man diese sinnvolle Arbeitsteilung in immer mehr Bereichen verwischt, verzettelt man die eh viel zu knappen Ressourcen des Landes. Das ist meine Befürchtung.

Ich will dabei vorsichtshalber betonen: Die Beschränkung auf **repräsentative Vorhaben** von landesweiter Bedeutung bedeutet nicht, daß man sozusagen nur – wenn auch in den bescheidenen Maßstäben des Landes – Gigantomanie betreiben darf. Auch kleinere Projekte können einen solchen überregionalen und repräsentativen Anspruch sehr wohl erfüllen. Ich will nur zwei Beispiele unter ganz vielen herausgreifen: etwa die durch eine interfraktionelle Initiative in der letzten Wahlperiode noch im letzten Jahr des alten Landtages erreichte Sicherung der Arbeit am Biographischen Lexikon für Schleswig-Holstein. Das ist eine wichtige Sache. Wenn man da einen Torso übriggelassen hätte, wenn das in der Landschaft stehengeblieben wäre, wäre es wirklich sehr schade gewesen für ein solches Projekt, in das schon viel Arbeit und Geld gegangen ist. Ich nehme als zweites Beispiel die Arbeit des Lübecker Brahms-Instituts. Auch da ist Herausragendes für das Land, auch überregional ausgezeichnetes geleistet worden.

(Beifall im ganzen Hause)

In mancher Hinsicht könnten öffentliche Investoren heute kulturell segensreich wirken, und zwar auch dort, wo sie es selber gar nicht ahnen. Ich meine in diesem Zusammenhang den bisher schmerzlicherweise fehlenden Beitrag der öffentlichen Bauherren zu einer sehens- und bemerkenswerten **Baukultur** in unserem Lande. Es ist ein Irrtum zu glauben, dies müsse immer gleich unendlich viel Geld kosten. Wer sich hier in Schleswig-Holstein die in den zurückliegenden Jahren errichteten neuen **Waldorfschulen** einmal angesehen hat, kann vielleicht nachvollziehen, was ich meine. Das sind Schulgebäude, die sich von den Zweckbauten des staatlichen Schulwesens so unterscheiden wie ein blühender Rosenstrauch von einem Kohleneimer.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei können die privaten Bauherren dieser Waldorfschulen doch glaubhaft versichern, daß ihre Schule jeweils nicht teurer war als die Knüppel-auf-den-Kopf-Gesamtschule in Kleinstenkelfeld oder ein beliebiger anderer Schulbau. Wäre es da nicht eine lohnende Aufgabe für den Zuschußgeber Land, gemeinsam mit kommunalen Schulträgern und der Architektenkammer Wege zu finden, auch die allfällig in den kommenden Jahren notwendig werdenden staatlichen Neubauten so zu gestalten, daß sie nicht an sich schon seelische Grausamkeit ausüben? Das gilt natürlich auch für viele andere staatliche Bauvorhaben. Ich könnte dazu einiges zitieren, etwa aus

Dietrich Schwanitz' Buch „Der Campus“. Wenn man seine Beschreibung der Gebäude der Hamburger Universität liest, so ist das in der gleichen Kategorie unterzubringen.

Die Bedeutung privater Initiative im Kulturbereich ist bereits mehrfach hervorgehoben worden. Ohne Mäzene und **Sponsoren** wäre unser Land wirklich arm dran. Ich kann die Landesregierung nur ermuntern, das Engagement dieser privaten Mäzene und Sponsoren soweit es geht aufzunehmen und zu unterstützen. Das hat man in der Vergangenheit auch schon getan, Beispiel Gortorf, die Stiftungen, die Kollege Rossmann vorhin erwähnt hat. Wir verdanken privaten Beiträgen im Einvernehmen mit staatlicher Kulturpolitik viele große Leistungen, so im Landesmuseum oder auch in der Lübecker Kulturszene, wo hanseatisches Mäzenatentum – das bemerkt man immer wieder – einfach lebendiger und wirksamer ist als anderswo in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Gerade auch für den Kulturbereich gilt, was Friedrich Dürrenmatt in allgemeiner Form mit den Worten formuliert hat: „Die Politik wird im günstigsten Falle sozial gesicherte Räume errichten; sie zu erhellen wird die Sache des einzelnen sein. Sonst wird die Erde zu einem Gefängnis.“ Hierzu paßt die Aussage in der Antwort auf die SPD-Anfrage – Zitat –, der Leitgedanke der Kulturpolitik der Landesregierung sei es, „daß der Staat zwar Verantwortung trägt, die Voraussetzungen für freie künstlerische Arbeit zu schaffen und zu sichern, er sich jedoch jeder Einflußnahme auf Kunstinhalte zu enthalten hat“.

Ein solches Bekenntnis hören wir Liberale gern, allein uns fehlt der Glaube, daß diese Regierung die selbstgesetzte Richtschnur strikt einhalten und sich daran orientieren wird. Gerade in Zeiten knapper Kassen verwandelt sich der goldene Zügel, besser gesagt das, was davon noch übrig ist, in rostiges Blech.

Es mag beim ersten Hinhören noch plausibel klingen, was die Regierung auf Seite 19 zur Überprüfung von Besitzständen und zur ständigen Aufgabenkritik sagt und ausführt. Dahinter steckt aber allzu leicht der steuernde Zugriff der Obrigkeit auf das, was sie vielleicht weniger liebt als anderes.

Schon in den Jahren demokratischer Alleinregierung war spürbar, daß die Pflege der Heimat- und Regionalkultur nicht zu den kulturpolitischen Lieblingskindern der Landesregierung zählt. Wir bedauern, daß es offensichtlich auch unter rot-grüner Ägide in dieser Richtung so weitergeht.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Die Versuchung, steuernd einzugreifen und damit eben doch auf die im Lande geförderten Inhalte von Kunst- und Kulturarbeit Einfluß zu nehmen, wird vermutlich größer werden, je knapper die Mittel sind.

(Dr. Ekkehard Klug)

Diesen Tendenzen werden wir Liberale mit Nachdruck entgegentreten,

(Beifall bei der F.D.P. – Angelika Volquartz [CDU]: Wir auch!)

denn sie führen am Ende zu einer Verarmung der heute noch immer bunten und vielfältigen Kulturszene Schleswig-Holsteins.

Eine Verarmung droht aufgrund der finanziellen Misere des Landes auch in anderer Hinsicht. Ich nehme einmal ein Beispiel heraus. Kürzlich habe ich in einem Gespräch mit dem Rektorat der Musikhochschule Lübeck erfahren, daß bei Nichtbesetzung der Professuren für Flöte, Oboe und Fagott – diese Lehrstuhlbesetzungen stehen demnächst an – vielleicht zwei der profiliertesten Musiker, die Schleswig-Holstein in den letzten Jahren gewonnen hat, das Land verlassen werden.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sabine Meyer!)

Das wäre in der Tat ein mehr als schmerzlicher Rückfall in provinzielles Normalmaß. Kollege Geißler hat eben im Zwischenruf den Namen schon genannt. – Wer wollte bezweifeln, daß die Lübecker Musikhochschule mit einer international anerkannten und erfolgreichen Solistin wie Sabine Meyer, die sich mit ihrem ebenso kompetenten Ehemann die Professur für Klarinette teilt, sehr viel gewonnen hat und dadurch auch sehr viel zu verlieren hat. Wenn die anderen Bläserprofessuren unbesetzt bleiben, droht uns ein sehr schmerzlicher Verlust.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im Kultusministerium sind in den letzten Jahren manche Projekte geschmiedet worden, die dann zum Teil über das Stadium schöner Worte in Programmen und Papieren nicht hinausgelangt sind. Ich darf mir erlauben, zum Abschluß ein Beispiel dieser Art anzuführen. Im Kulturprogramm der Landesregierung vom Januar 1991 – lang ist es her – finden wir im Abschnitt über **kulturelle Kinder- und Jugendbildung** auf Seite 26 den Satz: „Die Möglichkeiten der Vernetzung von Jugendmusik- und Jugendkunstschulen sind zu prüfen“. Weil mich solche Formulierungen immer faszinieren, und weil ich das Konzept der Jugendkunstschulen für sehr interessant halte, habe ich gut zweieinhalb Jahre später in einer Kleinen Anfrage nachgehakt. Ich habe mich bei der Regierung erkundigt, zu welchen Ergebnissen die angekündigte Prüfung denn geführt habe. Daraufhin antwortete Frau Ministerin Tidick am 23. August 1993:

„Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Modelle und Gutachten liegen vor. Die Gespräche mit den beteiligten Verbänden haben sich aufgrund der unterschiedlichen pädagogischen Ansätze, Lernformen und Zielsetzungen der Einrichtungen als sehr schwierig erwiesen. Die Entwicklung des Konzeptes wird deshalb noch weitere Zeit in Anspruch nehmen.“

Bis auf den heutigen Tag, das heißt sechs Jahre nach der Ankündigung vom Januar 1991, hat es meines

Wissens immer noch keine Resultate dieser umfangreichen Prüfung gegeben. – Wie ist es, Frau Böhrk, prüft und entwickelt man in Ihrem Hause noch weiter, oder haben Sie die Sache inzwischen ad acta gelegt?

Ich darf darauf hinweisen, daß das seinerzeit F.D.P.-geführte Bundesbildungsministerium von 1988 bis 1995 rund 5 Millionen DM für Pilotprojekte in diesem Bereich zur Verfügung gestellt hat. Rund 230 000 Teilnehmer haben jedes Jahr im Rahmen der **Modellversuchsförderung für Jugendkunstschulen** ihre künstlerischen Fähigkeiten in Malerei, Bildhauerei, Musik, Tanz, Literatur sowie Video- und Computerkunst erprobt. In Zusammenarbeit mit Kindergärten, Jugendzentren, Spielmobilen, Schulen, Theatern und anderen Kultureinrichtungen sind Jugendkunstschulen anderswo ein multimedialer und spartenübergreifender Ort kultureller Jugendbildung geworden. Sie sind sicher nach der Phase der Modellförderung von den regionalen Instanzen weiterzufördern. – Das ist klar, Modellförderung durch den Bund ist immer befristet auf eine Reihe von Jahren.

An Schleswig-Holstein ist diese Entwicklung, die anderswo sehr erfolgreich verlaufen ist, spurlos vorübergegangen, abgesehen von den unermüdlichen Prüf- und Konzeptentwicklungsaktivitäten des zuständigen Ministeriums hier in Kiel. – Mehr noch, zeitweilig drohte hierzulande sogar die Zerstörung der gewachsenen Infrastruktur an Jugendmusikschulen. Dies konnte dank des öffentlichen Widerstands glücklicherweise in der letzten Wahlperiode noch verhindert werden.

Die **Breitenarbeit** in der musisch-kulturellen Bildung ist hier in Schleswig-Holstein überhaupt ein Schwachpunkt der Kulturpolitik. Das haben wir erst kürzlich in der Landtagsdebatte über die Situation der Musikerziehung wieder erfahren. Für die regierende Koalition bleibt es ein Armutszeugnis, daß sie den F.D.P.-Antrag auf Durchführung einer Anhörung zum Thema Musikerziehung abgelehnt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU – Angelika Volquartz [CDU]: So ist es! Das verstehen die Betroffenen vor Ort überhaupt nicht!)

Dem Bildungsausschuß – das wissen Sie – liegen inzwischen mehrere Schreiben von Musikpädagogen aus Schulen und Hochschulen des Landes vor, in denen man sich über diese Diskussions- und Gesprächsverweigerung von seiten der Regierungsmehrheit bitter beklagt.

Meine Damen und Herren von der linken Seite des Hohen Hauses, Sie können sich zwar qua Mehrheitsbeschluß von mancher öffentlichen Debatte über die Situation der Kultur im Lande herumdrücken; Sie können auch weiter versuchen, die kulturpolitisch engagierte Öffentlichkeit mit Anfrageschenken der heutigen Art zuzuschütten. Das alles wird aber doch die zunehmende Schiefelage der schleswig-holsteinischen Kulturpolitik nicht vernebeln können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besucher der Realschule Schönberg und der Beruflichen Schulen am Ravensberg, Kiel.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute mit zwei Großen Anfragen zum Thema Kultur. Zum einen geht es um Stand und Perspektiven der kulturellen Entwicklung, zum anderen um Heimat- und Regionalkultur in Schleswig-Holstein. Ihnen ist gemeinsam, daß darin der Stand der Kulturpolitik beschrieben wird und welche Perspektiven sich für das Land in Zukunft daraus ergeben.

Zu Beginn möchte ich kurz etwas zu den Begriffen Heimat und Kultur sagen. Heimat ist ein komplexer Begriff, der in der Vergangenheit auf schonungslose Weise instrumentalisiert und mißbraucht wurde. – Das ist heute glücklicherweise nicht mehr der Fall. Dennoch bietet der Begriff **Heimat** auch heute eine Reihe von unterschiedlichen Interpretationen. Das meine ich nicht negativ. Jeder von uns hat seine eigene persönliche Definition von dem, was er unter dem Begriff Heimat versteht.

Als groben gemeinsamen Nenner könnte man vielleicht seine Heimat als Ort des Wohlbefindens bezeichnen. Eben dieser Ort ist es, der die eigene Person und somit die eigene Identität ausmacht. Wenn wir hier über Heimatkultur debattieren, so dürfen wir nationale oder religiöse Minderheiten, Einwanderer, Aussiedler oder andere gesellschaftliche Gruppen nicht ausschließen. Auch sie tragen zum kulturellen Leben und zur kulturellen Vielfalt bei. Wir alle sollten gewährleisten, daß unser Heimatverständnis nicht zu einem Instrument der Ausgrenzung verkommt. Heimat- und Regionalkultur umfaßt daher das historische, ästhetische, natur- und landschaftsbezogene Wirken der Menschen in einer begrenzten Region. Das sagt die Landesregierung in ihrer Beantwortung, und dem stimme ich zu.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Der Begriff **Kultur** steht für die Werte, Lebensanschauungen und Traditionen, die eine Gemeinschaft zusammenhalten und aus ihr ein soziales Gefüge machen. Demzufolge definiert sich die Kulturpolitik fast von selbst. Kulturpolitik soll der Gemeinschaft dienen, indem sie beispielsweise dazu beiträgt, die Lebensqualität der Menschen zu steigern, die Allgemeinbildung zu verbessern, Vorurteile gegenüber Menschen anderer Herkunft abzubauen oder schlicht und einfach Friedensdienst zu leisten. Kulturpolitik dient aber ebenfalls dem einzelnen, indem sie zu Kreativität einlädt, Entfaltungsmöglichkeiten auf-

zeigt und den Menschen zu unterschiedlichen Sichtweisen befähigt.

Die Liste ließe sich fast beliebig fortsetzen. Erwähnenswerte Begleiterscheinungen der Kulturpolitik sind, daß sich durch eine aktive Kulturpolitik **positive Impulse für den Arbeitsmarkt** ergeben. Kulturpolitik ist also auch Standortpolitik.

Natürlich leuchtet es ein, daß Kulturpolitik es gerade dann um so schwerer hat, wenn wegen der Sparzwänge die Kulturpolitik in die Defensive gedrängt wird. In dieser Frage sind wir alle gefordert. Unsere Verantwortung gebietet es uns, unsere Kräfte zu bündeln und den knappen Haushaltsmitteln Innovation und Kreativität entgegenzusetzen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kommen wir jetzt zu den Großen Anfragen. Wenn man sie sich einmal genauer durchliest, fallen dem Betrachter einige interessante Merkmale ins Auge. Anhand der unterschiedlichen Fragestellung zur Heimat- und Regionalkultur und zur Kulturpolitik im allgemeinen gewinnt man den Eindruck, daß die Anliegen der beiden Fragesteller sich deutlich voneinander unterscheiden. Während die SPD ein breites Kulturbild vertritt und damit auch abfragt, betont die CDU in ihrer Großen Anfrage zur Heimat- und Regionalkultur vor allen Dingen den identitätsbildenden Aspekt. Ihre Große Anfrage entspricht also eher einem traditionellen Kulturverständnis.

Die Meinung des SSW ist es, daß Kulturarbeit nicht einseitig Schwerpunkte bei der etablierten Kultur oder der Feinkultur setzen sollte.

(Angelika Volquartz [CDU]: Haben Sie etwas gegen Tradition?)

– Nein, ich habe es nur bemerkt; das ist doch eine Tatsache.

(Frauke Tengler [CDU]: Ihre Bewertung ist zu kurz gesprungen!)

– Augenblick, ich denke mir, daß Kultur sehr viel mit Identität zu tun hat,

(Beifall bei der SPD)

und wenn Sie eine Große Anfrage zur Heimat- und Regionalkultur stellen, dann ist das doch ein wichtiger Aspekt. Das ist meine Sicht.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das ist anders denn als feine Kultur zu bezeichnen! – Weitere Zurufe)

– Darf ich vielleicht einmal weitermachen. Ich wollte sagen, daß es für den SSW wichtig ist, daß Kulturpolitik nicht einseitige Schwerpunkte bei der etablierten Kultur oder bei der Feinkultur setzen sollte.

(Anke Spoorendonk)

Oder um es mit einem altbekannten Spruch zu sagen: Kultur ist mehr als die Sahne auf dem Kuchen. Sie ist die Hefe im Teig.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Kultur ist nämlich ein elementarer Bestandteil unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit, da sie zur Selbstverwirklichung und Identität eines jeden Menschen beiträgt.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Wir wünschen uns deshalb, daß Kulturpolitik die breiten Bevölkerungskreise anspricht. Dies kann nach Meinung des SSW geschehen, indem traditionelle Einrichtungen sowie Träger freier und alternativer Kulturarbeit enger miteinander zusammenarbeiten. Aus den Großen Anfragen läßt sich ersehen, daß die **Basiskultur** in den vergangenen Jahren finanziell und ideell stärker gefördert worden ist. Es ist erfreulich, daß die geleistete Kulturpolitik sich in den großen Linien in vielen Punkten mit unseren Vorstellungen deckt. Das heißt aber noch lange nicht, daß wir kritiklos die Füße der Landesregierung küssen wollen, um es einmal salopp zu formulieren.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Frau Simonis als Päpstin! – Heiterkeit und weitere Zurufe)

In konkreten Feldern betrachten wir die Politik der Landesregierung durchaus auch kritisch. Dies gilt vor allem dann, wenn die Förderung der Kulturpolitik von wirtschaftlichen Überlegungen geleitet wird. Es ist zwar zu begrüßen, wenn Schleswig-Holstein als Urlaubsland auch oder gerade wegen des kulturellen Angebots von den Urlaubern als Reiseziel gewählt wird, wirtschaftliche Überlegungen dürfen jedoch nicht leitendes Prinzip der Kulturförderung werden. Die Kulturangebote sollten in erster Linie auf die Bedürfnisse und die Wünsche der heimischen Bevölkerung eingehen.

Gestern ging es uns hier in diesem Hohen Hause um die Landesverfassung. Dort ist zu lesen, daß sich das Land als ein Land mit drei Kulturen definiert, nämlich mit der deutschen, der dänischen und der friesischen Kultur. Dieses Selbstverständnis stellt eine Verpflichtung dar, und zwar auch für die Kulturpolitik.

Vieles ist in den letzten Jahren passiert, aber dennoch meine ich, daß gerade im Bereich der **Sprachförderung** noch vieles zu machen ist, insbesondere wenn wir auch weiterhin die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ernstnehmen wollen. Deshalb hätte ich es mir gewünscht, wenn aus diesen Großen Anfragen zur Kultur deutlicher hervorgegangen wäre, welche Ansätze zur Sprachförderung für die Öffentlichkeit jetzt angestrebt werden.

Im Bereich der Theaterförderung sehe ich vor allen Dingen das Problem, daß es immer noch nicht gelingt, neue Bevölkerungsschichten für das Theater zu inter-

essieren. Wir haben zwar einen stabilen Stamm von Personen, die regelmäßig an den Theaterveranstaltungen teilnehmen, es ist uns aber nicht gelungen, neue Gruppen für das **Theater** zu gewinnen. Was mir besonders ins Auge sticht, ist, daß das kommerzielle Theater hochsubventioniert arbeitet, während die Amateurtheater allzu häufig von den Verantwortlichen vernachlässigt werden. Es wäre wünschenswert, wenn man zukünftig eine größere Zusammenarbeit zwischen Professionellen und Amateuren im Theaterbereich erreichen könnte.

Ein weiteres problematisches Feld ist die große Unterversorgung mit Theatern für Kinder. Die Antworten auf die Großen Anfragen erwähnen nur ein einziges Kindertheater in Kiel. Hier zwingt sich mir der Vergleich zu Dänemark auf, wo beispielsweise Schultheaterveranstaltungen weitreichend gefördert und unterstützt werden. Das begrüßenswerte Ergebnis ist, daß man das **Theater für Kinder** interessant gemacht hat und es für Kinder eine Alternative zum Fernsehen geworden ist. Auch hier könnten die Kommunen die Amateurkinder- und -jugendtheater relativ leicht fördern und ihnen helfen, indem sie ihnen kostenlosen Raum zum Üben zur Verfügung stellen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich weiß, daß dies in einigen Kommunen so auch läuft.

Allgemein fehlt uns bis jetzt noch eine eigene Kinderkulturarbeit, wie man sie in Skandinavien hat. Ich begrüße ausdrücklich, daß in dem Museumsteil der Großen Anfragen darauf hingewiesen wird, daß ein Ziel der künftigen Museumsarbeit sein wird, die Familienfreundlichkeit der Museen zu fördern.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Wir begrüßen, daß in der schleswig-holsteinischen Museumslandschaft mancherorts mittlerweile zweisprachige Hinweisschilder existieren. Wir haben lange darauf gewartet. Wir sehen darin einen konstruktiven Beitrag und hoffen, daß sich dieser Trend fortsetzen wird.

Ein für uns besonders wichtiger Punkt des Museumsbereiches ist das **Museum Danevirkegärden**. Wir wünschen uns für dieses Museum, das zwar vom Südschleswigschen Verein geführt wird, das aber sowohl der Minderheits- als auch Mehrheitsbevölkerung als Bereicherung des Museumsangebots zur Verfügung steht, eine institutionelle Förderung. Diese Förderung halten wir für berechtigt, weil das Museum Danevirkegärden einerseits zur Museumslandschaft Schleswig-Holsteins gehört, andererseits der Darstellung der deutsch-dänischen Geschichte dient. In diesem Punkt, im Museumswesen, wünschen wir uns als Minderheit auch eine Gleichstellung mit der Mehrheit in Schleswig-Holstein.

Im übrigen besteht nebenbei bemerkt dringender Handlungsbedarf in der Pflege des Dannewerks als

(Anke Spoorendonk)

Kulturmonument. Es ist sehr bedauerlich zu sehen, wie Bäume und wildwachsende Pflanzen dieses Monument im Laufe der Zeit unkenntlich gemacht haben. Ebenfalls beklagenswert ist es, daß die Menschen nördlich und südlich der Grenze davon abgehalten werden, es zu besuchen, weil die Ausschilderung mangelhaft ist.

Allgemein sind wir der Auffassung, daß gerade in der Museumslandschaft viel getan worden ist, allerdings bestehen auch noch immer strukturelle Defizite, weil auch neu hinzugekommene oder erweiterte Museen immer noch auf die Schwerpunkte Kunst oder – ich sage einmal so – auf die vorindustrialisierte Zeit konzentriert sind. Wir hoffen, daß das neue Volkskundemuseum in Schleswig sich wirklich zu einem Museum der Alltagskultur entwickeln wird.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Was aber immer noch fehlt, ist unserer Meinung nach ein Industriemuseum. Ich begrüße die Verbundlösung, und ich begrüße die Kooperation, aber dennoch fehlt die Vermittlung der Voraussetzung für unsere Zeit.

Ebenfalls denkbar wäre auch ein Museum für Zeit- und Regionalgeschichte, welches wiederum eng mit dem in Schleswig ansässigen Institut für Zeit- und Regionalgeschichte zusammenarbeiten könnte und sollte. Herr Rossmann sprach vorhin auch die Ausstellung „8. Mai 1945/95“ an. Das wäre aus meiner Sicht auch ein guter Ansatz für ein solches Museum. Ich hoffe, daß wir auch in Zeiten leerer Kassen nicht Visionen aufgeben, die für unsere Kultur und unsere Identität als Land wichtig sind.

Wir begrüßen, daß die **Soziokultur** in Schleswig-Holstein seitens der Landesregierung gefördert wird, wir sind aber der Meinung, daß die Förderung der soziokulturellen Zentren in Schleswig-Holstein noch intensiviert werden müßte, da diese wichtige gesellschaftliche Aufgaben erfüllen. So tragen sie beispielsweise zu einer sozialeren Gesellschaft bei, helfen bei der Integration gesellschaftlicher Randgruppen und informieren über Lebensweisen und Organisationsformen in einer multikulturellen Gesellschaft.

(Beifall des Abgeordneten Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Soziokulturelle Zentren haben auch sehr viel mit Jugendkultur zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in diesem Punkt meinen wir vom SSW, daß die Hochkultur im Verhältnis zur Volkskultur immer noch höher bewertet wird. Um die Soziokultur längerfristig zu sichern, bedarf es einer Förderung, die sich nicht nur auf Geld beschränken sollte. Neben erhöhten Projektmitteln könnte man Seminare und Workshops zum Thema Soziokultur veranstalten oder

gar Forschungsprojekte zu diesem Thema ausschreiben.

Noch ein Punkt zur Kulturpolitik des Landes: das Landesarchivgesetz aus dem Jahre 1992. Die sogenannte Kommunalklausel bedeutet, daß das Gesetz erst nach dem Jahre 2000 in Kraft treten soll. Das bedauern wir. Wir haben uns maßgeblich für dieses Gesetz eingesetzt. Wir waren auch maßgeblich daran beteiligt. Wir vom SSW vertreten daher die Meinung, daß trotz dieser Verzögerung wichtige, notwendige und für die kommunalen **Archive** hilfreiche Vorarbeit geleistet werden muß.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Da sich schon heute in den Kommunen ein erhöhter Beratungsbedarf abzeichnet, ist es unserer Meinung nach sinnvoll, eine Archivberatungsstelle auf Landesebene einzurichten. Wir können also nicht bis nach dem Jahre 2000 warten. Diese Beratungsstelle würde den vielen Archiven in Schleswig-Holstein die Arbeit erleichtern. Ich möchte an dieser Stelle ebenfalls erwähnen, daß sich die frühere Kultusministerin Marianne Tidick schon früher positiv zur Einrichtung einer solchen Archivberatungsstelle geäußert hat.

Wenn man die beiden Großen Anfragen in bezug auf die Minderheitenpolitik miteinander vergleicht, so stellt man fest, daß sie wenig aussagekräftig sind. Dies liegt aber in der Natur der Sache, da die Fragestellungen der Großen Anfragen mehr darauf abzielen, die Minderheitenpolitik **d a r z u s t e l l e n**. Wir vom SSW würden es begrüßen, wenn man die Kulturpolitik des Landes offensiv gestaltete. Ein denkbares Forum für die Chancen und Perspektiven der Kulturpolitik wäre unserer Meinung nach eine Zukunftswerkstatt. Das heißt, wenn man sich die Frage stellt, was mit diesen Berichten, auch mit dem Bericht zur Musikerziehung, passieren soll, dann, meinen wir, wäre das der richtige Ansatz.

Ferner sind wir der Meinung, daß die Kulturpolitik gegenüber dem Problem der Massenarbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft einen aktiven Standpunkt einnehmen sollte. Aufgabe der Kulturpolitik sollte es sein, den Arbeitslosen Möglichkeiten aufzuzeigen, sich aus der drohenden Isolation zu befreien. Ziel sollte es sein, den Arbeitslosen die Perspektivlosigkeit zu nehmen und sie wieder in das kulturelle Leben mit einzubeziehen. Ansonsten bleiben wir dort stehen, wo wir uns lange Jahre befanden. Der dänische Zeichner und Maler Robert Storm Petersen hat unter anderem sehr viele Zeichnungen mit zwei Stadtstreichern gemacht. Diese beiden Personen unterhalten sich auch über Kultur. Der eine fragt: „Was ist Kultur?“ Der andere antwortet darauf: „Damit reibt man Möbel ein.“ So darf es wohl nicht sein.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Unsere Gesellschaft hat sich lange um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Heimat“ herumgedrückt. Auch die sogenannten 68er, die damals alles neu beleben und neu definieren und Unausgesprochenes auf den Tisch legen wollten, haben um diesen Begriff einen großen Bogen gemacht. Meines Wissens ist eine alle Parteien übergreifende große gesellschaftliche Debatte erst aufgenommen, als uns die Fernsehserie „Heimat“ von Edgar Reitz klarmachte: Man kann über Heimat reden, ohne zu „tümeln“.

(Beifall bei der SPD)

Das war allerdings erst 1984. So lange hat es gebraucht. Seit dieser Zeit haben viele Menschen angefangen, über die Bedeutung von Heimat für sich und andere neu nachzudenken.

Heimat ist ein Thema, das uns alle berührt, auch wenn sehr unterschiedliche Gefühle angesprochen werden. Was jeder einzelne von uns unter Heimat versteht, kann sehr unterschiedlich sein. Es kann auch sehr unterschiedlich sein, wie er oder sie das kulturell auszudrücken wünscht. Für den einen ist es der Ort, die Region oder sogar das Land, in das er hineingeboren wurde und in dem er seine Kindheit verbracht hat. Sie prägte ihn, seinen Charakter, seine Mentalität, seine Einstellungen, seine Sprache, letztlich seine Eigenart. – Dies gilt natürlich auch für die Frauen. Entschuldigen Sie bitte.

Diese ursprünglichen Erfahrungen tragen wir ein ganzes Leben lang mit uns herum. Nur so ist es verständlich, daß Menschen, die in Deutschland Leid erfahren haben und sich geschworen haben, niemals wieder zurückzukommen, sich doch immer wieder mit der alten Heimat beschäftigen und doch wieder hierher kommen.

Josef Adler, Nachkomme einer angesehenen und in Lübeck lang ansässigen Rabbinerfamilie, heute Bürger Israels, über 80 Jahre alt, hat sich zusammen mit seinem Bruder und seinen Vettern 15 Jahre lang mit der deutschen Geschichte der Lübecker Rabbinerfamilien Joel, Adler und Carlebach beschäftigt. Er ist hierhergekommen und hat die Chronik mir und der Stadt Lübeck persönlich übergeben.

Für andere ist Heimat der Ort, an dem sie sich als Erwachsene niedergelassen haben, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. In unserer mobilen Zeit ist das immer häufiger eine Stadt oder eine Landschaft, die mit unserem Geburtsort nichts mehr zu tun hat.

Wir sind also, wie wir sehen, nicht sklavisch an die regionalen Erfahrungen unserer Kindheit gebunden. Wir können eine neue geistige, kulturelle und politische Heimat an anderen Orten finden, wenn wir uns dafür öffnen. Gelingt dies nicht oder nur unzureichend, dann ist das oft mit Schmerzen für die nachgeborenen Kinder verbunden, die zum Beispiel als Kinder von Ausländern – früher Gastarbeiter genannt

– die alten emotionalen Bindungen der Eltern an ihre alte Heimat kopieren und sich hier nicht zurechtfinden.

Leider oder Gott sei Dank kann Heimat nicht regierungsamtlich definiert und verordnet werden. Vielleicht sollten wir uns aber gemeinsam zu Herzen nehmen: **Heimat hat viel mit alten Traditionen und Bräuchen** zu tun. Das ist auch zu bejahen und zu pflegen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Alte Trachten, alte Tänze, die aus unserer Region kommen und die sie geprägt haben, gehören auch dazu. Denn erst aus der Kenntnis und dem Respekt alter Traditionen erwächst das Verständnis für das Neue und Moderne.

(Meinhard Füllner [CDU]: Alte Hüte auch!)

– Ihnen ist nicht zu helfen, wirklich nicht! – Auch wenn wir uns nicht zurückwenden wollen, erlebt jeder, der einmal für längere Zeit im Ausland war, daß er Deutscher ist und daß seine Heimat Deutschland für andere durchaus einen anderen Klang hat als für ihn selber. Das liegt unter anderem an der Geschichte, die auch zu unserer Heimat gehört und der wir auch nach 50 Jahren nicht entkommen können. Dieses gebrochene Verhältnis zu unserer Geschichte und Kultur machte und macht auch heute noch den Heimatbegriff für uns schwierig, zumal er von den Nazis schändlich mißbraucht wurde und vielen unserer Generation den Begriff „Heimat“ suspekt machte.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Die Auswanderungswelle vieler Intellektueller in den fünfziger Jahren in die USA, die man heute an den Universitäten dort trifft, ist für mich immer noch der Beweis der Wurzellosigkeit dieser Generation, die nach dem Krieg voller Schrecken und Entsetzen zurückschaute und sah, was passiert war.

Aber Gott sei Dank ist Heimat nicht nur rückwärts gewandt. Heimat hat viel damit zu tun, daß wir uns in unserer Gegenwart sicher, wohl und geborgen fühlen. Davon darf kein Mensch ausgeschlossen werden, auch dann nicht, wenn er einer Minderheit angehört oder seine Eltern Ausländer sind oder seine Religion, Sitten und seine Gebräuche andere sind als die der Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

Der Begriff „kollektive Identität“ ist schwierig, vielleicht sogar unmöglich. Er darf aber niemals dazu mißbraucht werden, Menschen den Zugang zu unserer Gemeinschaft und Kultur zu verwehren oder sie auszuschließen. Diese Gefahr besteht leicht dort, wo das Bewußtsein verlorengegangen ist, daß auch wir, die wir hier vielleicht geboren sind oder die wir hier hingezogen sind und schon lange hier leben, die Zu-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

gehörigkeit zu unserer Gemeinschaft individuell erworben haben und sie uns nicht angeboren wurde.

Heimat ist kein statischer und abgeschlossener Begriff. Er ist offen für Veränderungen, für politische, gesellschaftliche und kulturelle Gestaltung. Er ist Aufgabe und Herausforderung, Verhältnisse zu bewahren oder zu schaffen, in denen wir uns frei entfalten können und unseren Kindern und Jugendlichen eine zukunftsichere Orientierung bieten. Dazu gehören ein Arbeitsplatz, ein Ausbildungsplatz, gute Nachbarschaft, gemeinsame Interessen, Hilfe, wenn wir Hilfe brauchen, und Hilfe, die wir anderen geben können. Dazu gehört aber auch die Anerkennung der gleichwertigen **Andersartigkeit des Mitmenschen**. Und das, meine Damen und Herren, ist auch eine große und erstrebenswerte kulturelle Leistung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist uns – das können wir wohl mit bescheidenem Stolz sagen – gelungen, friedlich mit den Minderheiten in unserer gemeinsamen Heimat zusammenzuleben. Das ist nicht das Verdienst einer Partei. Daran haben viele mitgearbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Ein Heimatbegriff, der lediglich auf die Pflege der Vergangenheit setzt, würde zu kurz greifen. Er vernachlässigt die Gegenwart und verspielt die Zukunft.

Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes Land. Es will es bleiben. Daher dürfen wir die Tore nicht vor neuen Eindrücken und Veränderungen verschließen. Es wäre ein gewaltiger Schritt vorwärts, wenn wir uns darauf verständigen könnten, daß Tradition und Zukunft zusammengehören. Um diesen Schritt tun zu können, wollen wir alle einladen, die hier mit uns leben.

Die vorgelegten Daten und Aussagen sowie die Antworten zu den beiden Großen Anfragen zeigen: Die Landesregierung mißt der Förderung der Heimat- und Regionalkultur besondere Bedeutung zu. Wir sichern die Infrastruktur in diesem Bereich für die Zukunft, auch wenn wir sparen müssen. Die Kulturförderung der Landesregierung macht es möglich, daß eine Vielzahl von Institutionen, Verbänden und Vereinen den individuellen Erwerb von Heimatbewußtsein begleiten und unterstützen – allen voran der **Schleswig-Holsteinische Heimatbund**, dessen Vorsitzenden, Herrn Ronneburger, ich sehr herzlich begrüßen darf. Aus vielen Diskussionen und Gesprächen weiß ich, daß die Mitglieder dieses Verbandes vor Ort zwar auch das Alte pflegen, sich aber Neuem öffnen, zum Beispiel den Fragen des Schutzes unserer Umwelt – auch eine kulturelle Leistung – oder der Gleichstellung von Männern und Frauen – auch eine kulturelle Leistung.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung schätzt das Engagement vieler Menschen in Theatern und Museen, Archiven und Bibliotheken, in Kleinkunsthöfen, in der Musik und der Literatur, in der Kunst, Baupflege und Landeskunde, in den Vereinen und Verbänden.

Ich möchte nur einige Schwerpunkte unserer Förderung herausheben, um dem Eindruck entgegenzuwirken, wir beschränkten uns zu sehr auf ein paar Schwerpunkte und täten vor Ort und im Raum nicht genügend.

Eine wesentliche Rolle spielt für uns alle die Pflege der niederdeutschen Sprache. Kaum eine Region ist so stark vom Niederdeutschen geprägt wie unser Land. Im letzten Jahr haben wir hier im Parlament die Situation der niederdeutschen Sprache debattiert und sind gemeinsam zu einem großen Konsens gekommen, nämlich daß wir sie pflegen wollen und daß wir insbesondere versuchen wollen, die Kriterien der EU einzuhalten. Daneben fördern wir aber auch die Sprachen und die kulturelle Eigenständigkeit der **Minderheiten** in unserem Land. Neben unseren dänischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und den Friesen unterstützen wir die Sinti und Roma. Auch sie gehören zu unserer Heimat- und Regionalkultur.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb ist es nur folgerichtig, den Sinti und Roma den Status der anderen Minderheiten in unserer Verfassung zuzuerkennen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als klassische Medien im Bereich der Heimatkultur fördern wir Musik, Tanz, Malerei, Literatur und Theater. Es ist keine Frage, daß Volkstanz und Heimatliteratur – um nur zwei davon zu nennen – dem Bedürfnis vieler Menschen entgegenkommen, ihre Verbundenheit mit ihrer Heimat auszudrücken.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Wir fördern aber auch audiovisuelle Medien wie Film und Video,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

denn sie zeigen, daß die Menschen, das Land, die Geschichte und unsere Kultur sehr wohl auch in neuer, moderner Form dargestellt werden können.

Die **Grenzverbände** arbeiten auf den vielfältigsten kulturellen und sozialen Feldern und nehmen uns dabei einen großen Teil der Arbeit ab, die wir nicht schaffen könnten. Sie leisten einen friedlichen und dankenswerten Beitrag zur Orientierung der Menschen im deutsch-dänischen Grenzraum.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Für genauso wichtig halten wir es aber auch, daß die **freie Kulturarbeit**, die Soziokultur und die Kunst und Kultur der Frauen gefördert werden. Wenn man sich die Zahl der tätigen Künstlerinnen ansieht, war das vielleicht noch nicht immer so erfolgreich, wie wir es uns gewünscht hätten. Vielleicht haben Frauen aber auch zuviel Angst, als Künstlerinnen den Sprung ins kalte Wasser zu wagen. Hier besteht jedenfalls noch ein Nachholbedarf, den wir in den nächsten Jahren berücksichtigen und bei dem wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen wollen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Selbstverständlich – jetzt wird es leider trauriger – gilt auch für die Förderung der Heimat- und Regionalkultur, was für alle anderen Bereiche gilt: Wenn die Kassen leer sind, kann man leider Gottes nicht ums Sparen herumkommen. Die Frage ist nur, wie man spart, wie vernünftig man spart oder ob man etwas zu Tode spart.

Gegenwärtig befinden sich die Kommunen und das Land in einer finanziell schwierigen Lage. Gemeinsam können wir dafür sorgen, daß die Heimat- und Regionalkultur ihren Stellenwert im Bezugsrahmen der allgemeinen Kulturpflege in Schleswig-Holstein behält. Vielleicht läßt sich ja auch manches gemeinsam machen, um auf diese Art und Weise die eine oder andere Mark zu sparen und sie an anderer Stelle ausgeben zu können.

Ich danke daher allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in ihrer Region für Heimat- und Kulturarbeit engagieren. Ich danke allerdings auch den Sponsoren, die dabei helfen, daß diese Bürgerinnen und Bürger die Zeit und das Geld, das sie investiert haben, auch zeigen können. Das gilt genauso für die Privatbanken, die ihre Räume zur Verfügung stellen, wie für die Sparkassen und die Landesbank, die mit ihren jeweiligen Stiftungen in der Region versuchen zu helfen,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

wo man kulturell und sozial helfen kann.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich denke, daß sich da schon gute Felder der Zusammenarbeit gezeigt haben.

Erlauben Sie mir zum Schluß noch, auf eine Bemerkung von Ihnen, Herr Dr. Rossmann, einzugehen. Ich habe sehr wohl mitbekommen, daß das Thema beziehungsweise der Arbeitstitel für den **Schleswig-Holstein-Tag**, der im kommenden Jahr ja eine besondere Bedeutung hat, offensichtlich auf Irritationen gestoßen ist. Ich habe deswegen die Beteiligten und Betroffenen zu einem Gespräch eingeladen, um die Anregungen, die Sie hier gegeben haben, aufzugreifen, weil – so glaube ich – niemand irgend jemanden kränken wollte. Dieser Titel war als Arbeitstitel gedacht. Er ist keineswegs von der Landesregierung vorgegeben worden und kann jederzeit in einen Ar-

beitstitel umgeändert werden, bei dem dann wieder alle mitarbeiten und dabeisein können.

(Beifall im ganzen Haus)

Mich hat besonders gefreut: Im letzten Jahr haben wir es geschafft haben, daß unsere dänischen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit uns in Schleswig-Holstein gefeiert haben. Das sollten wir diesmal doch nicht wieder abschaffen! Es wäre daher schön, wenn wir uns an dieser Stelle einigen könnten.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. von Hielmcrone.

(Angelika Volquartz [CDU]: Eigentlich kommt erst die CDU! Jetzt müßte eigentlich die CDU drankommen!)

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Ich stelle mir vor, in vielleicht 50 Jahren werden Studenten der Geschichtswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität – oh ja, sie gibt es noch, und sie blüht natürlich noch – im Rahmen einer Exkursion in das tatsächlich bestehende, reale, dreidimensionale Archivgebäude in der schönen – dann sogenannten – Kulturerbe-Europa-Stadt Schleswig geführt werden – sonst bewegen sie sich hauptsächlich in der virtuellen Realität –, und sie werden bei der Besichtigung des Archivs die beiden Antworten der schleswig-holsteinischen Landesregierung auf die Großen Anfragen zur Kulturpolitik und zur Heimat- und Regionalkultur und auf die Protokolle der heutigen Landtagsdebatte stoßen.

Abgesehen von der fragwürdigen Qualität des Papiers – unter Archivgesichtspunkten selbstverständlich – werden sie erstaunt darüber sein, welch tatsächlich hohen Stellenwert die Kultur in diesem Lande besaß – und dann noch immer besitzt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Sie werden eine in der Geschichte seltene Blüte aller kulturellen Sparten feststellen. Sie werden sich vielleicht ein wenig wundern, wenn sie im Protokoll der heutigen Sitzung lesen, wie wenig diese tatsächliche Blüte der allgemeinen Kulturarbeit im Bewußtsein der Menschen dieser damaligen Zeit war und wie wenig sie anerkannt wurde.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie werden die Zahlen nachlesen und sich die Augen reiben. Es gab zum Beispiel 105 Amateur Bühnen im Lande, 14 niederdeutsche Bühnen, 3 große professionelle Bühnen, Spielstätten praktisch im ganzen Land. Es gab Figurentheater, 150 Museen – viele davon werden dann ihr 50jähriges Jubiläum feiern kön-

(Dr. Ulf von Hiemcrone)

nen –, Archive, ein überreiches Musikleben. Die bildenden Künste hatten ihre Organisationen. Soziokulturelle Zentren spielten eine große Rolle bei der Jugend. Darüber, daß diese bei einigen Konservativen damals immer noch umstritten waren, wundern sich unsere jungen Freunde.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Denn für sie gehörten die Zentren mit ihren bunten Namen damals zu den eigentlichen Kulturträgern ihrer Zeit. Man kümmerte sich damals, so werden sie feststellen, um die Architektur, regionale Sprachen, es gab Dänen und Friesen – die gibt es immer noch – mit ihrer eigenen Kultur; 105 Vereine befassen sich mit Volkstanz, Volkshochschulen, Kulturringen existieren, und Bildungsstätten kümmern sich um die Fortbildung. Das Land gab viel Geld aus. Das Land kümmerte sich um den Erhalt alter Bauten, die es zum Zeitpunkt unserer Archivbesucher übrigens immer noch gab; denn man hatte sich zwischenzeitlich überparteilich geeinigt, auch mit den da noch regierenden Konservativen in Bonn, daß die Steuersubventionen natürlich erhalten bleiben sollten.

(Beifall im ganzen Haus)

Und überrascht werden sie sein, wenn sie feststellen, was sie natürlich aus dem Geschichtsunterricht ohnehin schon wußten, daß es damals die Landesregierung und die sie tragenden Parteien waren, die für viel, viel Innovation auf dem Gebiet der Kultur sorgten.

(Beifall bei der SPD)

Dann entstanden das Programm für Kunst im öffentlichen Raum, das Literaturhaus, Bücherverein, die Theatersanierung wurde vorangetrieben, es gab Filmförderung, viele neue Museen wurden geschaffen, das Institut für Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig-Holsteinische Kulturtage, die Kultur der Minderheiten wurde gefördert, die Jugendkultur, die Kultur der Frauen. Und da wurde dann auch deutlich, welche Perspektiven diese Regierung und diese Parteien für die Zukunft hatten, die weit ins nächste Jahrhundert hineinreichten.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich machte das diese Regierung nicht allein. Sie stützte sich auf eine Vielzahl von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ein dichtes Netz der **Kulturarbeit** umfaßte das ganze Land, mit allerdings teilweise unterschiedlich breiten Maschen regionaler Art, übrigens ein dichtes Netz, das habe ich auch feststellen können, in Nordfriesland, in Kiel und im Südostholsteinischen. Andere haben da vielleicht noch zu arbeiten.

Unsere Studenten werden dann auch die Zahlen studieren, die ihnen dank der beiden Berichte in großem Umfang zugänglich gemacht wurden, die schlagartig die Situation beleuchteten. Bei diesen Zahlen werden sie auch auf aktuelle Probleme stoßen, auf das der Finanzen etwa, das auch den Kultursprecher seiner

Fraktion mit großer Sorge erfüllte; denn fast überall waren Kürzungen festzustellen, die einschneidend waren und die nicht beschönigt werden sollten. Es war aber das ernste Bemühen festzustellen, es nicht zu Einbrüchen kommen zu lassen, die das Aus für ganze Sparten hätten bedeuten können. Erschreckt war man allerdings darüber, wie wenig Künstlerinnen und Künstler tatsächlich verdienten.

Unsere Studenten werden sich aber nicht nur mit den Finanzzahlen beschäftigen, sondern auch mit den Zahlen der Menschen, die sich aktiv an der Kulturarbeit beteiligten, etwa 50.000 bei den Amateurtheatern, 150.000 geschätzte Mitglieder im Landesmusikrat, 17.000 Menschen waren in der kulturellen Hauptorganisation der dänischen Minderheit zusammengefaßt und 55.000 im Schleswig-Holsteinischen Heimatbund. Der Landeskulturverband spielte als ständiger Wächter, Freund und Begleiter der Kunst eine große und unübersehbare Rolle. Insgesamt waren also weit über 10 % der gesamten Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein aktiv am **kulturellen Leben** des Landes beteiligt. Auf den heranwachsenden und erwachsenen Teil der Bevölkerung verteilt war die Zahl höher, und auf die Familien umgerechnet schätzte der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, daß wahrscheinlich in jeder zweiten Familie mindestens ein Mitglied auf diese oder eine andere Art am kulturellen Leben des Landes beteiligt war. Die Bandbreite reichte dabei natürlich von Feuerwehrkapellen und Spielmannszügen bis zu großen Orchestern und vielen, vielen Musikschulen im Lande, um nur die Sparte Musik zu nennen. Rechnet man künstlerische und kreative Aktivitäten im Rahmen der Volkshochschulen dazu, wurde diese Zahl leicht erreicht und wahrscheinlich überschritten.

Unser Land Schleswig-Holstein ist ein reiches Kulturland, auf das wir stolz sein können. Die Zeit, in der sich die Musen hinter dem Knick zu verstecken hatten, ist endgültig vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Dies stellte der Kultursprecher der SPD damals mit Genugtuung, aber nicht mit Selbstzufriedenheit fest. Denn er sagte auch: Wir müssen alles unternehmen, daß es so bleibt, und das wird viel Mühe und Anstrengung aller kosten.

(Beifall bei der SPD)

In der Geschichtswissenschaft der Zeit, in der sich unsere Archivbesucher mit der heutigen Debatte befassen werden, war die Zeit des ausgehenden 20. Jahrhunderts übrigens als große Umbruchzeit später bekanntgeworden und wurde teilweise mit dem ausgehenden Mittelalter 500 Jahre vorher verglichen, in dem sich ebenfalls alle Bereiche des Lebens so dramatisch geändert hatten.

Aus diesem Grunde war es auch besonders wichtig, sich mit Einzelaspekten zu befassen, und so wurden denn auch Seminaufträge erteilt. Einer unserer jungen Freunde oder Freundinnen erhielt das Thema

(Dr. Ulf von Hiemcrone)

„Heimat und Heimatkultur“. Ihm lag dieses Thema, denn er sprach fließend drei Sprachen, neben Deutsch natürlich Englisch, als lingua franca des global village, am liebsten aber sprach er Plattdeutsch als typische Regionalsprache dank der guten Schulpolitik zu der Zeit vor etwa 50 Jahren.

(Beifall und Heiterkeit)

Plattdeutsch war wieder modern geworden. Das führte in manchen Familien zu Problemen, denn die Großeltern sprachen nicht so gut Platt wie ihre Enkel.

(Heiterkeit)

Für unsere Studenten war das Thema übrigens keine schwere Aufgabe. Denn in der Antwort auf eine entsprechende Anfrage hatte die Regierung auf Seite 100 folgende etwas sehr Wesentliche zur Identität gesagt und damit die Grundlage ihrer Politik auf dem Gebiet der **Heimat- und Regionalkultur** dargelegt. Danach entwickelt sich der Prozeß der Identitätsfindung in dem Spannungsfeld zwischen Herkunftsbewußtsein und Zukunftsperspektive. Er setzt ein bestimmtes Maß an Ordnungsorientierung und Orientierungssicherheit voraus. Anders ausgedrückt: Der Mensch braucht seine Heimat, das sichere Bewußtsein seiner Herkunft, deren er sich vergewissern können muß, um von dieser Plattform aus einerseits seine Zukunft gestalten zu können, aber auch gestalten zu wollen, andererseits sie aber auch vor Gefahren zu schützen.

Daß dieses Heimatgefühl fest in den Menschen des Landes verwurzelt war – selbst die Ministerpräsidentin sprach zu diesem Thema –, konnte unser Staat feststellen vor allen Dingen an dem hohen Maß ehrenamtlichen Engagements auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, auch in der Politik, die ohne dieses Engagement nicht möglich gewesen wäre, das aus dem Heimatbewußtsein resultiert, aber natürlich auch aus dem ganz persönlichen und zum Teil wirklich körperlich harten Einsatz für die Gesellschaft etwa im Rahmen der Freiwilligen Feuerwehr, die ohne dieses Verbundenheitsgefühl der Menschen mit ihrer Heimat nicht möglich würde.

Ihm wurde aber auch klar, daß diese Heimat damals auch andere Gruppen von Menschen bewegte, die auf den ersten Blick mit der Gruppe nichts zu tun hatten, die sich aber auf ihre Art und Weise aktiv für ihre Heimat und ihre Zukunft einsetzen wollten. Es waren die Demonstranten, die damals gegen die Atomkraft, etwa im Wendland, demonstrierten und die in ihr eine große Gefahr für das Leben und die Gesellschaft ihrer Heimat erkannten. Atomkraftwerke waren etwas, was man in der Zeit unseres Freundes nicht mehr kannte. Man konnte sie nur noch in der virtuellen Realität des Internet-Museums besichtigen. Die echten waren längst, weil viel zu gefährlich, abgeschaltet worden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war damals, 1997, noch nicht allen klar, und darüber wunderte sich unser junger Freund doch sehr.

(Beifall bei der SPD)

Etwas anderes konnte der junge Besucher in der fernen Zukunft aber auch noch feststellen: Der Heimatbegriff war modern geworden und mit der Zeit gegangen. Nicht alle hatten das erkannt. Der neue Heimatbegriff umfaßte natürlich die Liebe zur Heimat mit ihrer Geschichte und ihrer Tradition; dafür war Schleswig-Holstein immer bekannt. Aber er wies auch über die Grenzen der verschiedensten Art hinaus. Die Nachbarländer wurden einbezogen, künstlerische Impulse gingen von unserem kleinen Land an der Ostsee aus. **Ars Baltica** oder Jazz Baltica hießen einige Aktivitäten, **Hanse-Philharmonie** eine andere. Nordische Literaturtage kamen hinzu. Das Schleswig-Holstein **Musik Festival** holte prominente Namen und die ganz große Kunst ins Land; die bildenden Künste hatten gelernt, über die Grenze zu schauen. Auch Minderheiten wurden einbezogen, Jugend und Frauen nicht vergessen.

Deutlich merkte unser junger Freund, daß gerade damit ein Teil der Voraussetzungen geschaffen wurde, mit dem dieses Land Schleswig-Holstein aus einem sicheren Selbstverständnis heraus die Anforderungen und Umwälzungen der Zeit meistern konnte, was andererseits Selbstsicherheit erforderte, aber auch eine Offenheit Neuem und anderem gegenüber in einer klein gewordenen Welt. Denn daß die Welt ein Dorf werden würde, das erkannte man auch damals schon, und man erzog deshalb ganz bewußt die Jugend des Landes zu Heimatliebe, aber auch zu **Toleranz und Offenheit** Andersartigem und Fremdem gegenüber.

(Beifall)

Ich verlasse jetzt unseren fernen Besucher oder unsere Besucherin,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Schade!)

nicht ohne sie von dieser Stelle von allen in diesem Hause noch einmal zu grüßen, falls es soweit kommen sollte. Mein Zeitfenster in die Zukunft ist geschlossen, die ernsthafte Arbeit mit den beiden sehr wertvollen und wichtigen Antworten beginnt hier und heute, auch mit Gesprächen beispielsweise über die Zukunft der Musik in unserem Lande. Hiermit werden wir dann einen Teil dazu leisten, daß unser junger Freund oder unsere junge Freundin zukünftig in seiner oder ihrer Welt Zukunft so vorfindet, wie wir meinen, daß sie sein sollte: frei, offen und friedlich. Hierzu trägt Kulturarbeit in hohem Maße bei.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Ich wußte gar nicht, was für ein Temperamentsbolzen in unseren Reihen sitzt, Herr Dr. von Hielmcrone!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der Internationalisierung und Globalisierung unserer Gesellschaft erhalten Begriffe wie **regionale Identität** und **Heimat** eine immer wichtiger werdende Bedeutung für die Schaffung von Werten und Handlungssicherheit der Bevölkerung. Frau Ministerpräsidentin, ich freue mich, daß Regierung und CDU-Fraktion in dieser Bewertung kein Jota auseinander sind. Ich freue mich ganz besonders, daß vor allem offensichtlich unsere Große Anfrage den Anstoß gegeben hat, daß wir heute immerhin einen halben Tag über das wichtige Thema Kultur im Plenum debattieren.

(Beifall bei CDU und SSW)

Nur mit dem Gefühl und dem Wissen einer regionalen Zugehörigkeit ist es den Menschen möglich, sich in einer komplexen, sich verändernden und unübersichtlich gewordenen Welt zurechtzufinden und sicher zu fühlen. Um aber diese aus den genannten Gründen notwendige regionale Identität und ein damit verbundenes Heimatgefühl zu vermitteln, bedarf es der Pflege traditioneller und natürlich auch neuer, moderner regionsspezifischer Kultur. Denn gerade und besonders Kultur hat nachgewiesenermaßen eine große identitätsstiftende Wirkung.

Die Intention unserer Großen Anfrage zur Heimat- und Regionalkultur war unter anderem, eine Bestandsaufnahme zu erhalten, wer alles in diesem wichtigen Schleswig-Holstein prägenden kulturpolitischen Bereich – zumeist ehrenamtlich – arbeitet, welchen Beitrag die Landesregierung dazu leistet und welche konzeptionellen Vorstellungen sie hat.

Zunächst einmal möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kultusministerium und bei allen Zuarbeitern ganz herzlich bedanken, bei all denen, die mit der Beantwortung der Großen Anfragen, speziell unserer Großen Anfrage beschäftigt waren. Herzlichen Dank!

(Beifall bei CDU und SSW)

Die Antwort auf unsere Große Anfrage ist eine großartige Leistung des Ministeriums. Sie gibt eine außerordentlich gute, brauchbare Zusammenstellung und Übersicht über die verschiedenen Sektoren und Aufgaben im kulturellen Bereich und zeigt, wie bunt und vielfarbig die Szene der breiten Kultur in Schleswig-Holstein ist. Sie macht das riesige ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung deutlich und erkennt damit die Arbeit von Individuen, Gruppen, Vereinen und Verbänden an, die für die unverwechselbare Kultur in unserem Lande unschätzbare Werte schaffen.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Es wird deutlich, daß es die Landesregierung für außerordentlich notwendig erachtet, das Orientierungsvermögen der Menschen in unserem Land, an das in dieser Zeit ganz besonders hohe Anforderungen gestellt werden, zu fördern, zu unterstützen und zu stärken. Nur so wird Identität erzeugt, Identität, die **Herkunftsbewußtsein** und **Zukunftsperspektiven** beinhalten muß und die für die Handlungssicherheit und den Orientierungsprozeß der Menschen, ganz besonders der jungen Menschen unabdingbar notwendig ist.

Menschen müssen dabei unterstützt werden, sich ihre eigenen Räume zu schaffen. Dazu gehören die Entdeckung der eigenen Geschichte, der Regionalgeschichte, eventuell die Nutzung einer Regionalsprache, aber auch die Begegnung mit Natur und Landschaft. Das schafft Identität, das schafft regionale Identität.

Hier sind wir mitten im Thema. **Heimat- und Regionalkultur** sind eine wichtige Grundlage für den Erwerb von Identität, für das Bewußtsein von Zugehörigkeit, für die Gemeinsamkeit von Überzeugungen und dadurch für Orientierung und Handlungssicherheit, Ordnungsvermögen und allgemeine Urteilsfähigkeit. Heimat- und Regionalkultur haben überhaupt nichts mit Provinzkultur zu tun.

(Beifall der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

– Da können Sie ruhig klatschen; das ist sehr in meinem Sinne.

(Beifall bei der CDU)

Eingebettet in die Globalkultur berücksichtigten sie vielmehr Möglichkeiten und Reichweiten des kulturellen Strebens der Menschen, die ganz in unserer Zeit leben und sich einen Sektor der regionalen Kultur als Interessengebiet ausgewählt haben. Frau Ministerin Böhrk, in dieser Bewertung gehen wir völlig konform.

Herr Kollege Rossmann sollte mit seinem moralischen Zeigefinger vorsichtig sein. Er läuft nämlich Gefahr – vielleicht ist das auch Absicht –, auf diese Art und Weise die doch offensichtlich bestehende ziemlich große Gemeinsamkeit ganz empfindlich zu stören.

Wenn überhaupt besteht Provinz in den Köpfen, nicht aber in der Region – sagt die Professorin Silke Götsch vom Seminar für Volkskunde der Christian-Albrechts-Universität.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Die wichtige Aufgabe, die Menschen bei der Verwirklichung der kulturellen Vorhaben zu unterstützen und ihnen bei der Qualifizierung in diesen Bereichen zu helfen, wird in Schleswig-Holstein von einer Vielzahl von Vereinen und Organisationen auf lokaler und regionaler Ebene geleistet. Diese werden wiederum von Dachverbänden und überregional tätigen Organi-

(Caroline Schwarz)

sationen beraten, begleitet, organisatorisch unterstützt und finanziell gefördert. Nach Aussage der Antwort auf unsere Große Anfrage bilden diese Dachverbände die landesweite **kulturelle Infrastruktur** für die Heimat- und Regionalkultur des Landes.

Daher ist die Antwort auf Frage 4: „In der Sicherung dieser kulturellen Infrastruktur sieht die Landesregierung ihre Hauptaufgabe bei der Förderung und Stützung der Heimat- und Regionalkultur in Schleswig-Holstein,“ nur logisch und folgerichtig. Es erfolge in der Regel eine institutionelle Förderung – so geht es weiter –, um die Planungssicherheit der Verbände und Einrichtungen zu erhöhen und ein hohes Maß an Kontinuität der Arbeit dieser Vereine zu sichern.

Hier hat sich die Landesregierung in wünschenswerter Weise festgelegt. Die Landesregierung sieht in Schleswig-Holstein die institutionalisierte Heimatpflege durch die Verbände wahrgenommen und bekräftigt, daß diese Verbände finanziell ausreichend ausgestattet werden müssen, um deren Haushaltssicherheit zu gewährleisten.

Was aber ist in den letzten Jahren tatsächlich geschehen? – Jahr für Jahr wurde die institutionelle Förderung zurückgefahren. Von Planungssicherheit keine Spur, höchstens die Gewißheit, daß das nächste Jahr eine weitere Kürzung bringen wird. Die Arbeitsfähigkeit wird existentiell berührt, Personal muß entlassen werden, die Infrastruktur der Heimat- und Regionalkultur ist hochgradig gefährdet, es ist kurz vor Zwölf.

Am allerschlimmsten erscheint mir die Tatsache, daß die hervorragende Jugendarbeit im Kern gefährdet ist. Ich will Ihnen dazu ein Beispiel nennen. Der **Schleswig-Holsteinische Heimatbund** bietet ein Jugendseminar „Platt auf dem Ponyhof“ an mit dem Titel: Wi ööbt dat mol, Speeln, Danzen, Singen und Sammelsums op Platt.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

– Hev se sick anmeldet, Herr Landwirtschaftsminister? – Die 30 Plätze waren in Null Komma nichts ausgebucht, es gab nämlich über 100 Anmeldungen. Was für eine Enttäuschung für die Jugendlichen, die eine Absage bekommen mußten! Es wird zwar vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund in Aussicht gestellt, das Seminar zu wiederholen, ich frage mich allerdings, von welchem Geld.

Das ist kein Einzelfall, ich könnte x Beispiele bringen. Insgesamt ist festzustellen, daß das Interesse von Kindern und Jugendlichen an dieser Art von Freizeitgestaltung kontinuierlich wächst. Die Anmeldungen für Kinder- und Jugendseminare werden immer mehr, beim SHHB, beim Jugendhof Scheersberg – dem die Landesregierung in ihrer Antwort ja einen ganz besonders hohen Stellenwert einräumt –, bei den anderen Verbänden.

Was kann es Schöneres geben als ein solches sinnvolles Engagement junger Leute im kulturellen Bereich?

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Was gibt es für eine bessere Prävention gegen Drogen, Gewalt, Kriminalität als eine solche Jugendarbeit? Müssen wir hier nicht alles tun, um diese Jugendarbeit weiter zu stärken und zu fördern?

(Beifall bei der CDU)

Die Antwort muß eindeutig lauten – deswegen habe ich Ihren Beifall auf der linken Seite vermißt –: ja. Dazu gehören schlichtweg ausreichende finanzielle Mittel.

Eine Große Anfrage wird nicht gestellt, um die Regierung zu beschäftigen – das wurde uns von der regierungstragenden Fraktion mehrfach vorgeworfen –, sondern gerade wir als Opposition wollen anhand der Bestandsaufnahme und der regierungsamtlichen grundsätzlichen Aussagen zu diesem Thema sehen, wo – wenn es geht, gemeinsam – Ansätze und Zukunftsperspektiven gesehen und realisiert werden können. Dazu ist es notwendig, sowohl einige Problembereiche deutlich aufzuzeigen als auch Lösungen vorzuschlagen – Herr Dr. Rossmann, Sie haben das eingefordert.

Das Hauptproblem habe ich bereits genannt. Es ist die **finanzielle Absicherung** der Verbände, die Sicherung der Arbeitsfähigkeit von SHHB, Grenzfriedensbund, ADS und vor allem des Grenzvereins, der durch die Kürzung in diesem Jahr kurz vor dem Aus steht. Wir brauchen ein grundsätzliches Bekenntnis zum Erhalt der Grenzverbände,

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

gerade auch vor dem Hintergrund einer ausgewogenen Balance im Grenzraum. Wenn hier keine finanzielle Klarheit und Zukunftsperspektive gegeben werden, ist auch die Infrastruktur von Heimat- und Regionalkultur im Kern gefährdet. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Als zweites möchte ich das **Niederdeutsche** ansprechen. Fraktionsübergreifend werden wir ja wohl Niederdeutsch in unsere Verfassung aufnehmen. Dies erfordert aber auch Konsequenzen, zum Beispiel bei der Lehreraus- und -fortbildung, bei der Entwicklung und Zur-Verfügung-Stellung von Lehr- und Lernmaterial. Seminare und Projekte, insbesondere für Kinder und Jugendliche, müssen gefördert werden. Man sollte auch verstärkt über die Verstärkung und Intensivierung der Zusammenarbeit der niederdeutschen Einrichtungen in Schleswig-Holstein mit dem Institut für niederdeutsche Sprache in Bremen nachdenken.

Zum dritten erscheint es mir außerordentlich wichtig, im Bereich **Landeskunde**, Landesgeschichte, Heimatgeschichte und Volkskunde einen ganz deutlichen

(Caroline Schwarz)

Akzent zu setzen. Neben der Sicherung des Bestehenden wäre eine Ausweitung der Seminar- und Projektstätigkeit ebenso wünschenswert wie eine stärkere Förderung der Weiterbildung und Qualifizierung der ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich.

Ich möchte auch eine Maßnahme vorschlagen, die die Landesregierung und wir alle gemeinsam leisten können, ohne daß sie auch nur einen Pfennig Geld kostet. Lassen Sie uns die Ergebnisse der geleisteten Arbeit einfach viel mehr zur Kenntnis und ernster nehmen, als es vielleicht bisher an der einen oder anderen Stelle geschehen ist. Lassen Sie uns die vielfältigen Erscheinungsformen heimatkultureller Arbeit schätzen und loben, ob es sich um einen einstudierten Volkstanz handelt, um eine besonders schöne selbstangefertigte Tracht oder eine in mühseliger Kleinarbeit erstellte Chronik. Ich weiß, daß dem einen oder anderen von uns da oftmals ein Lächeln über das Gesicht huscht. Lob und Anerkennung jedoch kosten kein Geld, bewirken aber bei den Menschen, die ihre Freizeit, ihr Engagement und sicher auch Geld investieren, unheimlich viel und motivieren für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Die Aufgaben, die die Landesregierung in diesem Bereich hat und ohne Kosten erfüllen kann, möchte ich wie folgt zusammenfassen: Anstöße geben, koordinieren, kooperieren, Menschen und Gruppen zusammenführen, Spannungen ausgleichen, Rivalitäten beseitigen, Ziele beschreiben, und zwar nicht von oben nach unten, sondern im ständigen Dialog, Kräfte bündeln, ohne Einförmigkeit entstehen zu lassen, Vielfalt erhalten, das heißt auch, Kleinteiligkeit sichern.

Ich möchte mit einem nochmaligen großen Dankeschön an das Ministerium und mit einer Mahnung an uns alle enden. **Heimat- und Regionalarbeit** ist eine ständige Herausforderung und Aufgabe. Es gilt, einerseits die geschichtlichen und kulturellen Werte der Vergangenheit und die typischen Eigenarten unserer Heimat zu bewahren und andererseits bestrebt zu sein, den sich ständig ändernden Lebensbedingungen der Gegenwart und der Zukunft gerecht zu werden. Es geht um Bewahrung und Fortentwicklung – heute mehr denn je. Ich glaube, Frau Ministerin, um bei Ihrem Bild zu bleiben: Wir sind bei Ihrem großen Schritt dabei.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Wiesen.

Hans Wiesen [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf der Seite 87 der Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion habe ich einen Abschnitt gelesen, der mir besondere Erwähnung und Erläuterung wert zu sein scheint. Ich möchte das zitieren, Herr Präsident:

„Im musikalischen Bereich der Heimat- und Regionalkultur geht es der Landesregierung vorrangig darum, die Breite und Vielfalt des musikalischen Lebens in Schleswig-Holstein zu erhalten und auszubauen. Zu den Aufgaben in diesem Bereich gehören unter anderem die Pflege und Wiederentdeckung traditioneller norddeutscher Musik und des plattdeutschen Liedgutes, aber auch die Schaffung neuer Sätze und Lieder oder die Vertonungen plattdeutscher Dichtungen.“

Ich meine, es macht Sinn, darauf hinzuweisen, daß das, was hier festgehalten und als ausbauwürdig beschrieben wird, im Sängerbund Schleswig-Holstein seit längerem angefangen worden ist, und daß sich der **Sängerbund** vorgenommen hat, seinen Beitrag zu einer solchen Arbeit zu leisten, nämlich neue Sätze, neue Vertonungen von niederdeutschen oder auch anderen regionalen Kulturgütern zu erarbeiten beziehungsweise weiterzuentwickeln.

(Beifall bei SPD und CDU)

Dies wollen wir in dem Stil tun, den wir seit langem pflegen. Auf der einen Seite geht es darum, **traditionelle Musik** zu machen, auf der anderen Seite **darum**, in immer stärkerem Umfang **moderne Stilmittel** in das Repertoire der Chöre in Schleswig-Holstein hinzuzunehmen. Ich freue mich außerordentlich, Frau Ministerin, daß die Landesregierung dies als besonders zukunftsträchtig ansieht und wir dabei helfen können.

Lassen Sie mich eine weitere Bemerkung machen. Wir im Sängerbund Schleswig-Holstein werden daraus für unsere Arbeit in den kommenden Jahren einen besonderen Schwerpunkt entwickeln. Das wird allerdings erst nach dem Monat Mai dieses Jahres möglich sein, weil bis dahin alle unsere Kräfte darauf gerichtet sind, in Flensburg das größte Chorfest, das es in der Bundesrepublik Deutschland je gegeben hat, auszurichten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Daran werden die Spitzenchöre aller Ostsee-Anrainerstaaten plus Norwegen mitwirken. Es werden also die skandinavischen und die baltischen Staaten, Rußland, Weißrußland und Dänemark dabeisein. Mehr als 2500 Sänger werden drei Tage lang in Sälen, auf Kuttern, in Kirchen und auf Plätzen Spitzenmusik aus Europa machen. Ich denke, es ist kulturell ein wunderschöner Ansatz, dies in Partnerschaft mit un-

(Hans Wiesen)

seren Nachbarstaaten rund um die Ostsee zu tun. Sie sind herzlich eingeladen!

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Poppendiecker.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Mine Damen un Herren! Ik wull ja eigentlich nich in de „Bütt“ gahn, aber dree Dinge hebt mi dor to bewegt. Dat erste is, wenn ik op von Hielmcrone trüchkam un de kiek in föftig Johr dor rin und leest, wat dor in Televischen denn hier hüt beschnackt worn is, denn wart se frogen: Ganz klook steiht dat dor bin, se hebbt ook Plattdütsch mit in de Kultur, aber wer hett eigentlich plattdütsch schnackt? – Nüms!

De tweete Grund is, ik hev „Radio Nora“ dat letz versproken, as ik door in son Sendung wer, se heet Middenmang, dat ik hier noch een poor Wör in Plattdütsch schnacken war. De dritte Grund is eegentlich Dr. Hennig. Dat is de eenzig von alle Schnacker hier hüüt west, de dat blots negativ sehn hett. Bi uns ant „Hobenparlament“ wörr man seggn – un dat kann ich blots op Plattdütsch seggn –, „wat is hee blots förn Quarkmors“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ik dat op Hochdütsch seggt harr, harr ik een Ordnungsruf kregen – dat is klor.

Ik denk mol, wi sünd op den richtigen Wech. Dat is hüüt överhaupt noch nich richtig röverkomen, dat wir dordörch, dat wie den Bierat Plattdütsch hebbt – un dat is ünner disse Regierung makt worm –, een ganz Stück wiederkomen sünd. Dat wi uns regelmäßig dropen doot, dat wie versökt, dat in de Scholen rintobringen, wobi ik dorbi noch en beten Probleme heff – nich ick, sondern de Lehrers. Wenn de Lehrers wat Nies moken schöllt, is dat erste, wat se frogt: Kriegt wi ook nuer Stunn? Dat hett jetz nix mit „KIAUS“ to dohn, dor bün ik ganz ehrlich, dat heff ik ook nich begrepen, aber dat is een anner Sok.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Awer ik denk, wenn son Lehrer morgens in den Klass kümmt, een beten fründlich grient un to de Kinner segt: Moin, moin, un fangt denn an und seggt: Hüüt makt wi mal dat Eenmaleen. Dat makt se denn op Plattdütsch, denn een mal een blifft twee, op Hochdütsch un Plattdütsch.

(Beifall und Heiterkeit)

– Süh mal, dat is ja dat Schöne, du hest ja twee Möglichkeiten, eenmal, dat dat Protokoll ferteken deit „Beifall auf beiden Seiten“ – dat is dat eene –, und dat tweete is „ju mark doch noch wat“.

(Heiterkeit)

Aber ich denk, wenn de Lehrer son beten Kerl wern und mitmoken wörn und dat Plattdütsche nich eenfach ut den Erlaß rutnehmen, wi de mol rutgeben worn is – wat ganz Positives, Fru Ministerin –, dat disse Erlaß dor is, de fördert dat jo, sonern dat de Lehrers betn mit Hart dorbighaht und seggt: Wi wöllt dat ünnerstützen. Un dor sitt uns Caroline; ich harr dach, se snackt Plattdütsch – Caroline, wo büst du?

(Caroline Schwarz [CDU]: Hier! – Heiterkeit)

– un dor denk ik schon, dat is natürlich unsere Opgav un de Opgav vun dat Scholministerium, dorför to sorgen, dat de Lehrers dat Plattdütsche ok lehrt un lehren könnt. Wat ik mi wünschen wör, dat wer, dat de Medien son beten mehr mitspeln wörn. Dor gehört de NDR dor to, un dor hört alle annern to. Dat son beten regelmäßer Plattdütsch röberkümt, wil wi faststellt hebt, ok grod in den Bereich „Fremdenverkehr“, wenn dor en plattdütsches Theosterstück opspeelt wart, wo veele Lüüd dorhingaht, obschons se achterher seggt: Dat wer fein, wi hebt nich allens verstahn, aber wi markt: In de Spraak, dor sitt wat bin. Dat is wat Feines.

(Beifall)

Wenn wi dit Gefühl wecken könt, ok bi uns egen Kinner, denn, denk ik, kommt wi een ganzes Stück wieder. Dormit will ik Schluß moken; de Klock löpft af. Aber in föftig Johr hebbt se denn een lütt Stück Plattdütsch, ok wenn wi de Stenografen een beeten dörchanner bröcht hebbt, ober ok dat gehört dor to.

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ik erdeel jetz dat Wort to een Kortbidrag gliekfalls no § 56 Abs. 4 Herrm Oppositionsföhrer Hennig.

(Heiterkeit und Beifall)

Dr. Otfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leewe Lüüd!)

– Leewe Lüüd! Ich kann das nur begrüßen, was hier am Schluß auch noch vom Kollegen Poppendiecker gesagt worden ist. Dann machen wir einmal die Probe aufs Exempel und stellen diese niederdeutsche Sprache unter unseren besonderen Schutz und unsere besondere Fürsorge.

(Beifall)

(Dr. Ottfried Hennig)

Wir wollten mit unserer Großen Anfrage dazu beitragen, daß sich dieser Landtag, wenn es denn gutgeht, in der Erkenntnis einig ist, daß Kultur nicht etwas an Randerscheinung für einige wenige, sondern eine außerordentlich wichtige Sache für alle ist.

Ich finde, dieses Experiment ist uns heute vormittag gelungen. Damit bin ich sehr zufrieden. Es ist nicht nur das Salz in der Suppe, sondern es ist sehr viel mehr. Das wollten beide großen Fraktionen mit ihren Anfragen, jeweils auf unterschiedliche Dinge bezogen, zum Ausdruck bringen. Das geht dann von Andy Warhol bis Carl Lambertz und von Plattdeutsch bis Hochdeutsch und vom Hesterberg bis zum eigentlichen Schloß Gottorf. Das alles ist in gleicher Weise für dieses Land von großer Bedeutung. Ich finde es nicht selbstverständlich, aber sehr hervorhebenswert, daß wir uns in diesen Grundaussagen einig sind.

Ich will am Ende dieser Debatte ausdrücklich bestätigen, daß die Frau Ministerpräsidentin dazu eine gute Erklärung abgegeben hat. Ich will gern bestätigen, daß der Humor des Kollegen von Hielmcrone bei uns sehr gut angekommen ist. Ich würde mich freuen, wenn sich das ganze Haus auch in den Forderungen, die die Kollegin Schwarz gegen Ende der Debatte sehr konkret – angefangen von den Grenzvereinen bis zum Scheersberg – gestellt hat, ebenfalls einig werden könnte und daraus dann für die Zukunft einiges konkret an Konsequenzen zur Weiterexistenz dieser wichtigen kulturellen Träger unseres Landes ableiten würde.

(Beifall bei der CDU)

Wenn dies so gesehen werden kann, finde ich, daß das ein guter Tag in der Bilanz des Schleswig-Holsteinischen Landtages geworden ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat die Frau Abgeordnete Vorreiter.

Kläre Vorreiter [CDU]:

Herr Präsident! Leewe Kolleginnen un Kollegen! Ik kann dat op Platt moken, ober mit Rücksicht op de Stenografen will ik dat leber loten.

Wir haben heute morgen viel zum Thema Kultur, überregionale Kultur, aber auch Heimatkultur gehört, lustig, originell verpackt vorgetragen, was zu dieser Debatte unheimlich positiv beigetragen hat. Die Heimat- und Kulturpolitik ist mir bei Ihnen, Frau Kultusministerin, allerdings zu kurz gekommen. Wenn denn alles richtig und wahr sein soll, was wir heute morgen zu diesem Thema gehört haben, und es vor allem ernstgemeint gewesen sein soll, dann muß ich Sie doch einmal fragen, wie es denn damit in Einklang zu

bringen ist, wenn eine über 130 Jahre bestehende Gilde in Schönberg in Holstein

(Holger Astrup [SPD]: Jetzt geht das wieder los!)

ein Schreiben vom Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein bekommt, nach dem dieser alte Traditionsverein, der – wie gesagt – über 130 Jahre besteht, doch nun aufzulösen sei, weil die Versicherungsfälle, die in diesem Verein abgewickelt werden – es handelt sich um die Schweinegilde –, nicht mehr gegeben sind. Aber dieser Verein macht alles andere, als Versicherungsverträge abzulösen – ob ein Schwein stirbt, ja oder nein –, er tut genau das, was hier heute morgen eingeklagt worden ist: Kultur- und Heimatpflege.

Nun frage ich Sie wirklich, Frau Ministerin: War es ein ernstzunehmender Beitrag von Ihrem Kollegen Wirtschaftsminister, daß dieser Verein nun in einen Versicherungsverein umgewidmet werden soll und Heimat und Kultur dabei auf der Strecke bleiben?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ebenfalls zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Aber nur auf Dänisch!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ik kan dat ok op Dänisch dohn, ik war dat ok nich op Plattdütsch dohn, ok wenn ik in Schleswig grot worm bün, wo all de Lüüd Hochdütsch, Plattdütsch un ümmer över anner Lüüd schnackt.

(Heiterkeit)

Men for at I kan høre at der også er et andet sprog vil jeg nu også komme med et sætning på dansk.

Ansonsten wollte ich noch einmal den Ansatz des Kollegen Hielmcrone aufgreifen. Ich hoffe, daß wir in fünfzig Jahren an der BU in Flensburg nicht nur eine Honorarprofessur im Fach Friesisch haben werden, sondern eine ordentliche Professur oder daß wir in fünfzig Jahren vielleicht sogar zwei ordentliche Professuren haben werden. Weiter hoffe ich, daß wir in fünfzig Jahren auch das Fach Dänisch an der CAU in Kiel gestärkt haben werden. Ich hoffe, daß wir alle hier im Grenzland nicht nur Hochdeutsch, Plattdeutsch, sondern auch Dänisch und Friesisch verstehen, vielleicht sogar sprechen können.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Esperanto!)

Ich hoffe weiter, daß dann auch an den öffentlichen Schulen das zum Ausdruck gebracht wird, was in der Landesverfassung steht und was auch von vielen immer wieder angeregt wird, nämlich die Förderung der

(Anke Spoorendonk)

dänischen Sprache als Fremdsprache, als Nachbarschaftssprache. Noch einmal: Es war ein guter Ansatz, einmal andersherum zu sagen, was in fünfzig Jahren sein wird. Ich finde, wir sollten mehr davon haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich gestehe freimütig: Ich habe mich auf diese kulturpolitische Debatte heute morgen gefreut, und ich gestehe auch freimütig, daß mich nach dem ersten Debattenbeitrag, Herr Dr. Hennig, Frustration ergriff, weil ich befürchtete, daß Kulturpolitik eben wieder in das Kleinklein, in das parteipolitische Gezänk, in die kleinkrämereische Nörgelei hineingerät, in die Kulturpolitik in diesem Land nicht geraten darf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Ich habe auch mit einigem inneren Entsetzen festgestellt, daß etwas eingetreten ist, was ich nicht für möglich gehalten habe, nämlich daß ich mir Dr. Bendixen herbeiwünsche.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe ihn wirklich vermißt. Aber ich will auch gern sagen, daß ich im weiteren Verlauf der Debatte wieder Hoffnung und Mut geschöpft habe, daß Kulturpolitik bei allem Streit in Einzelfragen wirklich ein gemeinsames politisches Highlight werden kann, weil doch sehr viel **Gemeinsames** hier deutlich geworden ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei will ich ausdrücklich auch Sie, Frau Schwarz, nennen; denn ich kann diesem Forderungskatalog, Anstöße zur Koordination und Kooperation zu geben, voll zustimmen. Ich glaube, wir tun dies. Aber zu unserer **Kulturpolitik** gehört auch – das bitte ich mitzubedenken –, nicht nur **Anstöße** zu geben; Kunst muß gelegentlich auch **Anstoß** erregen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur, das Gefällige führt nicht zu einer Verschärfung von Wahrnehmung und Urteilsfähigkeit, sondern das Gefällige führt zu dem genauen Gegenteil, nicht die Wahrnehmung zu schärfen, sondern sie einzuschränken, Scheuklappen zu haben und alles, was neu ist, was neugierig machen soll, abzulehnen. Deswegen ist

Kulturpolitik für mich – das hat sich auch an den Debattenbeiträgen im weiteren Verlauf gezeigt – keine Ressortpolitik, kein Fachbereich, den man so abhakt, sondern etwas, was über Förderpolitik hinaus stattfinden muß, in dem, wie wir reden, wie wir debattieren. Deswegen habe ich mit ganz besonderer Freude, nicht nur wegen der Heiterkeit, sondern auch wegen der kulturpolitischen Leistungen dem Debattenbeitrag von Ulf von Hielmcrone gelauscht. Herzlichen Dank, Ulf von Hielmcrone!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich auch über die Anerkennung, die die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kulturabteilung hier gefunden hat. Ich schließe mich dem Dank aus vollem Herzen an. Wir wollen versuchen, diesen großen Bericht auf CD-ROM zur Verfügung zu stellen. Wie Sie wissen, haben wir keine Sondermittel dafür; denn die Öffentlichkeitsmittel des Kultusministeriums sind von Jahr zu Jahr geringer geworden. So etwas müßte also verkauft werden. Aber ich könnte mir vorstellen, daß dies ein Weg wäre, auch in den neuen Medien die Bilanz und die Perspektiven der Kulturpolitik deutlich zu machen.

Wir sind in der Kulturpolitik auf Unterstützung von Ehrenamtlichen, auch auf die Unterstützung von Mäzenen und Sponsoren angewiesen. Wir bemühen uns darum, wir fordern dies, und wir danken dafür. Ich sage dazu aber sehr deutlich: Alles Engagement von Mäzenen und Sponsoren kann staatliche Kulturförderung und kann auch kommunale Kulturförderung überhaupt nicht ersetzen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Wir haben 95 % staatliche und **öffentliche Kulturförderung** und, bundesweit alle Ebenen eingeschlossen, 5 % **private Kulturförderung**. Allein aus diesem Verhältnis wird deutlich, daß Sponsoring und Mäzenatentum, nicht nur in Geld, sondern auch in Know-how, eine willkommene, eine notwendige Ergänzung von Kulturpolitik sind und weiterhin sein werden, um die wir uns nachhaltig bemühen werden.

Ich danke also für Anregungen, auch für Kritik. Nachdem so viele Anregungen gegeben worden sind, meine ich, daß wir die vorhandenen finanzpolitischen Probleme, vielleicht nicht zu 100 %, aber doch so lösen werden, daß Kulturpolitik nicht zu den überflüssigen, sondern weiterhin zu den notwendigen Aufgaben der Landespolitik gerechnet wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es gibt keinen vorliegenden Antrag. Ich habe dennoch die Debattenbeiträge so verstanden, daß abschließende Beratung im zuständigen Fachaus-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

schuß, im Bildungsausschuß, gewünscht wird. Dann stimmen wir darüber ab. Wer will so verfahren, Überweisung in den Bildungsausschuß? – Ablehnungen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen. Dann wird so verfahren.

Wir hatten vereinbart, nun Tagesordnungspunkt 17 aufzurufen. Das ist natürlich jetzt sachgerecht nicht mehr möglich. Ich rufe deswegen einige Punkte zur Entscheidung ohne Aussprache auf.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 2:

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts 1995

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/395

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 1. April 1996 sowie der Kreisordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 1. April 1996

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 14/483

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/557

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag hat dem Innen- und Rechtsausschuß zwei Gesetzentwürfe zur Änderung von Vorschriften des kommunalen Verfassungsrechts überwiesen, und zwar einen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 14/395, und einen der Fraktion der CDU, Drucksache 14/483.

Der Ausschuß kam im Laufe seiner Beratungen zu der Auffassung, daß weitere Vorschriften regelungsbedürftig – besser gesagt: korrekturbedürftig – seien, und bat das Innenministerium, ihm zu den in Rede stehenden Themenkomplexen Formulierungsvorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge sowie beide Gesetzentwürfe waren Grundlage sowohl einer schriftlichen wie auch einer mündlichen Anhörung von Vertretern der kommunalen Landesverbände.

Der Ausschuß empfiehlt Ihnen, die ihm zur Beratung überwiesenen Gesetzentwürfe für erledigt zu erklären und den Gesetzentwurf zur **Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften** in der Fassung der Drucksache 14/557, dem schriftlich vorliegenden Bericht, anzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich möchte im folgenden kurz auf einige Regelungen eingehen.

Die Neuregelung von § 4 Abs. 3 und 4 der Gemeindeordnung enthält eine **Heilungsvorschrift** für Verletzungen von **Verfahrens- und Formvorschriften** über die Ausfertigung und Bekanntmachung von Bauungsplansatzungen, sonstigen städtebaulichen Satzungen nach dem Baugesetzbuch und nach dem Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch sowie von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes, sofern diese nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich geltend gemacht worden sind. Diese Vorschrift soll auch für Satzungen gelten, die vor dem 1. April 1996 erlassen wurden.

Ein weiterer Regelungskomplex ist der der **Entschädigungsregelungen** für Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter. Nach der ab dem 1. April 1996 geltenden Regelung gibt es zwei Entschädigungsmöglichkeiten, nämlich diejenige, die Aufwandsentschädigung nur als Pauschale oder teilweise als Pauschale und teilweise als Sitzungsgeld zu zahlen. Hinzutreten soll die Möglichkeit, die Aufwandsentschädigung nur als Sitzungsgeld zu zahlen. Die CDU-Fraktion schloß sich im Rahmen der Beratungen der Auffassung an, den Grundsatz eines Rechtsanspruchs auf Entschädigung beizubehalten und nicht die vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindegtag favorisierte und in ihrem Gesetzentwurf vorgeschlagene Möglichkeit eines Verzichts auf eine Entschädigung vorzusehen. Außerdem sprach sich der Ausschuß dafür aus, daß sowohl Sitzungsgeld als auch Aufwandsentschädigung angemessen zu sein haben.

Bei der Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes geht es um eine **Verlängerung der Drei-Wochen-Frist** für die Durchführung einer Stichwahl. Dadurch soll vermieden werden, daß eine Stichwahl in einen Zeitraum fällt, in dem Ferien sind.

Nach der geltenden Rechtslage könnte die Wahl von bisherigen Amtsinhabern zu einer **Unterbrechung ihres Beamtenverhältnisses** führen. Durch die vorgesehene Hinausschiebung des Stichtages wird sichergestellt, daß die erste Amtszeit als direkt gewählte Hauptverwaltungsbeamtin oder als direkt gewählter Hauptverwaltungsbeamter unmittelbar an die abgelaufene Amtszeit anschließen kann.

Die **besondere Vertretungsregelung** soll entsprechend der Wahlzeitverlängerung zeitlich begrenzt werden.

Der letzte Komplex, den ich ansprechen möchte, betrifft mögliche **Wahltermine im März 1998**. Eröffnet werden soll hier die Möglichkeit, die Termine für die Wahl zu den Gemeinde- und Kreisvertretungen sowie für die Direktwahl zusammenzulegen.

Im Namen des Innen- und Rechtsausschusses, der hier einstimmig empfohlen hat, bitte ich Sie, die in

(Heinz Maurus)

der Drucksache 14/557 vorliegende Beschlußempfehlung anzunehmen.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? – Offensichtlich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Dann lasse ich über die Beschlußempfehlung abstimmen. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der eben vorgetragenen Form zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Es ist mittlerweile 13.00 Uhr. Ich hätte gern Tagesordnungspunkt 16 aufgerufen, ein Punkt ohne Aussprache. Aber dazu ist eben noch ein Änderungsantrag der CDU gekommen. Ich meine, den sollte man sich erst einmal zu Gemüte führen.

Ich unterbreche deshalb jetzt die Sitzung für die Mittagspause. Um 15:00 Uhr setzen wir die Beratung fort.

Unterbrechung: 13.01 Uhr

Wiederbeginn: 15.02 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Sitzung ist wiedereröffnet. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich die Gäste auf der Tribüne begrüßen. Sie kommen aus den CDU-Ortsverbänden Kaltenkirchen-Land, wenn ich das richtig verstanden habe. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Klimaschutz – Planen, Bauen und Wohnen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/553

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall; dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Franzen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll nach dem Willen der SPD-Fraktion die Vorreiterrolle des Landes Schleswig-Holstein

im Klimaschutz auf den Gebieten Planen, Bauen und Wohnen weiter ausgebaut werden. Diese Gebiete, insbesondere das Bauen und Wohnen, sind für einen besonderen Beitrag zur CO₂-Minderung besonders geeignet, weil CO₂ mit über 50 % Hauptverursacher des Treibhauseffektes ist. Allein in Schleswig-Holstein emittierten ausweislich einer Untersuchung von 1992 5,24 Millionen t CO₂ aus privaten Haushalten; 80 % dieser Emissionen stammen bei den privaten Haushalten aus Heizungs- und Warmwasseraufbereitung. Das ist also ein lohnendes Feld.

In Schleswig-Holstein ist – insbesondere von den Kolleginnen und Kollegen in den letzten beiden Legislaturperioden – hervorragende Vorarbeit geleistet worden. Ich nenne stellvertretend für viele Dinge, die ich aufzählen könnte, nur zwei. Zum einen hat es die Arbeit der Enquetekommission „Zukünftige Energieversorgung in Schleswig-Holstein“ gegeben; zum anderen gibt es das umfangreiche und ehrgeizige CO₂-Minderungs- und Klimaschutzprogramm von 1995,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

an dessen Umsetzung fleißig gearbeitet wird, wie wir in zahlreichen Fachgesprächen, unter anderem mit der Energieagentur, gehört haben.

Im Zusammenhang mit dem Bericht, den wir unter Nummer 1 fordern, möchte ich einschleichen, daß es uns Ökologen reichen würde, wenn der mündlich durch die Regierung erfolgen würde.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man könnte also denken, „alles in Butter“, oder nach nordfriesischer Art „abwarten und Tee trinken“. – Nein, das können wir aber nicht sagen; denn Fachleute haben uns und unserer Generation ins Stammbuch geschrieben, was bei Nichtstun im Klimaschutz passieren würde. Es gibt gesicherte wissenschaftliche Grundlagen, daß pro Jahrzehnt mit 0,3 C Erwärmung zu rechnen wäre und infolgedessen mit einem globalen Meeresspiegelanstieg in 100 Jahren – ab 1980 gerechnet; fast zwei Jahrzehnte haben wir schon nichts getan – um 50 bis 60 cm. Es gibt Modellberechnungen, die sogar von 30 cm bis 1,10 m ausgehen. Für Schleswig-Holstein, dem Land zwischen den Meeren, ist das eine hohe Motivation, das Bestmögliche zum Klimaschutz beizutragen.

Ohne daß ich hier ein Horrorszenario entwickeln möchte, scheint es mir doch so zu sein, daß die Einmaligkeit des Wattenmeeres – viel diskutiert in letzter Zeit – eher durch eine drohende Klimaveränderung bedroht ist als durch Gutachten und die Politik.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Herlich Marie Todsén [CDU])

Ich glaube, hier sollten wir wieder zur Wirklichkeit zurückfinden.

(Ingrid Franzen)

Zu dem, was wir uns unter Planen, Bauen und Wohnen vorgestellt haben, nenne ich nur einige Punkte; Herr Matthiessen wird diese sicher noch ergänzen.

(Zurufe)

– Wir haben einen gemeinsamen Antrag vorgelegt.

Wir wollen eine eigene Landeswärmeschutzverordnung, die den Niedrig-Energie-Haus-Standard fest schreibt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Gleich bekomme ich von links wahrscheinlich keinen Beifall mehr.

Aufbauend auf die von der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen – meine Damen und Herren von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – schon 1989 entwickelte Richtlinie, hat Schleswig-Holstein mit 15 Millionen DM über 1.900 Niedrig-Energie-Häuser gefördert. Dabei konnten auch zahlreiche Kinderkrankheiten bei Technik und Nutzung überwunden werden.

(Beifall bei der SPD)

Es konnten wertvolle Erfahrungen von Planern, Architekten, Bauhandwerkern, Nutzern und Kontrolleuren gesammelt werden. Schleswig-Holstein ist also fit. Deshalb fordern wir, daß wir aus dem Pilotprogramm „Niedrig-Energie-Haus“ in die Fläche gehen.

(Zuruf von der CDU)

Der ökologische Nutzen der Niedrig-Energie-Standards ist beachtlich; es gibt im Verhältnis zum Bestand eine Einsparquote im Energiebereich von 80 %. Zum Vergleich: Die erst seit 1. Januar 1995 – welche Blamage – geltende Bundeswärmeschutzverordnung bringt nur 30 % Energieeinsparung. Uns ärgert besonders – das motiviert uns aber, hier selbst tätig zu werden –, daß der für 1997 versprochene zweite Schritt sang- und klanglos auf 1999 oder auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben worden ist.

(Konrad Nabel [SPD]: Unerhört!)

Wir wollen darauf nicht warten.

Als erste Rednerin hat man es immer etwas schwer; man hat die Opposition noch nicht gehört. Trotzdem möchte ich etwas zu dem wohl zu erwartenden Vorwurf der Mehrkosten sagen, die unzweifelhaft entstehen werden. Das ist uns klar.

Neben dem Argument der mittelfristigen Einsparung bei den Energiekosten will ich nur soviel dazu sagen: Wer sich wie CDU und F.D.P. in Bonn – nicht Sie, aber Ihre Fraktionen in Bonn – bei der Abschaffung der Vermögensteuer für die oberen Tausend – das sind nicht einmal die oberen Zehntausend – nicht gescheut hat, gleichzeitig die Grunderwerbsteuer um 1,5 % anzuheben, hat für mich seine Glaubwürdigkeit und seine Lobbyfunktion für das Senken von Baukosten

an den Garderobenhaken der Reichen abgegeben. – So ist es gewesen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Reinhard Sager [CDU]: Wer war denn so dafür?)

Kommen Sie mir hier nicht mit Mehrkosten, und drücken Sie nicht auf die Tränendrüse; das wird nichts helfen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Sager?

Ingrid Franzen [SPD]:

Aber gern!

Reinhard Sager [CDU]: Verehrte Frau Kollegin, wenn Sie hier die Vermögensteuer und die daraus folgende Erhöhung der Grunderwerbsteuer, ausgehandelt im Paket zwischen Bundesrat und Bundesregierung, ansprechen: Würden Sie dem Hohen Haus bitte einmal erläutern, wie die Position der Landesregierung zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer gewesen ist? – Sie war nämlich für die Anhebung, Frau Kollegin!

– Aber gern, Herr Sager. Sie wissen genau, daß wir die Vermögensteuer nicht abschaffen wollten. Die Rechtsprechung hat das auch nicht verlangt. Wir hätten keine Volumina gebraucht. – So müssen Sie mir nicht kommen; da sind Sie schief gewickelt.

(Beifall bei der SPD – Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Eben!)

Für die SPD-Fraktion ist es besonders wichtig, daß wir auch den Gebäudebestand in den Klimaschutz einbeziehen. Es ist deshalb ein Prüfauftrag enthalten – ganz gleich, ob über Verordnung oder Programm; natürlich nicht eine zwangsweise Einbeziehung, sondern ähnlich wie bei der Bundeswärmeschutzverordnung nur bei Sanierungen, die über 20 % der Außenhaut betreffen.

Auch hier können wir in Schleswig-Holstein auf gute Grundlagen aufbauen. Zum Beispiel ist bei der Energieagentur ein Gebäudetypenkatalog in Arbeit, in dem die typischen Gebäudearten in Schleswig-Holstein untersucht und dafür spezielle Sanierungskonzepte zur ökologischen Einsparung vorgeschlagen werden. Ähnliches gibt es auch für Gebäudesanierungen im Bereich der Mietshäuser.

Wenn bei uns bis 2005 eine CO₂-Reduktion von 30 % im Bestand erreicht werden könnte, könnten allein in Schleswig-Holstein 1,5 Millionen t CO₂ eingespart werden. Das ist ein gutes Ziel. Da nach der festen Überzeugung der SPD-Fraktion nach Jahren des Bau-booms, angekurbelt durch massive öffentliche Förde-

(Ingrid Franzen)

rung, ohnehin eine stärkere Hinwendung zum Bestand ansteht, könnten wir hier zahlreiche Synergieeffekte erzielen.

Um auch für Mieter und Bauinteressenten eine bessere Transparenz der Ergebnisse von Energieeinsparmaßnahmen im Bau zu erlangen, fordern wir für beide einen Wärmepaß.

Bezüglich der Mieter möchte ich noch auf den Punkt 7 hinweisen. Den vielbeschworenen **Mietnebenkosten**, wegen ihrer Höhe auch schon zweite Miete genannt, hat sich die SPD-Fraktion besonders gewidmet, und zwar ausgehend von der sogenannten Münchner Erklärung. Das ist eine dankenswerte Initiative auf der Grundlage einer umfangreichen Untersuchung des Wohnungsbestandes in München einschließlich der daraus resultierenden Heizkosten. Wir wollen bei der ohnehin in Bonn anstehenden Mietrechtsvereinfachung das Mietrecht bei extrem hohen Heizkosten infolge unterlassener, aber zumutbarer Sanierung, zugunsten der Mietrechtsminderung stärken.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Wir wissen wohl, daß dies auch heute schon durch die Rechtsprechung möglich ist. Aber, meine Damen und Herren, die Rechtsprechung ist so verschieden, wie es die Gerichte und die Richter sind, die dort arbeiten.

Lassen Sie mich zum Schluß zusammenfassen und betonen, daß wir neben den ökologischen Zielen, die ich hier angesprochen habe, mit diesen neuen Standards Anreize für die Arbeit auf dem Bau geben wollen.

Meine Damen und Herren, Landtag ist immer ein bißchen wie Käseglocke. Ich habe heute keine Nachrichten gehört. Aber auch ohne den aktuellen Stand zu kennen, möchte ich hier und heute die Gelegenheit nutzen, den in Berlin demonstrierenden Bauarbeitern, den arbeitslosen und den noch in Arbeit befindlichen, solidarische Grüße zu senden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zu Schleswig-Holstein und zu einigen Daten, die interessanterweise aus der Begründung eines Antrags der CDU-Bundestagsfraktion stammen. Ich war sehr dankbar über dieses gute Material. Allerdings ist der dazugehörige Antrag so lausig, daß ich ihn nicht zitieren muß. Einige Daten also noch zum Thema Klimaschutz und zur Arbeit: Wenn wir von den 36 Millionen **Wohnungen**, die es in ganz Deutschland im Bestand gibt, 50 % oder zwei Drittel als ökologisch sanierungsfähig betrachten würden, dann hätten wir ein großes Volumen. Anders gerechnet: 800.000 modernisierte Wohnungen im Jahr bedeuteten ein Investitionsvolumen von 26 Milliarden DM und 60.000 neue beziehungsweise 150.000 gesicherte Arbeitsplätze.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluß.

Ingrid Franzen [SPD]:

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident. – Ich denke, Schleswig-Holstein kann zwar nur einen kleinen Beitrag dazu leisten, aber wir können bundesweit Anstöße geben, und das möchten wir Ihnen vorschlagen. Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Storjohann das Wort.

Gero Storjohann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Selbstverpflichtung der CDU-geführten Bundesregierung, die CO₂-Emission bis zum Jahre 2005 gegenüber 1990 um 25 % zu reduzieren, ist richtig. Wir sollten auch in Schleswig-Holstein alles tun, damit dieses Ziel erreicht wird.

(Beifall im ganzen Haus)

Es war die CDU, Herr Matthiessen, die schon im Mai 1994 die Landesregierung mit einem Berichtsantrag aufforderte, über Maßnahmen zur CO₂-Reduktion zu berichten. Erst eineinhalb Jahre später, im Oktober 1995, legte die Regierung dann ihren Bericht und, damit verbunden, ein Klimaschutzprogramm vor.

Heute unterstreicht der vorliegende Antrag, daß die Regierung erhebliche eigene Handlungsfelder noch nicht bearbeitet hat. Der Antrag von SPD und Grünen macht deutlich, daß auch die Regierungsfaktionen erhebliche Zweifel an dem Willen dieser ihrer Landesregierung haben, das Klimaschutzproblem energisch anzupacken. Allerdings ist das Sammelsurium dieser neun Handlungspunkte nicht geeignet, den Klimaschutz in Schleswig-Holstein voranzubringen. Hierzu möchte ich im einzelnen Stellung nehmen.

Für die Diskussion und für die Entscheidungsfindung ist es das mindeste, die Ausgangsposition der CO₂-Emission darzustellen. Wir benötigen, wie überall, eine Meßlatte, stets gemessen in Tonnen CO₂-Ausstoß: Wo stehen wir jetzt, wo würden wir stehen, wenn wir keine besonderen Anstrengungen zur CO₂-Reduktion unternehmen würden?

(Ingrid Franzen [SPD]: Das steht alles im Bericht!)

Wie sieht es bei zusätzlichen Strom- und Energieeinsparungen aus? – Frau Kollegin, im Bericht sind durchaus sehr viele Zahlen enthalten. Aber wir springen immer zwischen Verbrauch und Produktion. Das

(Gero Storjohann)

macht nicht viel Sinn. Außerdem vermisste ich viele schleswig-holsteinische Daten.

(Beifall bei der CDU)

Wir benötigen konkrete Daten, wenn wir politisch etwas beschließen wollen, und müssen fragen: Wieviel Tonnen Reduktion bedeutet dies? Deswegen unterstützen wir die Forderung nach einem Tätigkeitsbericht, um uns die Vorbildfunktion der Landesregierung erläutern zu lassen und das Ergebnis dann an unserer Meßlatte messen zu können.

Alle weiteren Punkte sind aus unserer Sicht nicht zustimmungsfähig. Sie regen an, das Landesentwicklungsgrundsatzgesetz in § 11 zu konkretisieren. Dort heißt es, die Bevölkerung und die Wirtschaft sollten mit ausreichend sicheren, preiswerten und umweltverträglichen Energiedienstleistungen versorgt werden. Auf sparsamen Verbrauch und die verstärkte Nutzung **regenerativer Energieträger** sei hinzuwirken. In der Praxis ist das doch ein nicht aufzulösender Widerspruch.

Die „Kieler Nachrichten“ melden heute, daß Dänemark den Bau neuer Kohlekraftwerke verboten habe, um die CO₂-Emission zu senken. Was macht Schleswig-Holstein? Im Bericht der Landtags-Enquete-Kommission „Energieversorgung in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2010“ wird der CO₂-Ausstoß von 1987 mit 23,9 Millionen t angegeben. Die Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein erzeugen 25 Milliarden kw/h Strom und vermeiden dadurch, immer gegen Kohlekraftwerke gerechnet, etwa 22,5 Millionen t CO₂.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Irrtum! Sie berücksichtigen nicht die Kraft-Wärme-Kopplung! – Weitere Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist etwa die gleiche Menge, die in Schleswig-Holstein pro Jahr emittiert wird. Ohne Kernkraft würde in Schleswig-Holstein also doppelt soviel CO₂ emittiert werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, die Rechnung ist falsch! Sie haben wohl noch nie etwas von Kraft-Wärme-Kopplung gehört? – Weitere Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Gero Storjohann [CDU]:

Jetzt schlagen Sie eine Substitution der Kernkraft durch Wind, Biomasse, Kraft-Wärme-Kopplung und so weiter vor. Das ist alles sehr schön, und das unter-

stützen wir auch. Nur, es bringt keine CO₂-Reduktion, solange die Kernkraftwerke noch weiterlaufen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können mit Kernkraftwerken keine Kraft-Wärme-Kopplung machen! Das ist doch das zentrale Problem!)

Wenn Ihnen also Ihr § 11 des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes nicht mehr gefällt, dann sollten Sie einen konkreten Antrag ausformulieren und hier einen Gesetzesänderungsantrag einbringen. Dann wissen wir, worüber wir reden. Aber fordern Sie bitte nicht die Regierung auf, das auszulegen. Das steht selbst Mehrheitsfraktionen nicht zu.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Punkt 3 in Ihrem Antrag!

(Konrad Nabel [SPD]: Unsolide!)

Sie fordern einen Vorrang von **Nah- und Fernwärmenetzen** gegenüber der Erdgasdirektversorgung. In dieser reinen Form können wir dem nicht zustimmen.

Vorrang sollte in unserer Wirtschaftsordnung diejenige Energieversorgung haben, die nachhaltig am wirtschaftlichsten ist. Das kann in einer Vielzahl Kraft-Wärme-Kopplung sein, das kann aber auch die Einzelgasversorgung sein. Kraft-Wärme-Kopplung bringt nach unserer Auffassung – unabhängig von den Kosten – auch energetische und ökologische Vorteile nur dann, wenn Strom und Wärme weiterhin gleichzeitig benötigt werden. Das ist in reinen Wohngebieten beispielsweise während der Sommermonate nicht der Fall.

Noch einmal: In diesem Punkt sollte der Taschenrechner und nicht die Ideologie die vernünftige Entscheidungsgrundlage sein.

(Beifall bei der CDU – Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da gibt es wenigstens keine Computerfehler!)

Frau Kollegin Franzen hatte das Aktionsprogramm zur CO₂-Minderung und Energieeinsparung im Gebäudebereich der CDU/CSU- und F.D.P.-Bundestagsfraktionen, im letzten Herbst eingebracht, angesprochen. Hauptziel ist die Novellierung der Wärmeschutzverordnung,

(Ingrid Franzen [SPD]: 1999!)

in der die Anforderungen bei Neubau auf den Standard – weiß ich! – von Niedrig-Energie-Häusern festzuschreiben ist. Das ist das, was auch Sie fordern. Die Anhörungen laufen bereits. Der Referentenentwurf wird im Laufe des Jahres kommen. Das Inkrafttreten ist für 1999 geplant.

(Gero Storjohann)

Der Bund – so stelle ich fest – ist in diesem Bereich Vorreiter, eindeutig Vorreiter.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Das hätten wir aber merken müssen! Ehrlich!)

In Schleswig-Holstein fordert Rot-Grün jetzt eine eigene Wärmeschutzverordnung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Wir wären bundesweit das einzige Land, das eine Wärmeschutzverordnung hätte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist mit verfassungsrechtlichen Zweifeln behaftet, ob Sie das durchbekommen.

Sie würden zeitlich wenig gewinnen, aber im Land Schleswig-Holstein in den Ministerien enorm Kräfte zur Erarbeitung dieser Verordnung binden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Überhaupt nicht!)

„In Schleswig-Holstein wird gespart, und zukünftig erfolgt eine Beschränkung auf das Nötigste“, höre ich laufend von Frau Erdsiek-Rave und von der Frau Ministerpräsidentin. Aber das paßt mit dem Antrag, den Sie jetzt hier vorlegen, nicht zusammen. Eine eigene Verordnung für Schleswig-Holstein macht unter diesen Voraussetzungen keinen Sinn.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Über Energiepolitik reden wir ein anderes Mal!)

Während unserer Mietrechtsdebatte – ich komme zum nächsten Punkt – hatte ich bei alten Verträgen die Umstellung von Brutto- auf Nettomieten begrüßt. Da hatten Sie noch große Schwierigkeiten, Frau Franzen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Die habe ich immer noch!)

Ich habe das begrüßt, weil wir damals bei den Nebenkosten nur so das **Verursacherprinzip** sinnvoll anwenden konnten.

Im Baubestand – das ist unbestritten – liegt das größte Einsparpotential. Den Ansatz „Bestandsverbesserung vor Energieverschwendung“ halte ich für richtig. Das Problem liegt eben nur im Detail und in der Umsetzung. Wir haben es mit vielen unbestimmten Rechtsbegriffen zu tun. In Ihrem Antrag heißt es: „...wenn die Wärmedämmung mit wirtschaftlich vernünftigem Aufwand ohne Schwierigkeiten verbessert werden kann.“ Wer bestimmt denn, was wirtschaftlich ist? Was heißt „ohne Schwierigkeiten“? Bei so viel Kaugummi schafft man nicht Rechtssicherheit, man stiftet Unfrieden.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Sie weisen hier zu Recht auf Defizite in der **Energieberatung** hin. Energieagentur, Energiestiftung lei-

sten bereits eine wertvolle Arbeit. Dabei war es sicherlich richtig, in der Anfangsphase die unabhängige Beratung von staatlicher Seite anzuschieben. Nun sollte aber der Zeitpunkt erreicht sein – daran liegt mir sehr viel –, eine unabhängige Energieberatung als erwerbswirtschaftlichen Zweig zu etablieren,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

also keine Vernetzung aller möglichen staatlichen Organisationen, sondern Konzentration auf Ausbildung und Existenzförderung unabhängiger Energieberater, sowohl männlich als auch weiblich.

Wer gerade zum Sprung auf Verschlinkung im öffentlichen Sektor ansetzt, sollte nicht im gleichen Atemzug neue Strukturen in diesem Bereich einfordern. Mit unserem marktwirtschaftlichem Ansatz ist das Ziel einer unabhängigen Beratung besser und günstiger zu erreichen. Wenn es einen Markt für Energiekostenentlastung gibt, werden **Energieberater** ähnlich gut wie zum Beispiel Steuerberater Arbeitsplätze schaffen können.

Im letzten Punkt fordern Sie – im Gegensatz zu eben – eine abhängige Beratung, angesiedelt bei den Stromlieferanten.

(Ingrid Franzen [SPD]: Die gibt es!)

Die gibt es bereits. Die Kundenzentren der Schleswig sind bekannt und beliebt. Im bevorstehenden Wettbewerb auf dem europäischen Strommarkt würde ein einheimisches Energieunternehmen eindeutig Wettbewerbsnachteile gegenüber auswärtiger Konkurrenz zu tragen haben. Das möchten Sie festschreiben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

Gero Storjohann [CDU]:

Deswegen werden wir der Finanzierung der Beratungskosten über den allgemeinen Strompreis nicht zustimmen können.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Fazit: Es besteht Einigkeit über die Bedeutung des Klimaschutzes. Es gibt leider keinen Konsens über die Wege zur Erreichung des Ziels. Dem Antrag in der Sache würden wir heute nicht zustimmen, einer Überweisung in den Ausschuß ja.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort weitergebe, will ich in der Loge Gäste begrüßen. Ich begrüße Kommunalpolitikerin-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

nen und Kommunalpolitiker aus der Stadt Lapua in der Provinz Vaasa in Finnland

(Beifall)

und ihre Gastgeber, den Bürgervorsteher und den Bürgermeister der Gemeinde Hohenlockstedt. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Nun geht es aber los!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es fällt einem ja schwer, das anzuhören, Herr Storjohann! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Präsident! Die neue Landeswärmeschutzverordnung

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Sie haben sie schon abgeschrieben?)

für den Neubaubereich, wenn Sie dann von der Landesregierung rechtswirksam umgesetzt sein wird, wird viele Bürger unseres Landes direkt betreffen: Bauwillige, Architekten, Bauhandwerker, Heizungsbauer, Lüftungstechniker und hoffentlich auch Heizöllieferanten und Gasverkäufer.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Sie sind mir auch so ein Lüftungstechniker!)

Bauen wird bei erhöhten Anforderungen an die Wärmedichtigkeit und Wärmedämmung zweifellos teurer, aber in geringer Größenordnung. Darauf werde ich noch eingehen. Es gibt ja die Philosophie „Billig bauen, teuer unterhalten“, die wir mit diesem Antrag gerade umdrehen wollen. Wir wollen es so: Besser bauen, Unterhaltungs- und Heizkosten einsparen, mit den Einsparungen die erhöhte Bauqualität bezahlen, gleichzeitig die Umwelt entlasten, die Gefahren einer Klimaveränderung mindern und nicht zuletzt auch Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ganze Klimapaket, das wir Ihnen hier als Antrag vorlegen, hat außerordentlich positive regionalwirtschaftliche Effekte und einen hohen ökologischen Nutzen – unter dem Strich!

Bei allen Veränderungen des Ordnungsrechtes, die wir hier diskutieren, gibt es natürlich Gewinner und Verlierer. Der Energieverkauf wird weniger Umsatz machen, das Bauhandwerk hat mehr zu tun. Die Politik hat also – da hat Kanzler Kohl recht – darauf zu achten, was am Ende herauskommt.

Da kann man sicher sein: Klimaschutz, die solare dezentrale Energiewende, die wir anstreben, schaffen Arbeitsplätze und beleben die Regionalwirtschaft. Insofern hat auch der den Vorteil, der damit beginnt, der den Anfang macht – wie wir das in Schleswig-Holstein vorhaben –, der die Nase vorn hat.

Wir setzen mit der **Landeswärmeschutzverordnung** von Schleswig-Holstein aus auch ein bundespolitisches Ausrufezeichen. Dort ist die Wärmeschutzverordnung anhängig – der Kollege Storjohann sagte das sehr richtig –, überarbeitet zu werden. Es soll 1999 eine Verschärfung geben.

Die Fragen sind aber: Wie scharf sind die denn in Bonn? Wird der Termin nicht doch noch verschoben?

(Der Abgeordnete Meinhard Füllner [CDU] hält ein Foto hoch: Wie scharf die sind, sieht man daran!)

Wir machen mit unserer Landeswärmeschutzverordnung in Bonn Dampf. Die hier festgeschriebenen Anforderungen an den modernen Hausbau werden bei der Novellierung der Bundeswärmeschutzverordnung normativen Druck ausüben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was in der Bundeshauptstadt beschlossen wird, ist nämlich keineswegs sicher. Wo es Gewinner und Verlierer gibt, gibt es natürlich auch Widerstand und Lobbyarbeit, zum Beispiel in der Ziegelindustrie. Es ist nämlich eine Tatsache, daß eine 25 cm dicke Porotonwand allein nicht mehr in der Lage sein wird, die Wärmeschutzverordnung nach unseren neuen Standards einzuhalten. Das Arbeitsergebnis der Bundesregierung ist also keineswegs sicher und kann den Rückenwind aus Schleswig-Holstein gut brauchen.

Es liegt auch hinreichend Praxiserfahrung aus diesem Ordnungsrecht vor, auf das wir jetzt umsatteln wollen, nachdem das Programm „Ressourcensparendes Bauen und Wohnen in Schleswig-Holstein“ Niedrig-Energie-Haus-Standard entwickelt hat. Also es findet hier ein normaler Vorgang statt: Förderprogramm, Entwicklung zur Praxisreife, Normierung über das Ordnungsrecht mit entsprechender Einsparung von Fördermitteln. Das Programm hat 2,5 Millionen DM per anno verbraucht, und ich möchte betonen: es ist gut investiertes Geld. Nun können diese Mittel anderen Zwecken gewidmet werden. Die Perspektive am Horizont heißt **Synergiehaus**. Wir sind mit dem, was wir vorhaben, noch nicht am Ende der Fahnenstange angelangt. Das im Antrag vorgeschlagene Energiekennzahlverfahren schreibt nur den Energieverbrauch pro Quadratmeter und Jahr vor. Das heißt, Architekten und Bauherren

(Zuruf von der CDU: Und Baudamen!)

– und Baudamen haben die gestalterische Freiheit, diese Vorgabe umzusetzen.

Noch einmal zu den Auswirkungen und **Kosten der neuen Landeswärmeschutzverordnung**. Es gibt Leute, die Horrormeldungen verbreiten und sagen, die Sache würde die Baukosten um 5 bis 8 % verteuern. Sie vergessen aber, daß sie im Bezug zur alten Bundeswärmeschutzverordnung gemacht ist. Wir müssen natürlich den NEH-Standard, den wir anstreben, mit der derzeitigen Rechtslage vergleichen. Das ist die Wärmeschutzverordnung von 1995. Danach

(Detlef Matthiessen)

werden die Baukosten um 1 % steigen. Wenn sich nun ein Architekt gewaltig austoben will und einen recht verwinkelten Baukörper schafft, soll er das tun, er kann es, aber dann ist vielleicht mit 3 % mehr zu rechnen. Er ist im übrigen auch frei, mit Dreifachscheiben, also hochisolierend, mit einem K-Wert von 0,6 zu arbeiten und so weiter. Wie er das nachher in der Ausführung erreicht, ist seine beziehungsweise ihre Sache.

Bei einer Annuitätenkalkulation, die den Unterhalt mit einbezieht, also die Heizkostensparnis, rechnet sich die Sache so, daß wir sagen können, mit der neuen Landeswärmeschutzverordnung wird der Traum vom Eigenheim in Schleswig-Holstein jedenfalls finanziell leichter realisierbar. Ich denke, das ist in der heutigen Zeit nicht zu vernachlässigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen winzigen Exkurs noch! Wir haben uns beim Energiesparen das Zweidrittelpinzip zu eigen gemacht. Das heißt, es sollen sich von solchen Auflagen Zweidritteln rechnen, ein Drittel schlagen wir dann bei der Langzeitinvestition der Primärenergiepreiserhöhung zu. Dabei ist natürlich die Problematik der externen Kosten noch nicht erfaßt. Dazu höre ich von Ihrer Ecke eigentlich auch nie etwas. Obwohl ich das als ausgesprochen schwieriges Thema empfinde, darf man es nicht einfach dadurch, daß es schwierig ist, leugnen.

Es sind ökologische Auswirkungen der Landeswärmeschutzverordnung in hohem Maße. Wie wir wissen, werden gegenüber dem heutigen Standard der Wärmeschutzverordnung ungefähr 30 % Heizenergie mit entsprechender Minderung der CO₂-Emission eingespart. Da das Heizen mit 80 % bekanntlich den Löwenanteil des häuslichen Endenergieverbrauchs darstellt, bedeutet es nichts anderes, als daß wir mit unserem Antrag dort sparen wollen, wo es sich wirklich zu sparen lohnt. Wir gehen sozusagen in die Vollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wollen wir auch beim Verbrauch von elektrischem Strom. Herr Storjohann, wir sprachen gestern darüber. Die Elektrizitätswirtschaft rät zum **Stromsparen** und macht die Kosten dafür bei der den Strompreis genehmigenden Behörde geltend. Wir wollen, daß die **Beratung** dann auch ihren Zweck erfüllt, was offensichtlich nicht der Fall ist, weil der Stromverbrauch als Ergebnis dieser Beratung ständig steigt. Elektrizität in Wärme umzuwandeln, meine Damen und Herren, ist eine energiepolitische Sünde, die trotzdem massenhaft begangen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schwerpunkte des Haushaltstromverbrauchs sind tatsächlich die elektrische Heizung mit rund 23 % des Stromverbrauchs und die elektrische Warmwasserbereitung mit 17 %, summa summarum 40 % wird Elektrizität verschleudert in der Umwandlung zur

Warmwasserbereitung. Hier Strom zu sparen und die entsprechende Beratung anzusetzen bringt Effekte. Dazu gibt es aber leider kein Förderprogramm bei der Schleswig. Kühlen, Gefrieren, Trocknen, Beleuchten, Kochen – das alles liegt im einstelligen Bereich. Also, das ganze Programm mit dem Austausch von Glühbirnen wird den Stromverbrauch nicht relevant mindern können.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Das sagen Sie Ihrem Koalitionspartner!)

In der Koalitionsvereinbarung heißt es: Stromtarife werden im Land im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten nur genehmigt, wenn von den Antragstellern effektive Stromsparprogramme durchgeführt werden. Die Kosten für solche Programme werden bei der Tarifgenehmigung anerkannt. Bei der Schleswig-Stromberatung liegt der Schwerpunkt aber eben bei der Tarifberatung, Beratung zu weißer Ware, Küchenplanung und dergleichen. Den gesetzlichen Rahmen für solche Maßnahmen liefert die BTOElt, also die neue Bundestarifordnung Elektrizität. Es ist in Zukunft bei der Preistarifgenehmigung besonders auf die Qualität der Beratung abzuheben.

Bei dem Umfang unseres gemeinsamen Antrags habe ich mich mit Frau Franzen auf eine gewisse Arbeitsteilung verständigt. Getrennt marschieren, gemeinsam zuschlagen ist ja eine bewährte Partisanenregel. So möchte ich denn abschließend zu Punkt 3 Stellung nehmen, in dem wir auf **Wärmenetze** anstelle der Erdgasdirektversorgung abheben. Damit sagen wir nichts gegen Erdgas, Herr Storjohann, das bei gleicher Energie weniger CO₂ produziert als zum Beispiel Kohle mit einem HC-Verhältnis von 0,5 : 1; Erdgas hat 4 : 1. Es ist also eine umweltfreundliche Primärenergie. Trotzdem leistet die Erdgasdirektversorgung im Gegensatz zu den Wärmenetzen zwei Dinge nicht:

Erstens die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme im Blockheizkraftwerk! Nur damit ist eine Minderung von CO₂ praktisch und theoretisch möglich. Daher sagen wir auch: Die Erdgasdirektversorgung ist das Trojanische Pferd der Atomindustrie, weil nämlich die CO₂-Minderung mit zentralen Großkraftwerken schlicht nicht denkbar ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens leistet die Erdgasdirektversorgung nicht den möglichen Ersatz fossiler Energieträger durch regenerative, zum Beispiel Biomasse.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, bemühen Sie sich bitte, zum Schluß zu kommen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Daher der Verweis auf die Zukunft: Flexibilität von Wärmenetzen! Überall, wo **Biomasse** genutzt wird,

(Detlef Matthiessen)

gibt es in der Tat **Wärmenetze**. Eine Wärmenetzerschließung ist unter Vollkostenbetrachtung für die Bewohner, für die Nutzer der Energiedienstleistung Wärme nicht teurer, als einen eigenen Heizkessel zu betreiben. Der massive Ausbau der Erdgasdirektversorgung, der zur Zeit läuft, blockiert den Weg in eine nachhaltige klimafreundliche und zukunftsfähige solare Energiewirtschaft. – Ich bedanke mich für Ihre Geduld.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Klimaschutz ist ein zentrales Thema der Umweltpolitik. Der **Klimaschutz** muß global betrieben werden. Das heißt jedoch nicht, es müssen die anderen tun, sondern es heißt, alle Regionen müssen sich daran beteiligen, insbesondere die Industrieländer.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

– Schade, daß die CDU das nicht weiß.

(Heiterkeit)

Aber nächstes Mal, Herr Hennig, kriegen Sie auch eine Chance, ganz bestimmt.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Rat für Klimafragen kommt in seinem Bericht zu sehr eindeutigen Ergebnissen: Eine weitere ungehinderte Klimaerwärmung wird nahezu für jedes Land der Erde verheerende Folgen haben.

Es macht wenig Sinn, wissenschaftliche Ergebnisse politisch zu diskutieren. Welches der in der Wissenschaft diskutierten Klimamodelle letztendlich die Situation am besten beschreibt, wie die Wirkung der CO₂-Senkung zu bewerten ist, welche Rolle die Ozeane haben, ist nicht politisch zu entscheiden. Eine Politik, die das Prinzip des sustainable development, der nachhaltigen Entwicklung, Nachhaltigkeit im Sinne der Forstwirtschaft, wie man es einmal in Brandenburg erfunden hat, anerkennt und bereit ist umzusetzen, wird die **Minderung des CO₂-Ausstoßes** als Kern Ihrer Umweltpolitik betrachten. Ich bedauere allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite, daß ich nicht erkennen kann, daß dieses auf dieser Seite tatsächlich so prioritär betrachtet wird, wie ich mir das vorstelle. „Aktiver Klimaschutz ist ein Gebot ökologischer Risikovermeidung“, sagte die ehemalige Umweltministerin Dr. Edda Müller. Wo Sie recht hatte, hatte sie eben recht.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Deswegen ist sie auch nicht mehr da!)

In der Konsequenz sollte die weitere Nutzung der **Kernenergie** in den nächsten Jahren – wie es Gerhard Schröder in Niedersachsen empfiehlt – auch für die schleswig-holsteinische Landesregierung eine Selbstverständlichkeit sein.

(Konrad Nabel [SPD]: Oh, oh!)

Ihr Ersatz wäre auf mittlere Sicht nur durch den Import von französischem Strom aus Kernkraftwerken – das ist das St. Florians-Prinzip – oder durch die verstärkte Nutzung fossiler Brennstoffe möglich. Beides will die F.D.P. nicht.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Herr Matthiessen sagte, die **Umwandlung von Strom in Wärme** sei Unsinn. Das stimmt dann, wenn der Strom aus fossilen Brennstoffen oder aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen worden ist. Da haben Sie vollkommen recht. Wenn der Strom aus Kernkraftwerken oder aus Windmühlen stammt, ist das nicht so zu bewerten. Da muß man etwas differenzieren.

Eine weitere wesentliche Quelle von CO₂-Emissionen ist der Verkehr. In Schleswig-Holstein stammen allein 25 % der CO₂-Emissionen aus dem **Verkehr** – so die Feststellung im CO₂-Minderungsprogramm dieser Landesregierung. Eine Verringerung der Emissionen aus dem Individualverkehr sowie eine Stärkung der spurgeführten Verkehre sind erforderlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Aber, Frau Winking-Nikolay, beim Transrapid scheiden sich schon wieder die Geister.

(Konrad Nabel [SPD]: Aber hallo! – Unruhe)

Wenn in St. Peter-Ording 18 Millionen DM ausgegeben werden sollen, um die Parkplätze auf dem Strand sperren zu können,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

bezweifle ich, daß die Prioritätenfestlegung in diesem Lande richtig ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auch wenn ich sehr viel für einen autofreien Strand übrig habe, mir Urlaub an einem **Strand mit Autos** nicht vorstellen kann, scheint mir dieser Preis zu hoch zu sein. Dabei ist mir sehr wohl bewußt, daß einzelne Maßnahmen wie der Ausbau des Radwegenetzes durchaus zu begrüßen sind. Mit dem Einsatz von 18 Millionen DM ist jedoch auch im Schienenverkehr eine ganze Menge möglich, und darüber sollte nachgedacht werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU – Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tun wir auch!)

Der dritte wesentliche Bereich ist der im vorliegenden Antrag angesprochene Bereich Planen, **Bauen**

(Dr. Christel Happach-Kasan)

und Wohnen. Ich begrüße ausdrücklich, daß SPD und Bündnisgrüne den Beschluß der Bundesregierung unterstützen, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 % und die Emissionen der anderen Treibhausgase – insbesondere Methan, Distickstoffoxid und Ozon – um 50 %, bezogen auf die Emissionsvolumina von 1987, zu reduzieren. Allerdings fragen wir uns, ob es effizient ist, bereits 16 Monate nach Vorlage des Klimaschutzprogrammes von der Landesregierung einen Bericht über die Umsetzung einzufordern.

(Ingrid Franzen [SPD]: Mündlich!)

– Auch wenn das ein mündlicher **Bericht** ist! Ich möchte daran erinnern, daß auf den zehn Seiten des Klimaschutzprogrammes zu diesem Bereich eine Menge an Bauleitplanungsvorstellungen aufgeschrieben ist, von denen ich meine, daß man sie in 16 Monaten nicht umsetzen kann. Daher würde ich von der Landesregierung zu diesem Zeitpunkt keinen Bericht einfordern. Uns ist mehr daran gelegen, daß die Regierung im Sinne von Klimaschutz handelt, als daß sie schon wieder einen Bericht erstellt, selbst wenn er nur mündlich gegeben wird. Selbst ein mündlich vortragener Bericht wird letztlich erst einmal schriftlich niedergelegt. Da dürfen wir uns nichts vormachen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wie wir in diesem Hohen Hause an anderer Stelle festgestellt haben, gibt es andere Wege, als über Beschäftigungsprogramme für die Landesregierung Themen wie den Klimaschutz zur Diskussion zu stellen.

Ich bezweifle auch, ob es wirklich erforderlich ist, daß die die Regierung tragenden Fraktionen die Landesregierung auffordern, bei Fortschreibung des Landesraumordnungsplanes die Inhalte von Gesetzen wie dem Landesentwicklungsgrundsatzgesetz zu berücksichtigen, wie es Ihr Punkt 2 vorsieht.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Konkretisieren!)

Wenn Sie die Regierung disziplinieren wollen, tun Sie es! Das ist an vielen Stellen nötig. Sie haben da unsere Unterstützung. Aber den von Ihnen gewählten Weg halte ich für zumindest ungewöhnlich, wenn nicht sogar für problematisch.

Der Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen wird von der F.D.P. ausdrücklich begrüßt.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sehen den **Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen** nicht nur im Hinblick auf die Kraft-Wärme-Kopplung – das ist eine Möglichkeit –, sondern das ist auch ein hervorragender Weg, die energetische

Nutzung nachwachsender Rohstoffe zu fördern und praktikabel zu gestalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf diesem Gebiet sind wir in Schleswig-Holstein trotz vieler Reden in diesem Sinne im Handeln immer noch im Rückstand. Weiterhin ist dies eine hervorragende Möglichkeit der **energetischen Nutzung von Restmüll**.

(Konrad Nabel [SPD]: Oh! – Lachen des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Beim Bau der in Schleswig-Holstein fehlenden Müllverbrennungsanlagen sind die Standorte auch danach auszuwählen, ob eine effiziente energetische Nutzung möglich ist. – Herr Hentschel, ich freue mich, daß Sie darüber lachen, aber es ist meines Erachtens eine hervorragende Möglichkeit, und ich bitte Sie, sich einmal konkret zu informieren, wieviel man damit tatsächlich erreichen kann. Sie werden erstaunt sein.

(Beifall bei F.D.P. und CDU – Konrad Nabel [SPD]: Echte Lachnummer!)

Setzen Sie es in Beziehung zu dem, was Sie über die Windenergie schaffen! Dann werden Sie sehen: Wenn man es mit der **CO₂-Minderung** ernst meint, ist Restmüll eine hervorragende Energiequelle.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich freue mich, daß Sie die Müllverbrennung wieder untergebracht haben!)

– Die Kollegen, die schon länger dabei sind, wissen, daß ich da ziemlich einfallsreich bin.

An der Umsetzung solcher Zielsetzungen wird auch zu messen sein, wie ernst SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Klimaschutz wirklich nehmen.

Auch für die Nutzung der **Erdwärme** ist ein Nah- und Fernwärmenetz erforderlich. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir in diesem Punkt, wie es in Mecklenburg-Vorpommern gelungen ist, tatsächlich vorwärtkämen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine eigene **Landeswärmeschutzverordnung** lehnen wir ab. Denn schlanker Staat bedeutet auch, auf überflüssige Verordnungen zu verzichten. Immer wenn es ernst wird, kneifen Sie. Sie haben immer Fantasie für eine neue Verordnung, für einen dritten Anhang, für einen vierten Erlass,

(Ingrid Franzen [SPD]: Für Umweltschutz!)

aber niemals dafür, auf eine Verordnung zu verzichten und sich eine alternative Möglichkeit auszudenken.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schlagen Sie mal etwas vor!)

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Ich will dabei überhaupt nicht verhehlen, daß die Wärmeschutzverordnung des Bundes auch nach unseren Vorstellungen, nach den Vorstellungen, die von der F.D.P.-Ministerin damals zuerst vorgelegt worden sind, nicht weit genug geht.

(Ingrid Franzen [SPD]: Wann war das denn?)

Auch Sie wissen, daß das nicht an der F.D.P. gelegen hat, sondern am Einfluß von CSU-Abgeordneten aus Bayern,

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bayerische Ziegelindustrie!)

die Angst um ihre Ziegelwerke hatten, deren Existenz sie sichern wollten. Es ist klar, daß wir darauf in Schleswig-Holstein keine Rücksicht zu nehmen haben. Dennoch halte ich es für sinnvoller, beim Bund darauf zu drängen, daß die zweite Stufe der Wärmeschutzverordnung – wenn sie schon 1997 nicht kommt – tatsächlich 1999 kommt, statt sich mit einer eigenen Landeswärmeschutzverordnung auf den Bereich von Schleswig-Holstein zu beschränken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ja.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Happach-Kasan, glauben Sie nicht, daß, wenn wir in Schleswig-Holstein mit einem wesentlich schärferen Standard beginnen, der Bund anschließend automatisch gezwungen sein wird, entsprechend nachzuziehen, weil dann ja ein praktisches Beispiel vorliegt, das funktioniert?

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Nein, diese Idee habe auch ich am Anfang meiner politischen Tätigkeit einmal gehabt;

(Beifall der Abgeordneten Torsten Geerds [CDU] und Martin Kayenburg [CDU])

in der Praxis muß man allerdings feststellen, daß die anderen Bundesländer lächelnd auf uns gucken und fragen: Warum machen die es sich schwerer, als es ist?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich glaube das nicht. Wir sollten unsere Kraft vielmehr dafür einsetzen, daß der Bund in die Puschen kommt und 1999 eine sinnvolle Verordnung macht.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 1999 ist doch viel zu spät!)

Ich bin weiterhin der Auffassung, daß die Novellierungen des Mietrechts in Ihrem Sinne überflüssig sind. Zu hohe Nebenkosten durch überhöhte Heizkosten vermindern die erzielbare Kaltmiete. Das weiß auch ein Vermieter. Es besteht somit ein Eigeninteresse der Vermieter, die Heizkosten durch Wärmeschutzmaßnahmen zu senken. In dieser Frage wird der Markt mehr regeln, als Sie sich vorstellen können.

(Widerspruch der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ich bin wie Kollege Storjohann der Meinung, daß der Antrag in der vorliegenden Form nicht zu verabschieden ist. Ich stimme zu, daß er an den Ausschuß überwiesen wird, damit wir einige Punkte nacharbeiten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man dem Jahresbericht des World Watch Instituts Glauben schenken darf, sieht es weltweit mit der Umsetzung der Klimaschutzziele – trotz bescheidener Erfolge in einigen wenigen Ländern – nicht sehr gut aus. Beispielsweise muß man feststellen, daß die Reduzierung der Treibhausgase und hier besonders die **CO₂-Emissionen** bisher nicht entscheidend vorgekommen ist. Die Umsetzung der Forderungen, die sich aus dem Brundtland-Rapport von 1987 und den Beschlüssen zum Klimaschutz der Konferenz von Rio aus dem Jahre 1992 ergeben, läßt immer noch auf sich warten – und das trotz vielfacher Aktivitäten von Regierungen, privaten Organisationen und Einzelpersonen, um die Ziele der in Rio beschlossenen Agenda 21, die auch die Klimaschutzziele umfaßt, zu erreichen. Beispielsweise laufen zur Zeit in zehn europäischen Ländern lokale Agenda-21-Initiativen. In über 300 europäischen Städten hat man entsprechende Chartas verabschiedet. Gute Ansätze gibt es also, aber diese vielen Initiativen haben bisher nicht den gewünschten Effekt gehabt.

Dabei haben gerade die westlichen Industrienationen, die immer noch den überwiegenden Teil der Ressourcen dieser Welt verbrauchen, bei der Umsetzung der Klimaschutzziele eine Vorbildfunktion. Frau Happach-Kasan, hier könnte die F.D.P. einmal klatschen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Wenn wir nicht bei uns selbst anfangen, können wir von den bisherigen Entwicklungsländern in Asien und Südamerika keine Selbstbeschränkung beim Energieverbrauch, in der Ressourcennutzung oder im Umweltschutz erwarten.

(Anke Spoorendonk)

Global denken, lokal handeln – mit diesem Slogan komme ich von den weltweiten Problemen zu der Situation bei uns. Auch in Deutschland sieht es mit der Umsetzung der Klimaschutzziele nicht so rosig aus. Beispielsweise sagen verschiedene Forschungsinstitute voraus, daß die Bundesregierung ihr Ziel, die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 um 25 % zu reduzieren, weit verfehlen werde. Nach eigenen Angaben rechnet die Bundesregierung bei dem heutigen Stand der Entwicklung und den Initiativen bis zum Jahre 2005 nur mit einer Reduzierung der CO₂-Emissionen um 17 %. Diese Zahlen zeigen, daß Handlungsbedarf besteht. Das gilt natürlich auch für Schleswig-Holstein.

Der SSW steht zu dem 1995 verabschiedeten **CO₂-Minderungs- und Klimaschutzprogramm für Schleswig-Holstein**. Die konkreten Minderungsziele bezüglich der CO₂-Emissionen und der übrigen Treibhausgase sind nur durch eine effizientere Energieerzeugung und durch neue Erkenntnisse bei der Energieeinsparung zu erreichen. Um diese Ziele zu erreichen, muß man aber Schwerpunkte setzen. Ein solcher Schwerpunkt des politischen Handelns ist der Bereich Planen, Bauen und Wohnen; denn der derzeitige Anteil der Heizenergie am Endenergieverbrauch der Haushalte beträgt fast 80 %.

In einer Untersuchung für die Enquetekommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages wurde festgestellt, daß im Niedertemperaturwärmemarkt, der 35 % des gesamten Energieverbrauchs ausmacht, das CO₂-Minderungspotential durch bauliche und versorgungstechnische Maßnahmen zwischen 70 % und 90 % liegt. Hier kann man also wirklich ansetzen.

Daher begrüßen wir die Initiative von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Energieeinsparungspotentiale für die Beheizung von Gebäuden verstärkt zu fördern. Wir meinen, daß in dem vorliegenden Antrag viele gute Ansätze sind, die wir dann hoffentlich ausführlicher in den Ausschüssen und bei der Beratung des angeforderten Berichts über die bisherige Umsetzung des Klimaschutzprogramms diskutieren können. Heute will ich nur kurz auf einige für uns wichtige Aspekte eingehen.

Ich sprach von der Bedeutung der **Vorbildfunktion**. Deshalb ist es wichtig, daß in Schleswig-Holstein die **öffentliche Hand** in ihren eigenen Gebäuden bei der Energieeinsparung vorangeht. Außer dem praktischen Erfahrungsnutzen hinsichtlich dessen, was möglich ist und wie man es umsetzt, sollte man die positive psychologische Wirkung auf die Bürger nicht vergessen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen und der Umwelt sollte bei den öffentlichen Behörden selbstverständlich sein. Es wäre schon interessant zu erfahren, wie weit die Landesregierung in diesem Bereich bisher gekommen ist.

Das Land hat im Moment eine Reihe von Modellversuchen laufen, im Rahmen derer sich kleine und mittlere Unternehmen an dem **Umwelt-Audit-Ver-**

fahren beteiligen können. Aus unserer Sicht spricht nichts dagegen, daß sich die öffentlichen Institutionen des Landes ebenfalls einem solchen Verfahren unterziehen. Während die Unternehmen im Zuge eines Umwelt-Audit-Verfahrens sowohl Abfallvermeidungs- und Wassersparkonzepte als auch Energieeinsparungskonzepte vorlegen, dürfte bei den öffentlichen Institutionen der Schwerpunkt gerade bei der Energieeinsparung in den Gebäuden gelegt werden. Die bisherigen Erfahrungen bei den Unternehmen zeigen, daß durch dieses Verfahren erhebliche Energieeinsparungspotentiale ausfindig gemacht werden konnten. Ich weiß, daß eine Schule bereits dabei ist, ein Umwelt-Audit-Verfahren anzugehen. Weitere öffentliche Institutionen sollten aber bald folgen.

Ein Punkt liegt uns besonders am Herzen. In einigen ländlichen Gebieten ist die Schleswig dabei, ihr Erdgasnetz auszubauen. Im Zusammenhang mit den CO₂-Minderungszielen führt die Verbrennung von **Erdgas** leider auch zu erheblichen CO₂-Emissionen. In einigen ländlichen Gebieten wäre es deshalb ökologisch sinnvoller, **Nahwärmenetze** beispielsweise mit Biogasanlagen, die um ein Vielfaches geringere CO₂-Emissionen verursachen, auszubauen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn ein solches Nahwärmenetz in wirtschaftlicher Hinsicht heute noch nicht mit dem Erdgasnetz konkurrieren kann, ist es langfristig eine viel bessere Investition.

Auch gasbetriebene Motorheizkraftwerke wären eine bessere Alternative als der Ausbau des Erdgasnetzes, da sie weitaus mehr Energie einsparen und umweltschonender sind als konventionelle Heizsysteme. Durch ihren vermehrten Einsatz könnten sie zu einer erheblichen Einsparung erneuerbarer Ressourcen und zur Entlastung der Umwelt von Luftschadstoffen beitragen. Durch den Einsatz von gasbetriebenen MHKWs werden gegenüber der Versorgung mit individuellen Gaskesseln zwischen 50 % und 70 % der CO₂-Emissionen eingespart. Ein Ansatz, diese ökologisch besseren Lösungen am Markt durchzusetzen, wäre natürlich die Einführung von Energie- und Umweltsteuern, beispielsweise einer **CO₂-Steuer**, wie es sie in Dänemark gibt.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber dieses Thema fällt natürlich in die Verantwortung des Bundes.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die vorgeschlagene Einführung von **Wärmepässen** beim Wohnungsneubau und bei Sanierungen. Diese Pässe sollen Auskunft über den Wärmeverbrauch und die daraus resultierenden Mietnebenkosten geben. Wir halten dies für eine gute Idee. Nördlich der Grenze sind seit dem 1. Januar 1997 bei jedem Immobilienhandel Wärmepässe gesetzlich vorgeschrieben. Das heißt, bevor die Käufer sich dazu entschließen, ein Haus oder eine

(Anke Spoorendonk)

Eigentumswohnung zu kaufen, können sie anhand dieser Wärmepässe den Wärme- und Stromverbrauch beurteilen und somit auch diese Faktoren beim Kauf berücksichtigen. Zu hohe Wärmekosten, beispielsweise infolge schlechter Isolierung einer Wohnung, sind ein wesentlicher Faktor beim Kauf einer Immobilie. Dadurch könnten sich die Verkäufer veranlaßt sehen, auf diesem Gebiet tätig zu werden und vermehrt in Energieeinsparungsmaßnahmen zu investieren.

Überhaupt sind eine bessere Transparenz der Heiz- und Stromkostenabrechnung und ein besserer Informationszugang der Bürger bei der Umsetzung der Energieeinsparungsziele unbedingt zu fördern.

Wie man eine vorbildliche Informationspolitik unter aktiver Einbeziehung der Bürger durchführen kann, zeigt das Beispiel des Brundtland-Stadt-Projekts in Toftlund. Das wichtigste Element dieser Informationspolitik ist eine monatlich von den verschiedenen Versorgungsunternehmen gemeinschaftlich ausgearbeitete „Energieinformation“ für jeden Haushalt der Gemeinde.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Sowohl der monatliche Strom-, Wärme- und Wasserverbrauch als auch die Vergleichsdaten der letzten Monate und des Vorjahres werden den Bürgern in dieser „Energieinformation“ dargestellt. Das hat den Effekt gehabt, daß die Bürgerinnen und Bürger zum einen ihre Fortschritte bei der Energieeinsparung Monat für Monat selbst verfolgen können und zum anderen ihre Ergebnisse direkt mit den Nachbarn vergleichen können.

Durch die zugestellte „Energieinformation“ und viele öffentliche Veranstaltungen hat man einen Diskussionsprozeß unter den Bürgern und zwischen den Bürgern und der Kommune in Gang gesetzt, der viele neue Ergebnisse in bezug auf Energieeinsparungsmöglichkeiten erbracht hat.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluß!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Das tue ich. – Das bisherige Energieeinsparungsergebnis des Brundtland-Projekts in Toftlund kann sich also sehen lassen. Toftlund scheint die ursprüngliche Zielsetzung einer Reduzierung zwischen 30 % und 50 % des gesamten Energieverbrauchs in der Kommune zu erreichen. Leider sehen die Ergebnisse bei dem Brundtland-Stadt-Projekt in Bredstedt nicht ganz so positiv aus. Das liegt unserer Meinung nach auch an der mangelnden aktiven Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und der aus diesem Grunde fehlenden Akzeptanz in der Bevölkerung. Dort kann

nur aus den Fehlern gelernt werden. Das muß man tun, um weiterzukommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin Birk.

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beginnt mit den Worten: „Schleswig-Holstein unterstützt entsprechend dem **CO₂-Minderungs- und Klimaschutzprogramm** für Schleswig-Holstein... den Beschluß der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 % und die Emissionen der anderen Treibhausgase... um 50 %... zu reduzieren.“ Das ist ein etwas komplizierter Satz, aber er formuliert ein klares Ziel angesichts der letzten Debatte über Ziele der Kohlendioxidminderung, der erfolglosen Konferenz des UN-Klimasekretariats, die in der vergangenen Woche in Bonn stattgefunden hat, und angesichts der Diskussion in der EU insgesamt. Auf EU-Ebene werden 15 % diskutiert. Ich glaube, daß wir hier im Vergleich dazu auf einem guten Weg sind.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Einen umfassenden Bericht zum Stand der Umsetzung des Klimaschutzprogramms wird die Landesregierung dem Landtag in der Mitte des kommenden Jahres geben. Darin werden wir auch auf unsere Vorbildfunktion eingehen, und wir werden die von uns veranlaßten Projekte, Beschaffungs- und Leistungsvergaben dem Klimaschutz unterwerfen; denn noch in diesem Jahr sollen für die Landesregierung und den nachgeordneten Bereich im Beschaffungswesen, angefangen bei den Dienstwagen, bei der **Energieeinsparung** und rationellen Energieverwendung in den Landesliegenschaften et cetera Kriterien festgelegt und Konzepte zur Umsetzung erarbeitet werden. Das haben wir uns vorgenommen.

Das ist ein anspruchsvolles Programm, aber ich denke – Frau Spoorendonk und andere haben das bereits gesagt –, nur dann, wenn wir bei uns selbst anfangen, werden wir auch Dritte überzeugen können.

Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren gerade im Bereich des Bauens und des Wohnens intensiv um Klimaschutz und Ressourcenschonung bemüht, so daß die neue Koalitionsregierung gut auf die bestehenden Ansätze aufbauen und den nächsten Schritt machen kann.

Dem Bereich **Bauen und Wohnen** wird für das Erreichen des gesteckten Klimaschutz- und Minde-

(Ministerin Angelika Birk)

rungsziels eine entscheidender Bedeutung beigetragen. Der Raumwärmebedarf ist nach wie vor der größte Einzelposten in der Energiebilanz. Hierauf sind schon einige Vorrednerinnen und Vorredner eingegangen. Gleichzeitig haben wir hier große Einsparpotentiale in der Größenordnung bis zu 30 %. Das wiederum bedeutet, daß auch durch eine entsprechende Ausschöpfung dieses Minderungspotentials, bezogen auf die Gesamtmenge der Kohlendioxidemissionen, in Schleswig-Holstein etwa 1,5 Millionen t vermieden werden können.

Ich komme zurück zum Gebäudebereich: Hier haben wir von unseren skandinavischen Nachbarländern, insbesondere von Schweden und Dänemark – darauf wurde hingewiesen –, zu lernen. In diesem Zusammenhang muß ich allerdings darauf hinweisen, daß die überragenden Erfolge zum Beispiel der dänischen Energiepolitik mit dem hohen Anteil von Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplung und der erfolgreichen wärmetechnischen Sanierung eines großen Teils des Gebäudebestandes wesentlich deshalb möglich waren, weil hier eben flankierend durch entsprechende Planungs- und Ordnungspolitik im gesamten Land viel günstigere Rahmenbedingungen bestanden.

In diesen Bereichen können eine Landesregierung und ein Landesgesetzgeber nur begrenzt aktiv werden, weil – wie wir wissen – die sich Bundesregierung beharrlich gegen eine sinnvolle Energiebesteuerung und gegen eine Wärmenutzungsverordnung sträubt.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schleswig-Holstein hat gerade im Bereich des energiesparenden Bauens und Wohnens eine anerkannte Vorreiterrolle innerhalb der Bundesrepublik. Als erstes Bundesland hat Schleswig-Holstein ein breites Förderprogramm für das energiesparende Bauen durchgeführt, das später von vielen anderen Bundesländern übernommen worden ist.

Seit 1989 bestehende Programme waren in der Vergangenheit allerdings auf die Förderung einzelner Fälle ausgerichtet; das heißt, einzelne Käuferinnen und Käufer, Bauherrinnen und Bauherren konnten eine Förderung des **Niedrig-Energie-Haus-Standards** oder sonstiger **ökologischer Baumaßnahmen** – ich nenne die Regenwassernutzungsanlagen, Solaranlagen und ähnliches – für neu zu errichtende Familienheime erhalten.

Neu ist jetzt, daß wir gegenüber den vergangenen Jahren drei wesentliche Änderungen vorgenommen haben. Erstens. Es werden nur noch Siedlungsprojekte gefördert, die mehrere Wohnungen und Häuser umfassen. Wir gehen also weg von der Förderung einzelner Häuser hin zur sogenannten Ensembleförderung.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Vor dem Hintergrund des Eigenheimzulagengesetzes mit seinen Ökokomponenten haben wir uns zu diesem Schritt entschlossen.

Zweitens. Es werden nicht nur mehr Maßnahmen beim Neubau, sondern auch im Bestand gefördert.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hierhinter verbirgt sich die Erkenntnis, jede Mark, die in den Wärmeschutz im Bestand investiert wird, bringt mit Blick auf das Ziel der CO₂-Minderung viel mehr als nur die in den Neubau investierte Mark.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Drittens. Es können auch generell Maßnahmen gefördert werden, die sich auf alle Wohneinheiten eines Projektes beziehen und sich nicht einzelnen Wohneinheiten zuordnen lassen, wie das ja zum Beispiel bei einem verbesserten Wärmeschutz im Bestand der Fall ist.

Im Programmjahr 1997 steht für diese Förderkriterien ein Bewilligungsrahmen von 2,5 Millionen DM zur Verfügung. Diese Summe entspricht etwa der in den vergangenen Jahren. Ich glaube, angesichts der sehr schmerzhaften Schnitte, die wir sonst im Haushalt haben, kann sich dieses Ergebnis sehen lassen; denn unterstellt man die Höchstförderung von 15 000 DM pro Wohneinheit, können damit immerhin 150 Wohneinheiten gefördert werden, die dann hoffentlich beispielgebend auch auf andere wirken.

Kommen wir nun zum sozialen Wohnungsbau! Hier können wir mehr in die Breite gehen. Daher haben wir in diesem Bereich erstmalig auch einige ökologische Ziele verbindlich festgeschrieben. Wir haben im sozialen Wohnungsbau größere Gestaltungsmöglichkeiten und können auch Fehlentwicklungen entgegenwirken. Dies gilt insbesondere, wenn wir – wie in den vergangenen Jahren – wiederholt Modellprojekte ins Leben rufen, von denen auch Impulse auf Dritte ausgehen.

Das Landeswohnungsbauprogramm 1997/98 sieht einen Fördervorrang für Wohnungen vor, die dem **Niedrig-Energie-Haus-Standard** entsprechen. Danach sollen alle zu fördernden Mietwohnungen gemäß dem Niedrig-Energie-Haus-Standard gebaut werden. Sofern beim Bau von Mietwohnungen diesem Standard nicht entsprochen wird, müßte der Investor oder die Investorin einen Förderabschlag in Höhe von 4 000 DM pro Wohnung in Kauf nehmen. Angesichts des wohlweislich knapp kalkulierten Programms werden sich das meiner Meinung nach viele zweimal überlegen. Wir gehen davon aus, daß wir damit von einer „Quasi-Standard-Einführung“ sprechen können.

Dieser Betrag liegt nämlich nach neuesten Berechnungen, die in der Februar-Ausgabe des „Bundesbaublattes“ veröffentlicht wurden, deutlich höher, als er

(Ministerin Angelika Birk)

zur entsprechenden Ausstattung einer durchschnittlich großen Wohnung, die nach dem Niedrig-Energie-Haus-Standard gebaut wird, benötigt würde. Der Tendenz nach soll das Malussystem durch eine eindeutige Verpflichtung zur Anwendung des Niedrig-Energie-Haus-Standards entfallen.

Diese Übergangszeit wird im **Mietwohnungsbau** benötigt, um den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, Erfahrungen mit der Akzeptanz der Abluftautomatik zu sammeln. Am Anfang ist die Abluftautomatik bei einigen Mieterinnen und Mietern auf Kritik gestoßen. Es waren hier Verbesserungen nötig. Die Abluftautomatik ist jedoch erforderlich, da sich sonst bei erhöhter Wärmedämmung und Luftdichte Luftthygiene-probleme ergeben.

Im **Eigentumsbau** wird die zusätzliche Eigentumsförderung des Landes vorrangig an die Einhaltung des zu erlangenden Okobonus nach dem vom Bund vorgeschriebenen Niedrig-Energie-Haus-Standards gekoppelt. Das Verfahren ist aus verwaltungstechnischen Gründen notwendig. Der Niedrig-Energie-Haus-Standard nach dem Eigenheimzulagengesetz weicht aber nur geringfügig von dem in Schleswig-Holstein angewandten Standard ab.

Ich komme nun zur **Wärmeschutzverordnung**: In dieser Angelegenheit konnte Schleswig-Holstein 1995 initiiierend tätig werden, so daß von 1999 an der hohe Standard der schleswig-holsteinischen Niedrig-Energie-Haus-Programme als bundesweiter Standard festgesetzt werden soll. Wir müssen sicherlich noch viel dafür tun, daß wir dies auch tatsächlich erleben. Die Debatte über die neue Wärmeschutzverordnung wird voraussichtlich noch in diesem Jahr beginnen. Schleswig-Holstein hat – wie andere Bundesländer auch – ein großes Interesse daran, daß hierbei entsprechend den Intentionen und Vorgaben der Europäischen Union das sogenannte Energiekennzahlverfahren, das wir in Schleswig-Holstein ja schon einsetzen, ebenfalls angewendet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Innerhalb der Landesregierung wurde verabredet, daß im Laufe des Jahres 1997 der Entwurf einer Wärmeschutzverordnung nach dem Energiekennzahlverfahren in Abstimmung mit anderen interessierten Bundesländern erarbeitet werden soll.

Dem Ziel, Fernwärmenetze und Kraft-Wärme-Kopplungen vorrangig auszubauen, kann ich nur zustimmen. Entsprechend den getroffenen Vereinbarungen wird hier im Land der Ausbau der Blockheizkraftwerke und der Fern- und Nahwärme in einem im bundesweiten Vergleich beachtlichen Ausmaß vorangebracht.

Für die Zukunft der Kraft-Wärme-Kopplung wird es allerdings ganz wesentlich darauf ankommen, daß es gelingt, im Rahmen der geplanten Energierechtsreform die von der EU ausdrücklich eingeräumte Möglichkeit der Vorrangregelung für Kraft-Wärme-Kopplungen in der nationalen Gesetzgebung auch

tatsächlich zu nutzen. Dies ist gegenwärtig von der Bundesregierung – wie konnten wir es anders erwarten – nicht vorgesehen.

Genauso wesentlich ist es, durch eine aufkommensneutral ausgestaltete Energiebesteuerung mit Kompensation bei den Arbeitskosten die Wirtschaftlichkeit der energieeffizienten und umweltentlastenden Fernwärme zu verbessern.

Die Kommunen haben zusätzlich das Instrument des Anschluß- und Benutzungszwanges für Fernwärme, das nach meiner Auffassung leider immer noch nicht in angemessenem Umfang angewendet wird. Auch in den Raumordnungsplänen der Landesplanung sollte die Zielsetzung des sparsamen Umgangs mit Energie – und dabei insbesondere die Möglichkeit der Nutzung von Nah- und Fernwärme – weiter konkretisiert werden.

Im Bereich der nachträglichen Wärmedämmung hatte Schleswig-Holstein im Rahmen der Debatte um die Wärmeschutzverordnung mit dem Bund ebenfalls auf höhere Anforderungen, als sie da niedergelegt wurden, gedrängt. Hier sollen wir die Frage, ob die Möglichkeit besteht, wie sie im Antrag angedacht ist, durch Landesrecht höhere Anforderungen im Rahmen von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie im Neubaubereich zu stellen, gezielt prüfen und bei positivem Ausgang entsprechend handeln.

Zu den in den Koalitionsfraktionen gewünschten Landesförderungsprogrammen für energiesparende Maßnahmen im Bestand muß natürlich an dieser Stelle doch einschränkend gesagt werden, daß die bekannten erheblichen Haushaltsrestriktionen des Landes und der öffentlichen Haushalte insgesamt zu beachten sind. In diesem Zusammenhang weise ich auch nochmals auf das seit 1989 bestehende Förderprogramm „Ressourcensparendes Bauen und Wohnen“ hin.

Im Zusammenhang mit der wärmetechnischen Gebäudesanierung prüfen wir außerdem derzeit, wie wir ein Impulsprogramm starten können. Es gibt im Augenblick konkrete Vorgespräche und Verabredungen. Ein solches Programm soll vor allem darauf ausgerichtet sein, durch ein breites Spektrum an Informations-, Fort-, Weiterbildungs- und Beratungsmaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Unternehmen und das Handwerk, Ausführende und Produktlieferanten, last but not least die Banken, Energieberater und andere als Beratungsinstitutionen Tätige einen hohen und aktuellen Informationsstand, eine hohe Kompetenz und so weiter zu erreichen; denn nur so kommen wir zu einer gezielten Nachfrage.

Durch eine möglichst umgehende Realisierung könnten so konkrete Sanierungsmaßnahmen noch in Verbindung mit dem Bundesförderungsprogramm zur CO₂-Einsparung bei Wohngebäuden in den alten Bundesländern sinnvoll begleitet und optimiert werden. Als fachlich grundlegende Arbeit hierzu – darauf sind auch schon einige vor mir eingegangen – verwei-

(Ministerin Angelika Birk)

sen wir auf die Energiestiftung und die Energieagentur des Landes. Sie erarbeiten einen spezifischen Gebäudetypenkatalog, der auch die Situation der Heizungsanlagen analysiert und durchentsprechende Sanierungshinweise ein landesweit anwendbares Sanierungshandbuch konzipiert. Nur solche konkreten Maßnahmen, meine ich, werden kleine Betriebe, die ja selber nicht die Möglichkeit haben, Recherchen zu betreiben, von den Möglichkeiten und den Chancen des Energiesparens überzeugen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch zum Thema **Wärmepaß** hat Schleswig-Holstein im Bundesrat den Vorschlag der Europäischen Union unterstützt, daß bestehende Gebäude zumindest im Verkaufsfall untersucht und mit einem Wärmepaß ausgestattet werden sollen, um die Frage der energietechnischen Qualität im Marktgeschehen besser zu berücksichtigen. Leider hat die Bundesregierung auch dies nicht akzeptiert und den Wärmepaß ausschließlich für den Bereich der Neubauten eingeführt, wo das Instrument weitgehend, ich sage nicht „vollständig“, aber doch im Vergleich mit dem Bestand weitgehend wirkungslos ist. Schleswig-Holstein wird sich bemühen, die Frage der Einführung eines Wärmepasses bundesweit wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

Nun kommen wir zum **Mietrecht**. Sie gehen in Punkt 7 Ihres Antrags darauf ein, daß hier eine Lücke zu schließen ist. Ist eine Mietwohnung mit Fehlern behaftet, die ihre Tauglichkeit zu dem vertragsmäßigen Gebrauch aufheben oder einschränken, so hat die Mieterin oder der Mieter das Recht, den Mietzins zu mindern, das heißt, die Mieterin oder der Mieter kann durch einseitige Erklärung für die Zeit der Fehlerhaftigkeit der Wohnung die von ihm zu zahlende Miete reduzieren. Dieses Recht ist in der Praxis in vielen Fällen sehr wichtig, und es ist natürlich gerade im Hinblick auf die Wärmesituation zu beachten. Die Rechtsprechung hat hierzu auch Maßstäbe erarbeitet. Nun gibt es aber leider auch Wohnungen, deren Gebrauch zwar nicht eingeschränkt ist, weil insoweit keine Fehler vorhanden sind, bei denen aber erhöhte Nebenkosten vorhanden sind, weil der Vermieter oder die Vermieterin die erforderlichen Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen unterlassen hat. Hier denken wir an die Heizkosten. Es mögen auch andere energiespartetechnische Dinge noch ins Kalkül gezogen werden.

Hinzu kommt, daß die Vermieterin oder der Vermieter für die erforderlichen Baumaßnahmen eine Erhöhung der jährlichen Miete um 11 % der für die Wohnung aufgewendeten Kosten verlangen kann. Wir wollen uns natürlich dafür einsetzen, daß die Mieterinnen und Mieter in Fällen, in denen der Vermieter diese Maßnahmen unterlassen hat, künftig auch das Recht zur Minderung der Miete erhalten. Diese Änderung des Wohnungsmietrechts würde gleichzeitig die Stellung des Mieters oder der Mieterin stärken, aber eben auch zur Verbesserung des Klimaschutzes beitragen.

Nun zum letzten Punkt des Antrages! Es geht darum, in der Tarifpolitik noch einmal eine genaue Unterrichtung über die Preise zu bekommen, und auch um den Wunsch, sich beraten zu lassen. Hierbei ist auf die Möglichkeit zur Einsparung von elektrischer Arbeit und Leistung durch die Unternehmen hinzuweisen. Seit Jahren weist die Energieaufsicht im Rahmen von Tarifgenehmigungen deutlich darauf hin, und wir sollten hier nicht nachlassen, ständig den Druck zu erhöhen, damit auch auf diesem Sektor endlich nachhaltig etwas für das **Energiesparen** getan wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist zunächst Ausschußüberweisung beantragt worden, und zwar Überweisung federführend in den Sozialausschuß und mitberatend in den Umweltausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 15:

Krankenhausplanung und -finanzierung nach dem Ausführungsgesetz des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (AG – KHG)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/569

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist offenbar nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Krankenhausplanung – ein Thema, das nicht jeden berührt, aber dennoch eine wichtige Aufgabe der Landesregierung ist. Spätestens seit 1992, seit Verabschiedung des Gesundheitsstrukturgesetzes, ist die schleswig-holsteinische Landesregierung in der politischen Pflicht, neue Krankenhausversorgungsstrukturen mit den Kommunen und den Kassen sowie den Leistungserbringern zu diskutieren, zu planen und umzusetzen. Geschehen ist wenig. Die Krankenhausplanungen werden auf Basis alter Daten fortgeschrieben, obwohl dem Gesetz entsprechend bereits spätestens 1995 eine neue, aktualisierte **Krankenhausplanung** hätte vorgelegt werden müssen. Wir sehen darin keine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik für unser Land.

Die Kreise und kreisfreien Städte brauchen für ihre Investitionen zukunftsorientierte Konzepte, praktische Anweisungen und natürlich auch Strukturpla-

(Uwe Eichelberg)

nungen für eine effiziente, wirkungsvolle Gesundheitspolitik im Krankenhauswesen.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Meine Damen und Herren, immerhin fast 40 % der Ausgaben der Krankenkassen gehen in diesen Bereich, der zur Zeit so stark diskutiert wird. Statt dessen wurden die Krankenhäuser als einzelne Organisationen mit den Trägern in den Kampf mit den Kassen geschickt, die nun um das Überleben kämpfen. Auf Basis der alten Strukturdaten werden noch heute zig Millionen DM pro Jahr in Krankenhäuser investiert, die vielleicht nach neuen Konzepten schon in wenigen Jahren überflüssig sind.

Ein Kampf war und ist es zwischen den Krankenhäusern und den Kassen, weil sich durch die mehrjährige Deckelung in den Krankenhäusern Probleme aufgetan haben; denn in Übereinstimmung mit den Ländern, also auch mit Ihnen, Frau Ministerin, wurde diese Deckelung durchgeführt, und man war gezwungen, zu gesundheitsökonomischen, betriebswirtschaftlichen Strukturen zu kommen, die man ja gar nicht gewohnt war. Früher galt das Selbstkostendeckungsprinzip, und in diesem Bereich dachte und handelte man.

Sehr geehrte Damen und Herren, für **überregionale Versorgungsstrukturen** fehlen seit Jahren – das jüngste Gutachten wurde von der letzten CDU-Landesregierung in Auftrag geben, so lange ist das her – kreative Vorgaben, die der neuen Medizintechnik und dem medizinischen Fortschritt entsprechen, zur Realisierung von Zusammenarbeit, Spezialisierung oder Kooperation zwischen den Häusern, denn das ist notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Genauso gefordert sind auch Qualitätsstandards unter den Krankenhäusern; denn der Wettbewerb darf nicht zu Lasten der Patienten laufen.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist Aufgabe der Landesregierung. Sie alle wissen, daß der rasche Fortschritt in der Medizintechnik laufend neue Anforderungen an Personal, an Geräte und Raumausstattungen stellt, die in den einzelnen Regionen singuläre Investitionen hervorrufen, denen die Kreise häufig gar nicht gewachsen sind. Es fehlt eine Versorgungsharmonie.

Während die Kassen, Kreise und Krankenhäuser in Finanznot gerieten, entschied sich die Landesregierung – wider besseren Wissens –, die Mittel für den notwendigen Investitionsaufwand für Reparaturen und Ersatzleistungen zu streichen, weil sich hierfür eine entsprechende Rechtsprechung ergab.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber das war nicht genug, obendrein wurden auch noch Zuschüsse – Zuschüsse, die der Bund für **Kran-**

kenhausinvestitionen bereitstellte – von 33 Millionen DM auf 16 Millionen DM reduziert. Sie wurden reduziert, ohne überhaupt darüber nachzudenken, welche Probleme das in den Kreisen hervorrufen würde. – Die Kürzung ist nicht hinnehmbar. Man muß fast sagen, daß solch ein Verstoß im Umgang mit Treuhändergeldern im bürgerlichen Leben sicherlich bestraft worden wäre.

Wir meinen, so geht es nicht weiter. Wir möchten gerne mitmachen.

(Lachen der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sehen die Probleme, die im Land existieren. Wir wollen mit Ihnen an dem neuen Konzept arbeiten. Diese Dinge müssen wir gemeinsam voranbringen. Wir glauben, daß wir im Sozialausschuß und im Landtag alle gemeinsam an einer **Krankenhausplanung** für die Zukunft arbeiten sollten.

(Beifall bei der CDU)

Es darf nicht sein, daß wir erst 1998 das Thema hier behandeln, in einer Zeit, in der gerade Kommunalwahlkampf ist und viele von den Vertretern auf Dinge vor Ort Rücksicht nehmen müssen, die uns Probleme für eine vernünftige Weichenstellung bereiten, so daß wir wieder keine Zukunftsentscheidung treffen können. Das ist kein Verantwortungsbewußtsein.

Wir verlangen deshalb zu folgenden Punkten Auskunft: Wir möchten gern wissen, welche Vorgaben die Regierung den Beratern und Planern gegeben hat. Welche Vorgaben hat sie für die regionale Entwicklung, welche Vorgaben im Hinblick auf die politisch strategischen Gesichtspunkte in unserem Land gegeben?

Wir möchten auch wissen, wie zum Beispiel die Probleme, die sich aus dem reduzierten Reha-Bedarf im Lande ergeben, in die Krankenhausplanung unserer Region integriert werden können. Es kann durchaus passieren, daß heute moderne Krankenhäuser gebaut werden müssen, in der Nachbarschaft aber Reha-Stätten modernsten Standards stehen, die aufgeben müssen. Das muß man mit einbeziehen.

Wir möchten außerdem wissen, inwieweit sich die schleswig-holsteinische Landesregierung mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern darüber abgestimmt hat, **überregionale Versorgungsstrukturen** aufzubauen. Es muß eine Verzahnung stattfinden. Diejenigen von uns, die aus Südholstein kommen, wissen, daß sehr viele Südholsteiner Hamburger Krankenhäuser aufsuchen. Das wird aber in der Planung des Landes nicht mit berücksichtigt. Wir wollen wissen, was man in diesem Punkt ändern kann.

(Glocke des Präsidenten)

(Uwe Eichelberg)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Eichelberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Uwe Eichelberg [CDU]:

Gern!

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Eichelberg, ich hätte gern eine Antwort dazu bekommen, ob wir im Reha-Bereich zuwenig Bedarf haben oder ob wir dank der Bonner Spargesetze zuwenig Möglichkeiten haben, den Bedarf zu finanzieren?

– Ein medizinisch notwendiger Bedarf kann sicherlich abgedeckt werden. Ich glaube, daß in den vergangenen Jahren Reha-Stätten von betriebswirtschaftlichen Investorengruppen aufgebaut worden sind, die durchaus nicht immer dem Bedarf entsprachen. Das muß man genau überprüfen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich halte es für dringend notwendig, das Problem Südholsteiner und Hamburger Betten im Zusammenhang mit der Planungskoordination anzusprechen. In Hamburg werden zur Zeit Betten brutal abgebaut, und zwar so, daß nur Hamburger Bürger betroffen sind. Wir haben nachher das Nachsehen, denn von allein kam es schließlich nicht zu der Situation, daß wir in Schleswig-Holstein pro Bürger so wenig Krankenhausbetten haben. Das angesprochene Problem ist hierfür sicherlich mit verantwortlich.

Weiter möchten wir wissen, inwieweit die **Uni-Kliniken** in Kiel und Lübeck mit ihrem fast nicht mehr planbaren Kostenzuschüssen in die Planung eingebunden werden, so daß wir die Forschungsstätten halten können, aber auch alle Kooperationsmöglichkeiten ausgeschöpft werden können. Das ist dringend notwendig.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Wir hätten gern gewußt, welche Vorgaben es von der Regierung dazu gibt.

Außerdem möchten wir wissen, inwieweit die im letzten Sozialausschuß diskutierten Dezentralisierungspläne in der **Psychiatrie**, die ja auch Bettenbedarf in der Region schafft, auf der anderen Seite aber Bettenkapazitäten an den früheren Fachkrankenhäusern hat, analysiert und in die Planungsvorgaben des Beraters mit eingegangen sind.

Wir wissen auch, daß Investitionsplanungen von den Kreisen und Kommunen in Höhe von 500 Millionen DM angemeldet wurden. Das ist mittlerweile seit zweieinhalb Jahren bekannt. Es kommt kaum etwas dazu oder baut sich ab. – Das kann die Landesregierung nie bezahlen. Ich glaube auch, daß die Kreise damit ihre Probleme haben werden. Wir möchten wissen, ob man in diesem Punkt seitens der Landes-

regierung andere Finanzierungsmodelle andenkt, zum Beispiel in der Art, wie man das bei der Finanzierung von Kindergärten gemacht hat. Man könnte durchaus daran denken, über Darlehensfinanzierung und Leasing schneller Kapazitäten zu erhalten, die für die Bedarfsdeckung notwendig sind.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU])

Weiterhin möchten wir wissen, inwieweit die Landesregierung in der Lage ist und es tun wird, den Vorabzuschuß, der eigentlich Bundesgeldern entspricht, abzubauen und den Kommunen zurückzugeben.

Es gibt außerdem einen eklatanten Strukturbruch bei der Finanzierung kurzlebiger Wirtschaftsgüter und Reparaturen. Sie werden heute alle pauschal über Betten abgerechnet. Alle Krankenhäuser bemühen sich, leistungsbezogen und nicht mehr nach Betten zu rechnen. Der Maßstab für das Zuordnen von Kosten oder Zuschüssen ist deshalb falsch. Wir möchten wissen, welche alternativen Möglichkeiten sich die Landesregierung überlegt, um hier eine gerechtere Verteilung, gerade für gute Krankenhäuser, zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Mein letzter Punkt: In den Diskussionen der Gesundheitspolitik, gerade im Haushaltswesen, ist in den letzten Jahren sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, daß die duale Finanzierung auf Dauer nicht existieren kann. Es gibt verschiedene Landesregierungen – auch SPD-geführte –, die sich um die monetarische Finanzierung bemühen. Wir möchten gern wissen, welche Modelle die Schleswig-Holsteinische Landesregierung plant und welche Vorbereitungen sie trifft.

Wir sind sicher, daß Schleswig-Holstein ein Land ist, das ein modernes Krankenhauskonzept braucht, das sich an Therapiewegen und Leistungsfällen orientiert und nicht an Betten. Es geht nicht darum, daß jeder Landrat sein eigenes Krankenhaus hat, sondern es kommt auf eine vernünftige Versorgung der Bürger an, um eine medizinisch gute, ökonomisch und effiziente Versorgung gewährleisten zu können. – Das ist das Ziel. An diesem Ziel möchten wir gern mitarbeiten, und deshalb meinen wir, daß dieser Antrag mit den ganzen Fragen im Ausschuß behandelt, bearbeitet und umgesetzt werden soll, so daß wir dem Parlament später ein vernünftiges Ergebnis vorlegen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Plüschau.

Helmut Plüschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten lieben gesunden Kolleginnen und Kollegen! – Den kranken Kol-

(Helmut Plüschau)

legen wünsche ich von dieser Stelle aus gute Genesung, denn das ist heute morgen versäumt worden!

(Beifall)

Georg Christoph Lichtenberg, der große Göttinger Philosoph und einer der großen Aphorismenschreiber, hat einmal gesagt: „Gott schuf den Menschen nach seinem Bilde, sagt die Bibel, die Philosophen machen es gerade umgekehrt. Sie schaffen Gott nach dem ihrigen.“

Genauso kommt mir der Antragsteller vor, wenn er von der Regierung Antworten auf seine Fragen haben will, die der Regierung zum großen Teil noch nicht bekannt sein können, weil sie die Antworten und Weisheiten von dem Gutachter einholen will, den sie beauftragt hat, diese möglichst umgehend und bald abzuliefern.

Sie fragen die Regierung, obwohl Sie wissen, daß diese im Moment noch nichts Aktuelles berichten kann, weil sie gerade das Gutachten in Auftrag gegeben hat, das bald vorliegen soll. – Sie sprechen von 1998, wir hoffen, daß es früher sein wird.

Die Regierung vermag noch keine Antwort auf Ihre Fragen zu wissen und wartet deshalb auf das, was der Gutachter sagt. Herr Eichelberg scheint das zwar auch zu wissen, vielleicht weiß er aber sogar mehr,

(Beifall des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

vielleicht etwas, was der Regierung noch nicht bekannt ist. Das ist nur eine Hypothese und eine Spekulation. „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.“

Beim ersten Anschauen und Lesen des Antrags stellte sich mir die Frage: Was wollen Herr Eichelberg und die Fraktion?

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Das steht doch im Antrag drin!)

Will man etwas Wichtiges wissen und schlaue Fragen stellen, verpackt in halbe Antworten, von denen man selbst nicht weiß –

(Ursula Röper [CDU]: Haben Sie den Antrag nicht gelesen? – Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

– Ich habe ihn gelesen, Herr Füllner. Hören Sie mir doch zu!

Wollte man Antworten geben, von denen man selbst nicht weiß, ob sie der Realität entsprechen, oder sollte die Regierung vorgeführt werden? – Das ist natürlich erlaubt, für Sie als Opposition ist das sogar geboten.

Daß der neue Krankenhausbericht noch nicht vorliegt, wissen wir alle.

Dies wäre, zugegebenerweise, eine richtige Frage gewesen. – Herr Eichelberg spricht immer davon, daß man sich erklären möge. Es sind natürlich Fragen. Nun gut, man kann es so nennen. Man hätte aber auch eine andere Vokabel benutzen können. Es wäre bes-

ser, Herr Eichelberg, Sie hätten eine Kleine Anfrage gemacht. Denn dann hätten Sie die Antworten bekommen können, so wie es in diesem Hause üblich ist.

(Beifall bei der SPD)

Aber nein, hier sucht man schlicht nach Themen, immer nach dem Motto: Wie verlängert man eine Landtagssitzung?

Ein Gutes hat die Vorlage natürlich. Sie verhilft mir zur ersten Rede in diesem Landtag,

(Beifall im ganzen Haus)

von der man wohl sagt, es sei eine Jungferrede, obwohl ich nur im Sternzeichen der Jungfrau geboren bin.

(Angelika Volquartz [CDU]: Herzlich willkommen!)

Ich hätte mir aber für meine erste Rede etwas Konkretes gewünscht.

(Caroline Schwarz [CDU]: Wir auch! – Heiterkeit bei der CDU)

Denn das, was Sie hier vorgetragen haben, beruht auf Spekulationen.

Gespannt bin ich natürlich darauf, was das Ministerium, besser: die Frau Ministerin, auf Ihre spekulativen Fragen zu sagen hat, die ja mit einem Vorführeffekt verbunden sind. Machen wir uns doch nichts vor, Herr Eichelberg. Ich weiß ja, was Sie wollen. Ich traue der Ministerin nicht zu, daß sie die hohe Kunst der Wahrsagerei beherrscht, um dem Gutachter vorzugreifen.

Es stimmt schon, daß die **Gesundheitspolitik** in Schleswig-Holstein vor gravierenden **Umstrukturierungen** steht. – Das haben Sie so geschrieben. Ich habe das wortwörtlich übernommen. – Diese beruhen aber weniger auf technischem Fortschritt als vielmehr auf unklaren Vorgaben, die aus Bonn kommen. Jetzt kommen wir zu des Pudels Kern. Bonn gibt uns immer neue Rätsel auf. Das Gesundheitsstrukturgesetz von Herrn Seehofer, das von der Bonner Koalition verantwortet wird, zwingt die Krankenträger zwangsläufig zur Rationalisierung. Sie müssen verstärkt darüber nachdenken, wie sie zurechtkommen; denn Bonn ist die Unsicherheit hoch drei.

(Beifall bei der SPD)

Die Zeche zahlen dann die Kranken, so beispielsweise aufgrund der jüngsten Beschlüsse Herrn Seehofers zur Zuzahlung. Selbst seriöse Zeitungen in diesem Lande bezeichnen das als grobe Abzockerei. Die Grausamkeiten von Herrn Seehofer wie erhöhte Arzneimittelzuzahlungen und ständig ansteigende Versicherungsbeiträge der Krankenkassen werden immer wieder als Belastung empfunden. Das Kranksein wird

(Helmut Plüschau)

dem Normalsterblichen bald zum Luxusgut. Das ist das, was Bonn uns beschert.

Soweit mir bekannt ist – und ich befasse mich seit längerem mit der Gesundheitspolitik in Schleswig-Holstein –, wird hier ständig eine **Teilfortschreibung** geübt, auch wenn das Gutachten noch nicht vorliegt, und man orientiert sich an **Realitäten**. Die letzte Veröffentlichung stammt vom August 1996. Das hätten Sie auch wissen müssen, als Sie diesen Antrag stellten. Dieses wird ständig im Dialog mit den Krankenhausträgern vervollkommen, so daß wir hier von gesicherten Daten ausgehen können. Ohne daß wir ein Obergutachten über die Bettenkapazitäten haben, ist der Bedarf angepaßt worden. In den letzten Jahren wurden im Lande Schleswig-Holstein 700 Betten als Überkapazitäten abgebaut, ohne daß es zu Engpässen gekommen ist und auch ohne daß ich gehört habe, daß es zu Protesten von seiten der CDU gekommen ist. Sie haben das wohl mitgetragen. Sonst hätten Sie ja lautstark geschrien.

Es ist die Bundesregierung, die diesem Land mit ihren ständigen Wechselbädern eine geordnete gesundheitspolitische Infrastruktur nahezu unmöglich macht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Caroline Schwarz [CDU]: Herr Plüschau, wir sind in Schleswig-Holstein!)

Wie soll in diesem Land eine geordnete Planung gelingen, wenn es in Bonn einen Zickzackkurs von einem Tag auf den anderen gibt, der so

(Zuruf von der CDU: Versuchen Sie es doch einmal!)

gefahren wird, als hätte man von geregelter Planung noch nie etwas gehört? Da hilft es auch wenig, wenn sich jetzt Herr Möllemann in die Gesundheitspolitik begibt und diese zu seiner neuen Spielweise erklärt hat, nachdem er im wirtschaftspolitischen Bereich kläglich gescheitert ist.

Es mutet fast scheinheilig an, wenn, nachdem von der Bundesregierung das totale Chaos angerichtet worden ist, Herr Eichelberg jetzt diese noch heranzieht und ein Konzept für die Planung notwendiger Reha-bilitationskliniken erwartet.

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen sich nur die Berichte von Ende Februar anzuschauen, aus denen hervorgeht, was in Malente los ist. Herr Eichelberg, ich glaube, Sie haben überlesen, daß es dort auf der gesamten Linie zu Zusammenbrüchen gekommen ist. Tausende von **Arbeitsplätzen** gehen auch in diesem Lande verloren. Entweder sind sie schon vernichtet oder werden noch als Folge dieser chaotischen Politik in Bonn vernichtet werden. In diesem Bereich sind längst Entscheidungen gefallen, die **Bonn** zu verantworten hat. Dieser bedeutende Wirtschaftsbereich, wie Sie ihn nennen, geht der Katastrophe entgegen, wenn Bonn so weiterhandelt. Wir brauchen eine neue Bundesregierung mit

einem guten gesundheitspolitischen Konzept und nicht das, was Herr Seehofer dort verbricht!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier sollen bittere Wahrheiten, die von Bonn zu verantworten sind, auf diese Landesregierung umgemünzt werden. Wir wissen ganz genau, wo die Schuld zu suchen ist. Sie ist nicht hier in Kiel zu suchen. Sie ist in Bonn zu suchen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist unheimlich bequem!)

Jetzt zu den einzelnen Fragen!

Es ist doch ganz klar, daß man bei der **Vergabe von Gutachten** Zielvorgaben machen muß. Sie würden aufschreien, wenn es anders wäre, wenn man zwischen den Zeilen lesen könnte, daß man erwartet, wie man es gern hätte. Das würden auch Sie nicht wollen. Gutachten geben fachliche Empfehlungen, letztlich entscheiden darüber aber die politischen Gremien, und das auf der Ebene derjenigen, die das dann auch zu verantworten haben.

Obwohl es schon Nachmittag ist, kann man nur sagen: Guten Morgen, Herr Eichelberg! Sie fordern in Punkt 2 etwas, was schon längst geübte Praxis ist. Die **Landesregierung** hat mit **Hamburg Vereinbarungen** getroffen. In ständigen Gesprächen wird der Bedarf angepaßt. Landesgrenzen werden überschritten. Es gibt sie quasi nicht, weil gerade im südlichen Bereich die Städte und Kommunen darauf angewiesen sind, daß die Hamburger Fachkliniken, die ein gutes Angebot vorhalten, genutzt werden. Anders wird es überhaupt nicht funktionieren. Diese fachspezifischen Richtungen kann man in den Häusern des südlichen Bereiches nicht vorhalten. Wenn es um einzelne spezielle Disziplinen geht, sind wir auf Hamburg angewiesen. Das wissen Sie genau.

Die Kooperation wird ständig fortgesetzt, und sie wird von der Landesregierung nicht per ordre de mufti verkündet, sondern sie wird in praxi geübt. So wird zum Beispiel der Nordwesten des Kreises Pinneberg, aus dem ich komme, zu 30% landesübergreifend von Hamburg mitversorgt. Das ist auch so gewollt. Wir sind im Kreis Pinneberg überhaupt nicht in Verdrückung, weil die hervorragenden Häuser am Rande von Hamburg die Orte im Nordwesten mitversorgen. Unsere Kliniken im Kreis Pinneberg sind zu 90% ausgelastet. Wer etwas davon versteht, weiß, daß dies weit über dem Bedarf liegt. Wir haben auch kein großes Verlangen danach, weitere Häuser zu errichten und dies in dem engen Kreis selbst zu erledigen.

Auch über die Landesgrenzen nach Mecklenburg-Vorpommern werden Gespräche geführt, und der Raum Lübeck wird sicherlich aus dem Mecklenburgischen mitversorgt werden. Es bedurfte hier also nicht Ihrer Anregung, daß man zur landesübergreifen-

(Helmut Plüschau)

den Zusammenarbeit kommen solle. Das, Herr Eichelberg, ist praktisch längst geschehen.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit der **Universitätskliniken Lübeck und Kiel** finden längst Gespräche auf Expertenebene statt, weil man erkannt hat, daß bei knapper werdenden Finanzmitteln eine Zusammenarbeit dringend erforderlich ist. Soweit ich weiß, sollen erste Ergebnisse schon im Mai vorliegen. Natürlich muß Hamburg einbezogen werden; denn Landesgrenzen dürfen keine Hürde sein.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat 1996 die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich die **Verselbständigung der Fachkliniken** mit einer Finanzausstattung von 26 Millionen DM jährlich auf einer guten Grundlage befindet.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an die Redezeit! Sie haben ungefähr zwei Minuten überzogen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Und das bei der Jungfernrede! – Zuruf von der SPD: Jungfern dürfen das!)

Helmut Plüschau [SPD]:

Ich sitze selbst manchmal dort oben und wache darüber. Also habe ich Verständnis dafür und werde meine Rede jetzt beenden.

(Beifall)

Ich hätte Ihnen noch vieles zu sagen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will Ihnen zu 8. folgendes sagen. Herr Eichelberg, es wäre besser gewesen, Sie hätten vorher die Bundesregierung gefragt, wie sie nach dem Gesundheitsstrukturgesetz von 1992 Ihre Forderungen umsetzen will. Die Landesregierung hat mit dem SPD-Gesetzesentwurf des Gesundheitsstrukturgesetzes Nr. 2 Vorschläge unterbreitet.

Im Rahmen der **dritten Stufe des Gesundheitsstrukturgesetzes** ist die Bonner Koalition gefordert, die angestrebte Monistik umzusetzen. Herr Eichelberg, mit Ihrer Frage produzieren Sie ein klassisches Eigentor, das Sie geschossen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich beantrage Überweisung in den Sozialausschuß zur abschließenden Beratung.

(Anhaltender Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Plüschau, wir demonstrieren so etwas wie rot-grüne Eintracht; denn auch ich wollte Herrn Eichelberg bitten, in Zukunft ähnliche Fragen in Form einer Kleinen Anfrage zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube nämlich, daß das dort besser aufgehoben wäre.

Es ist schon mehr als heuchlerisch, wenn gerade die Partei, die auf Bundesebene maßgeblich am absoluten Kahlschlag im Gesundheitswesen beteiligt ist, auf Landesebene versucht, mit derartigen Fragen den Anschein zu erwecken, ernsthaft etwas zur **Verbesserung der Gesundheitsversorgung** in diesem Lande beitragen zu wollen.

Stichwort: **Entsolidarisierung!** Durch das Einführen von Elementen der privaten Krankenversicherung wie Wahl zwischen Satzungsleistung und Rückerstattung, Selbstbehalt und Zuzahlung wird der solidarische Zusammenhalt der Versicherten ausgehöhlt. Durch Bonussystem und Kostenrückerstattung müssen die Kranken sogar noch Einnahmen der Gesunden finanzieren. Durch unvermeidbare Zuzahlungen für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalt, Fahrtkosten und so weiter werden zudem alte, kranke und behinderte Menschen überproportional belastet.

Damit komme ich zum zweiten wichtigen Stichwort, nämlich dem Ausstieg aus der **beitragshältigen Finanzierung** durch die Zuzahlung und das Notopfer, um nur zwei Punkte zu nennen. Von den Einnahmen der Krankenkassen kommen so nur noch 31 % von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, der Rest, nämlich 69 %, von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, 31 % von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern direkt, 38 % über die erwähnten Zuzahlungen durch die Patientinnen und Patienten.

Ganz unmittelbar wirken sich die fatalen Weichenstellungen aus Bonn auf die **Krankenhausversorgung** dadurch aus, daß eine weitere Verschlechterung der Personalsituation durch die Aufhebung der Pflegepersonalverordnung sowie die Aufhebung der Großgeräteplanung eintreten wird. Ebenfalls kontraproduktiv wird sich das bereits erwähnt sogenannte Notopfer für Krankenhausinstandhaltungskosten auswirken, weil die Verwaltungskosten die Einnahmen deutlich übersteigen werden. Das heißt: keine müde Mark unter dem Strich mehr für die Krankenhäuser, dafür aber völlig sinnlose Mehrbelastungen für Kassenpatienten!

Auch die **Umwandlung** von bisherigen **Pflichtleistungen** der Krankenkassen in **Satzungsleistungen** wie die meisten Kuren, Reha-Maßnahmen, Heilmittel wie zum Beispiel Massagen und vieles mehr werden zwangsläufig zu einer verstärkten Inanspruchnahme der Krankenhäuser führen – benso wie das Streichen der sogenannten ausgelagerten häuslichen Pflege als

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

Kassenleistung. Ich verweise auf das neueste Heft „Der Landtag“, Seite 2. Sie können dort nachlesen, daß auch unsere Bürgerbeauftragte in diesem Punkt aktiv wird. Noch fataler als das Streichen der Auslagerung der häuslichen Pflege als Kassenleistung wäre in diesem Zusammenhang das Streichen der häuslichen Krankenpflege insgesamt gewesen. Man kann nur hoffen, daß wenigstens das insgesamt vom Tisch ist.

Ist Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, eigentlich bewußt, was das für die **Arbeitsplatzsituation** in Schleswig-Holstein bedeutet? – Sie stellen in Ihrem Antrag zwar richtig fest, daß das **Gesundheitswesen** einer der bedeutendsten Wirtschaftsbereiche mit einer großen Zahl von Arbeitsplätzen ist, lassen aber zu, daß die von Ihnen getragene Bundesregierung über das GSG Tausende von Arbeitsplätzen auch in diesem Land vernichten wird, angefangen von Kurkliniken über Massagepraxen bis hin zu Kurzzeitpflegeeinrichtungen. Mindestens 40 von 60 im Lande müssen schließen, wenn ausgelagerte häusliche Pflege nicht mehr von den Kassen finanziert werden darf – dank der Bestimmung aus Bonn.

Ich hoffe, mit diesen kurzen Ausführungen verdeutlicht zu haben, daß die Schuldigen für die schleswig-holsteinische Misere in der Krankenhaushausplanung und -finanzierung in Bonn sitzen. Viele der hier angeführten Bonner Ungeheuerlichkeiten wirken sich direkt oder indirekt in fataler Weise auf die Krankenhausversorgung im Lande aus. Aber ich habe keinen und keine von Ihnen bisher in Richtung Bonn aufschreiben hören. Nein, man stellt hier so einen Antrag. Es sei dahingestellt, was der wirklich bewirken soll. Ein Einsetzen in Bonn wäre sicherlich effektiver für eine bessere Krankenhausversorgung in Schleswig-Holstein als ein solcher Antrag.

Hinzukommt, daß, obwohl sich das in einem so heiklen Bereich wie der Versorgung von kranken Menschen eigentlich verbieten sollte, in Bonn gemäß try and error alle paar Monate weiterer Quatsch für weitere Verwirrung sorgt. Wenn Sie erreichten, daß das endlich aufhörte, könnten Sie einen wesentlich effektiveren Beitrag zur Planungssicherheit für Krankenhausträger und Geldgeber leisten als mit diesem Papier.

Zum Schluß noch einige Anmerkungen zu den Einzelpunkten aus Ihrem Antrag!

Zu 1: Ich denke, Sie sollten einmal versuchen, das mit einer **Kleinen Anfrage** zu klären.

Zu 2: Hier hat Kollege Matthias Böttcher bereits vorgemacht, wie das mit einer Kleinen Anfrage geht, nämlich mit der Drucksache 14/502.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu 3: Ob und inwieweit eine **Kooperation** der **Unikliniken Lübeck und Kiel** über das heutige Maß hinaus sinnvoll wäre, kann wohl kaum in einer Plenardebatte geklärt werden. Das wäre im Rahmen einer Verwaltungsreform zu behandeln.

Wenn ich dann höre – sofern ich das richtig verstanden habe –, Forschung ja, aber Betten abbauen, frage ich: Ist Ihnen bekannt, daß ein Großteil der Forschung gerade mit dem Klinikbetrieb gekoppelt ist?

Zu 4: Die **Aufgaben der Fachkliniken** im Rahmen der Dezentralisierung sind hinreichend bekannt und im Psychiatrieplan des Landes bereits beschrieben. Die Fachkliniken selbst sind jetzt aufgerufen, eigene ökonomische Ideen zu entwickeln. Hierzu bedarf es allerdings noch eines Wandels vor Ort. Es bleibt zu hoffen, daß die neu eingestellten Geschäftsführer einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Ob Privatisierung ein Königsweg wäre, wird in einer Plenardebatte wohl kaum zu klären sein und dürfte generell zur Zeit nicht absehbar sein.

Zu 5: Woher nehmen und nicht stehlen? Wenn Sie, meine Damen und Herren, einen ehrbaren Weg wissen, wie ein **Investitionsstau** von 500 Millionen DM angesichts leerer Kassen abgebaut werden kann, sagen Sie es hier bitte laut und deutlich. Dann wäre diese Plenardebatte doch nicht ganz umsonst gewesen.

Die von Ihnen erwähnten Leasingmodelle der I-Bank haben sich zur Kindergartenfinanzierung gerade nicht durchgesetzt. Es wäre zu prüfen, ob sie für den Krankenhausbereich tauglicher sind.

Der Rest der Frage wäre wieder einmal besser in einer Kleinen Anfrage aufgehoben.

Das gleiche gilt für Punkt 6.

Zu 7: Abgesehen davon, daß die Bezeichnung „leistungsorientiert“ im Zusammenhang mit **Förderkriterien** reichlich schwammig ist, könnte ich mir diesen Teil auch ganz gut in einer Kleinen Anfrage vorstellen.

Last but not least der letzte Punkt: Er hat mir ziemlich Kopfzerbrechen bereitet. Klar war, daß die Fremdwörterkultur hier eigentlich etwas mit Geld zu tun haben müßte, zumal sie von der CDU vorgetragen wird. Sollten sich hier ein Verschreiber eingeschlichen haben? „Monistisch“ bezieht sich laut Duden auf die philosophische Lehre, wonach alles aus einem Prinzip, zum Beispiel der Vernunft heraus, erklärt werden kann. Sollten Sie jedoch „monetaristisch“ gemeint haben – laut Duden die überragende Bedeutung der Geldmenge und deren Steuerfunktion in der Wirtschaft –, paßt das schon besser. Denn daß für Sie von der CDU der Satz „Geld regiert die Welt“ Lebensphilosophie ist, überrascht wohl niemanden. Ob das allerdings vernünftig ist, sei dahingestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden dem Antrag in der vorliegenden Form also nicht zustimmen. Eine Überweisung in den Ausschuß werden wir mittragen, obwohl wir das für das zweitvernünftigste halten.

Hier nochmals mein gutgemeinter Rat: Eine Kleine Anfrage wäre vernünftig. Noch vernünftiger wäre es allerdings, wenn Sie bei Ihren Parteifreunden in Bonn

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

für mehr Vernunft sorgen, und das bitte nicht nur im Gesundheitswesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich den Seniorenbeirat Henstedt-Ulzburg und die Frauenunion Neustadt. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu dem Herrn Kollegen Plüschau habe ich, glaube ich, verstanden, was der Kollege Eichelberg und seine Fraktion möchten.

Die Fragen, Herr Kollege Eichelberg, die Sie gestellt haben, sind in der Tat wichtig und richtig. Allerdings muß ich auch sagen – da ist in diesem Fall offensichtlich fast fraktionsübergreifend eine Meinung –, daß ich doch etwas überrascht bin, daß wir in diesem Hohen Haus dazu übergehen sollen, auch noch Fragen zu beschließen. Ich meine, das wäre nicht der richtige Weg. Ich verweise insofern, Herr Eichelberg, damit Sie es auch gleich finden, auf Nummer 5 Ihres Antrages, wo – ich kann es nicht anders sehen – mit einem Fragezeichen dahinter eine Frage steht. Wie gesagt, daß wir Fragen beschließen, wäre eigentlich neu.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein Novum!)

Auch ich wollte, obwohl es inzwischen fast schon langweilig ist, eigentlich auf die **Möglichkeit von Kleinen Anfragen** verweisen, aber das haben Sie inzwischen so häufig gehört, daß ich dazu nicht weiter ausführen möchte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist in der Tat so, ich will das überhaupt nicht bestreiten, daß die **Planung im Gesundheitswesen**, insbesondere im **Krankenhauswesen**, außerordentlich schwierig geworden ist. Man mag zu den Bonner Vorgaben stehen, wie man will, auch zu Herrn Möllemann, Herr Kollege Plüschau, da Sie ihn ausdrücklich genannt haben, aber eines kann man sicherlich feststellen, und das will ich dann auch tun:

Was in den letzten Jahren an Gesundheitsstrukturreform oder -nichtreform oder nicht Strukturreform – wie immer man es nennen will – aus Bonn in wechselnden Wellen und immer schneller werdend gekommen ist, hat die Planung hier im Land nicht gerade erleichtert. Deshalb halte ich persönlich es auch für außerordentlich wichtig, daß wir hier auf das **Gutachten** warten, was ja vorgesehen ist.

Im übrigen, Herr Eichelberg – das können Sie nicht wissen, weil Sie in der letzten Wahlperiode nicht dabei waren – lassen Sie mich auch darauf verweisen, daß wir uns, und zwar fraktionsübergreifend, im Sozialausschuß darauf geeinigt hatten, daß dieser Zeitplan genauso, wie es jetzt vorgesehen ist, eingehalten wird; daß also zunächst einmal die **Fortschreibung** aufgrund der **vorhandenen Daten** gemacht wird, wie es ja auch das Sozialministerium tut, und daß wir das Gutachten, das längst in Auftrag gegeben ist, abwarten, um auf dieser Grundlage dann eine tatsächliche Krankenhausplanung, so wie sie nach dem Gesetz vorgesehen ist, durchführen können. Ich bin bei der Qualität des Gutachters, der beauftragt worden ist, der Auffassung, daß wir die entsprechenden Antworten auf die Fragen, die Sie heute berechtigter Weise stellen – die Fragen sind richtig, das will ich überhaupt nicht bezweifeln – aus berufenem Munde bekommen.

Was dann, wenn dieses Gutachten vorliegt, im einzelnen zu geschehen hat, was in der Krankenhausplanung zu berücksichtigen ist – Dinge, die Sie auch ansprechen, Herr Eichelberg –, das ergibt sich eigentlich von selbst, nämlich aus dem Gesetz zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

§ 3, in dem die Vorgaben für die Krankenhausplanung beschrieben sind. Sie sind gesetzlich festgelegt, und daran – da habe ich keinen Zweifel – wird sich die Sozialministerin auch halten.

In § 3 Abs. 2 steht ausdrücklich:

„In den Krankenhausplan sind die Universitätskliniken einzubeziehen. Dabei sind die Aufgaben aus Forschung und Lehre zu berücksichtigen.“

Insoweit ist auch Ihrem, wie ich auch finde, richtigen Anliegen, daß die **Universitätskliniken Lübeck und Kiel** einbezogen werden, gesetzlich Rechnung getragen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Da gibt es für mich keine Frage.

Lassen Sie mich einen Punkt aus Ihrem Antrag aufgreifen, Herr Eichelberg. Das ist die Nummer 8 mit der monistischen Finanzierung. Frau Kollegin Winking-Nikolay, Sie haben das nicht ganz richtig verstanden. Es heißt tatsächlich „monistische Finanzierung“.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war eine frauenfeindliche Äußerung!)

– Das war eine frauenfeindliche Äußerung; dann nehme ich das zurück. Aber sie war trotzdem richtig. Also, es ist eine monistische Finanzierung. Das hat nichts mit monetaristisch oder ähnlichem zu tun. Monistische Finanzierung bedeutet schlicht und einfach, daß im Gegensatz zu dem, was wir vorher hatten, jetzt

(Christel Aschmoneit-Lücke)

die Krankenhausfinanzierung in einer Hand liegen soll.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Daß sich dabei Probleme ergeben, das ist uns allen spätestens dann klar geworden, als die Idee aus Bonn wieder kam, die berühmte Zuzahlung von 20 DM für die Krankenhausfinanzierung durch die Versicherten vorzusehen. Ich möchte die Sozialministerin bitten, die sicherlich gleich dazu Stellung nehmen wird, ein Wort dazu zu sagen, wie sich das Land eigentlich die Planung bei der monistischen Finanzierung, die ja vorgegeben ist, vorstellt.

(Zuruf von Ministerin Heide Moser)

– Ich bin gespannt, was Sie dazu sagen werden, Frau Ministerin Moser. Aber das Land muß trotzdem weiterhin an der Planung beteiligt sein. Jedenfalls ist das meine Auffassung dazu.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus meiner Sicht kann dieser Antrag nicht viel zu einer zukunftsgerichteten Entwicklung der stationären Krankenversorgung in Schleswig-Holstein beitragen. Ich muß ehrlich gestehen, daß mir noch nicht klar ist, was die CDU eigentlich mit diesem Antrag in der Sache erreichen will.

(Zuruf von der SPD: Uns auch nicht!)

Das meiste ist dazu auch schon gesagt worden. Daher will ich mich auf einige Punkte beschränken, auf die ich etwas stichwortartig eingehen werde.

Ich denke auch – ich habe nicht bei den anderen Fraktionen abgesehen –, daß die Vorgaben für den externen Berater durch eine **Kleine Anfrage** oder einfach durch einen Anruf bei einem der Mitglieder der Beteiligungsrunde hätten erledigt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Die Kooperation und die Zukunft der **Universitätskliniken** im Lande können wir gern besprechen. Es ist aber unsinnig, jetzt irgendwelche Feststellungen zu treffen, da diese Punkte eben zu den Bereichen des Gutachten gehören. Entscheidungen sollten sinnvoller Weise erst fallen, wenn das Gutachten vorliegt.

Nächster Punkt! Die Frage zu den **Fachkliniken** ist der Ministerin bereits im Sozialausschuß gestellt und von ihr auch mündlich beantwortet worden. Was die Aufgaben der Fachkliniken in der dezentralen Psychiatrie betrifft, so ist die Psychiatrieplanung des Landes ganz aufschlußreich. Details hätten sich wieder-

um schneller und effektiver durch eine direkte Anfrage beschaffen lassen können.

Als letzter Punkt zur Monistik! Ich fand die Bemerkung von Frau Winking-Nikolay eigentlich ganz witzig. Diesen Punkt kann bestenfalls der liebe Gott beantworten. Der Bund ist in dieser Frage selbst nämlich noch nicht weitergekommen und arbeitet meines Wissens im Moment auch nicht besonders intensiv an der Sache.

(Beifall bei der SPD)

Es bleiben also noch die Punkte 5, Leasing, 6, Vorabzuschuß an die Kommunen, 7, Pauschalförderung, und eventuell die Frage zu Punkt 4, die mir zwar auch etwas unausgegoren erscheint, aber immerhin noch diskussionsfähig sind.

Letzten Endes kann ich auch nur dafür plädieren, diesen Antrag in den Sozialausschuß zu überweisen. Da ließe sich vielleicht noch über die eine und andere Frage sprechen. Generell wird dieser Antrag aber weder zum Nutzen noch zum Schaden der Krankenhausplanung sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile das Wort Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Eichelberg, gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Erstens: Wenn Sie sagen, es habe seit 1992 an **Krankenhausplanung** nicht viel stattgefunden, dann mag das an Ihrer Wahrnehmung liegen, wenn Sie das nicht bemerkt haben. Das spricht in gewisser Weise für uns, das heißt nämlich, daß wir es in Ruhe und mit allen Beteiligten sehr professionell gemacht haben, wenn wir über 700 Betten abgebaut haben. Das macht an anderen Orten mehr Spektakel, hier hat es keinen gemacht. Ich denke, das spricht eigentlich eher für unsere Arbeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweite Vorbemerkung: Herr Eichelberg, wann immer das **Krankenhausgutachten** zur Diskussion und zur Umsetzung ansteht, werden Sie in mir jemanden finden, der sich nicht nur nach Wählerstimmen richtet, sondern nach sachlichen Geboten.

Ich bin wohl nicht als die Ängstlichste im Land bekannt; insofern habe ich keine Sorge, daß, wenn wir gemeinsam dazu stehen, hier die gebotenen Sachentscheidungen auch vor Wahlen zu treffen sind.

Herr Eichelberg, die Fragen, die Sie an uns gerichtet haben, könnten das Mißverständnis auslösen, der

(Ministerin Heide Moser)

Bund bemühe sich seriös um die Krankenhausplanung, während man die Landesregierung auffordern müsse, das zu tun. Richtig ist zweifellos, daß sich das Gesundheitswesen auf Planungen verlassen können muß. Die **Kommunen**, die Kassen und die Einrichtungsträger im **Land** wissen, daß sie in der Landesregierung einen verlässlichen Partner haben.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Mein Haus ist ständig im Gespräch mit den Trägern der Krankenhaus- und Rehabilitationseinrichtungen und mit den Kassen über die möglichst effektive Nutzung der vorhandenen Kapazitäten. Wir haben in den vergangenen Jahren nicht immer nur populäre Schritte zur Ausgestaltung der Krankenhausversorgung getan – nach vorheriger Verständigung –, ich habe eben auf den Abbau von über 700 Betten hingewiesen.

Dagegen – auch das wurde schon gesagt – macht es der Bundesgesundheitsminister mit seinen unkoordinierten und überzogenen Sparneuordnungs- und Strukturgesetzüberlegungen nahezu unmöglich, für die gesundheitspolitische **Infrastruktur** in den Ländern klare Planungsvorgaben aufrechtzuerhalten. – Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und F.D.P., ich finde, das ist eine sehr zurückhaltende Ausdrucksweise, die ich hier gewählt habe.

Die Ära Seehofer zwingt zur ständigen Folgenabschätzung und vor allen Dingen zur ständigen Schadensbegrenzung. Sie stellt die Krankenhausplanung und damit die Krankenhäuser selbst vor extreme Herausforderungen.

Zu den einzelnen Fragen! Frage 1, Vorgaben zum Gutachten! Ich hoffe, daß wir uns darauf verständigen können, daß niemand dem Gutachter, den er beauftragt, vorher vorgibt, was er nachher im Gutachten schreiben soll, damit es paßt.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Der **Gutachterauftrag** wurde auf der Grundlage einer vorgelegten Forschungskonzeption verabredet. Wir erwarten vom Gutachter zunächst Angaben zur regionalen Verteilung der stationären Bedürfnisse, zu fachbezogenen Leistungsprofilen, wir erwarten Aufschlüsse über Anzahl und Struktur der Krankheitsarten, und zwar unter Berücksichtigung der Bevölkerungs- und Altersstruktur und der medizinisch-technischen Entwicklung, wir erwarten schließlich Aussagen zu Versorgungskonzepten, etwa in der Geriatrie, der Frührehabilitation und der Palliativmedizin. Wir erwarten eine Verweildaueranalyse, die die Auswirkungen der jüngsten Krankenhausgesetzgebung mit erfassen soll und die die jeweilige Verteilung der vollstationären, kurzzeitstationären, tagesklinischen oder ambulanten Versorgung sowie die Nutzung vor- und nachstationärer Behandlungsmöglichkeiten berücksichtigt. Das umfaßt auch die Analyse von Fehlbelegungen, von Vorhaltefaktoren und

zeitlichen Schwankungen der Inanspruchnahme von Leistungen. Auf der Basis der ermittelten Daten erwartet der Gutachter dann von uns politische **Rahmenvorgaben**, die im Gespräch zum Beispiel mit der dafür vorgesehenen Beteiligtenrunde erarbeitet werden. – Das halte ich für ein sauberes, solides Verfahren, an dem alle Betroffenen rechtzeitig beteiligt werden.

Frage 2, **landesübergreifende Zusammenarbeit!** Wir können Sie hier auf den geltenden Krankenhausplan hinweisen. Dort ist die Vereinbarung mit Hamburg dargestellt. Sie funktioniert. Die Schwerpunktversorgung im Hamburger Rand des Landes wird durch Hamburg mitgetragen. Wir haben Vereinbarungen über Bettenkontingente in einzelnen Hamburger Krankenhäusern. Mit Mecklenburg-Vorpommern finden, nachdem die Regelungen des Einigungsvertrages einer gewissen Normalisierung gewichen sind, fortlaufende Gespräche auf Arbeitsebene statt.

Frage 3, **Kooperation der Universitätskliniken!** Wie meine Kollegin Frau Böhrk bereits im November vergangenen Jahres in der Kommission Hochschule und Forschung dargelegt hat, wird der Landeshochschulplan eine Fortschreibung erfahren, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die knapper werdenden Finanzmittel, und sich demgemäß um eine weitere Optimierung der Aufgabenerfüllung bemühen. In der Arbeitsgruppe Hochschulmedizin werden Schwerpunkte, Arbeitsteilung und Kooperation der bestehenden Strukturen kritisch durchleuchtet und Zielprojektionen beziehungsweise schon Umsetzungsstrategien erarbeitet. Wir erwarten im Mai Zwischenergebnisse, die noch keine Detaillösungen bieten werden, die aber Rahmenvorgaben sein sollen. Unabhängig von diesem Prozeß werden selbstverständlich die Gespräche über mögliche Kooperationen der Universitätskliniken mit Hamburg auch im Rahmen der Konferenz Norddeutschland fortgeführt.

Frage 4, **Fachkliniken!** Mit dem Beschluß des Landtages zur rechtlichen Vonselbständigung der Fachkliniken wurde im Haushalt 1996 und für die mittelfristige Finanzplanung die Entscheidung getroffen, den Fachkliniken jährlich 10 Millionen DM an Investitionskostenzuschüssen zur Verfügung zu stellen. Aus diesen Mitteln werden in Schleswig, Neustadt und Heiligenhafen zur Zeit Umbau- und Ausbaumaßnahmen finanziert.

Im Rahmen der Krankenhaus-, Pflegeheim- und Psychiatrieplanung des Landes erfüllen die Fachkliniken Aufgaben zur Versorgung der Bevölkerung mit psychiatrischen, psychotherapeutischen, psychosozialen und neurologischen sowie auch kinder- und jugendpsychiatrischen Leistungen. Sie sind voll einbezogen in die Vernetzung und Kooperation der regionalen ambulanten bis stationären Versorgungsangebote. Über die fortzuführenden überregionalen Angebote in der stationären Psychotherapie hinaus haben einige Fachkliniken ganz besondere Angebote entwickelt. Ich nenne wenige Beispiele: Sucht und

(Ministerin Heide Moser)

Psychose, qualifizierter Entzug und besondere Wohngruppenkonzepte.

Wir gehen davon aus, daß die Fachkliniken auch weiterhin verstärkt klinische und nichtklinische Angebote zur Hilfe für psychisch Kranke und Behinderte entwickeln werden. Für die gegenwärtigen und kommenden Herausforderungen sind die Fachkliniken gut gerüstet, denn wir trauen ihnen die Eigeninitiative zu, die dazu nötig ist.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Im übrigen verweise ich auf unsere ausführliche Berichterstattung in der letzten Sitzung des Sozialausschusses und die sich daran anschließende Diskussion.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Zu den Fragen 5, 6 und 7, **Krankenhausfinanzierung!** Den von Ihnen angesprochene „Bundeszuschuß“ – so nennen sie ihn, Herr Kollege Eichelberg – zahlt der Bund seit dem 1. Januar 1985 nicht mehr. Es handelte sich dabei übrigens nicht um Zuschüsse an die Kommunen, sondern um Finanzhilfen des Bundes an die Länder in Höhe von einem Drittel der Investitionskosten. Das Land ist seinerzeit für die wegfallenden KHG-Mittel des Bundes eingetreten und dafür im Gegenzug bei anderen Aufgaben entlastet worden. Insofern ist Ihre Treuhänderphilosophie nicht ganz passend.

Das Land hat zwar den Vorwegbetrag gemäß § 21 Abs. 1 Ausführungsgesetz Krankenhausfinanzierungsgesetz auf jetzt 15,75 Millionen DM reduziert – das ist die Hälfte, wie wir alle wissen –, aber – auch das habe ich hier im Hause und in der Öffentlichkeit schon oft gesagt – die verfügbaren Mittel für Krankenhausbaumaßnahmen sind dadurch nicht vermindert worden. Irgend jemand von den Kollegen fragte nach einem ehrbaren Weg, um die Investitionen in Höhe von vielen 100 Millionen DM tätigen zu können. Nach dem im Herbst angepaßten Finanzplan werden jedenfalls die bewilligten Baumaßnahmen uneingeschränkt fortgeführt und die noch nicht bewilligten Maßnahmen planmäßig weiterentwickelt. Wir haben uns – das ist jetzt der ehrbare Weg – entschlossen, den Kapitalmarkt verstärkt in Anspruch zu nehmen – auch danach haben Sie gefragt –, um eine möglichst zügige Ausführung der Planungen weiterhin sicherzustellen.

Im Mai 1996 ist bereits ein Grundsatzvertrag mit der Investitionsbank abgeschlossen worden, auf dessen Grundlage die Krankenhäuser mit verringertem Verwaltungsaufwand und zu günstigen Finanzierungsbedingungen ergänzende Finanzmittel für Bauvorhaben zur Verfügung gestellt bekommen können. Lassen Sie mich im übrigen darauf hinweisen, daß den Trägern die Finanzierungskosten vom Land in vollem Umfang erstattet werden.

Die Inanspruchnahme von Leasing-Verfahren für die Krankenhausfinanzierung soll möglich sein. Ich wäre

nur froh, wenn es einem Träger einmal gelänge, ein entsprechendes Modell auch bis zu Ende zu denken und uns dies vorzulegen. Bis jetzt – das muß ich leider sagen – sind alle Anläufe kläglich gescheitert, und zwar nicht an uns, sondern an den Möglichkeiten der Kreise und der Investoren.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Ministerin, ich möchte Sie auf die fortgeschrittene Redezeit hinweisen.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident, vielen Dank für den Hinweis. – Eine Änderung des § 24 wird dementsprechend nicht erwogen. Wir gehen davon aus, daß der Darlehensrahmen, den wir haben, ausreicht.

Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas zu Nummer 8 Ihres Antrages – **Monistik** – sagen. Leider wird die Monistik nicht mehr umgesetzt. Das Stückchen Monistik, das im GSG II vorhanden war, sollte wieder gekappt werden. Wir als Länder sollten wieder für den gesamten Erhaltungsaufwand der Krankenhäuser zahlen, obwohl es im Gesetz anders drinstand. Herr Seehofer hat nachträglich offenbar einen Schreck bekommen. Er wollte dann eine Gesetzesänderung, damit auch noch dieses Zipfelchen Monistik weggenommen würde. Dies ist ihm nicht gelungen, weil der Bundesrat davor war. Daher ist diese Frage jetzt leider ungeklärt.

Was die Monistik betrifft, so bin ich unter den Länderministerinnen und -ministern eigentlich als Vorkämpferin bekannt. Ich kann Ihnen nur sagen: Dies ist ein schwerer Weg. Wenn Sie uns dabei unterstützen, dann ist das gut. Krankenhausplanung ist schon ein Stück Herzblut für Landespolitikerinnen und Landespolitiker. Das, Frau Aschmoneit-Lücke, was Sie gefragt haben, ist die Gretchenfrage: Wo liegt das Letztentscheidungsrecht – bei den Krankenkassen oder bei den Ländern? Es ist ein schwieriger Weg zur Monistik. Aber aus meiner Sicht gibt es dazu keine Alternative.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, zunächst einmal möchte ich Ihnen für Ihren Beitrag herzlich danken. Er hat in vielen Punkten einen Weg gezeigt, wenngleich es natürlich noch keine vollständige Beantwortung war; das konnte es wahrscheinlich auch noch nicht sein.

(Uwe Eichelberg)

Zu der Frage, die angesprochen worden ist, nämlich warum wir keine Kleine Anfrage gemacht haben, muß ich sagen: Die Beantwortung der Kleinen Anfrage des Kollegen Böttcher hat mir eigentlich gezeigt, daß wir in dem Bereich mit einer Kleine Anfrage überhaupt nicht weiterkommen. Aus der Antwort auf die Kleine Anfrage war deutlich zu erkennen, daß die Regierung anscheinend nicht weiß, wie viele Landes-kinder in Hamburg behandelt werden. Wie aber will man eine Planung machen, wenn man noch nicht einmal weiß, wie viele Landeskinder dort behandelt werden? Es kann auch sein, daß die Frage nicht richtig beantwortet worden ist; das ist eine andere Geschichte.

Ich meine auch, daß das Parlament beziehungsweise die Ausschüsse in einer so wichtigen Frage – es geht um über 100 Millionen DM, die in dem Bereich vom Land zugeschossen werden – stärker eingebunden werden müssen. Es kann nicht sein, daß die wichtigen Gespräche, die Sie führen, völlig an uns vorbeigehen und wir das gar nicht mitbekommen. Wir reden über viele kleine Geschichten; da werden wir mit eingebunden. Ich meine – das war die Zielsetzung dieser Fragestellung –, daß wir in diesem wichtigen Bereich stärker mit eingebunden werden müssen. Auch für uns als Opposition ist das durchaus eine legitime Forderung.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine auch, daß **Bettenabbau** allein kein **Leistungsnachweis** ist; denn Leistung heißt: Wie kann ich unseren Patienten am besten die richtige Versorgung zukommen lassen? Betten spielen dabei überhaupt keine Rolle. Ich habe ja auch den Vorwurf erhoben, daß die Pauschalen heute auf der Grundlage von Betten berechnet werden. Das ist etwas, was früher gut war, aber heute nicht mehr gut ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn ich – Herr Plüschau, Sie als Unternehmer müßten das wissen – einen Berater oder einen Gutachter beauftragen, dann muß ich eine **Zielsetzung** und die **Rahmendaten** vorgeben; dann kann er auf dieser Grundlage etwas erarbeiten. Ich kann nicht sagen: Hier hast du Geld; mach etwas daraus. Es muß da etwas herauskommen.

Ich meine, daß die Regierung viel bessere Daten als Grunddaten hat und daß sie politische Zielvorgaben machen muß. Aus diesem Datenkreis heraus kann man dann beim Abklopfen all der Daten sagen, daß das Gutachten die und die Informationen liefert. Dann können wir als Politiker die letzten Entscheidungen treffen. Es klang hier so, als könnte man mit Kleinen Anfragen alles hinkriegen, und das stimmt nicht.

Spätestens seit 1992 weiß jede Landesregierung in Deutschland, was das GSG verlangt und wie die **Krankenhausplanung** zu erfolgen hat. Diese ist allein Sache der **Länder**. Das hat mit Bonn nichts zu tun; da können Sie über Seehofer schimpfen, soviel Sie wollen. Die Finanzierung einer ausreichenden

Kapazität an Krankeneinrichtungen ist allein Aufgabe des Landes. Die Finanzierung der Betriebskosten ist Sache der Kassen. Aber die Finanzierung der Investitionen ist allein unser Bier. Diesbezüglich hätten wir eine entsprechende Planung machen können. Da können wir uns nicht damit herausreden, daß wir erst einmal abwarten sollten, was Seehofer macht. Da können wir noch fünf Jahre warten. Das kann es nicht sein.

Liebe Frau Kollegin Winking-Nikolay, die Problematik mit den 20 DM haben wir uns doch selber eingehandelt. Hätten wir es doch nur so wie in Bayern gemacht, die notwendigen Reparaturen weiterhin zu übernehmen – in Bayern haben sie 100 Million DM pro Jahr hineingesteckt, damit die Krankenhäuser wettbewerbsfähige Kapazitäten haben; wir haben es kurzfristig aus rein egoistischen und nicht verständlichen Gründen eingespart –, dann hätten wir – wie in Bayern – unseren Bürgern die Zahlung dieser 20 DM ersparen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verstehe nichts von Krankenhäusern; das gebe ich gern zu. Bei dem, was Sie eben gesagt haben, ist mir aber der Investitionsbegriff aufgefallen, und da habe ich ein Problem. Bei allen möglichen Dingen haben wir die Situation, daß der Staat die **Investitionen** bezahlt, der **Betrieb** aber gesondert geregelt ist. Dieses Prinzip haben wir beispielsweise beim ÖPNV, was die Busse betrifft. Ich finde das absolut sinnwidrig, weil das nicht dazu führt, daß Investitionen betriebswirtschaftlich sinnvoll kalkuliert werden.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielmehr müssen wir dahin kommen, daß der Staat, wenn er Zuschüsse gewährt, Lizenzen und Aufträge vergibt. Es muß ein Wettbewerb stattfinden. Derjenige, der den Auftrag bekommt – ob es für ein Krankenhaus ist oder sonst was –, muß dann selbst wirtschaftlich optimieren und auch seine Investitionen selber tätigen. Nur so können wir vernünftig vorgehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und F.D.P. – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Möllemann pur!)

Das bedeutet meiner Ansicht nach auch, daß wir im Rahmen der Debatte über die Verwaltungsreform, die sicherlich eng damit zusammenhängt, auch den Inve-

(Karl-Martin Hentschel)

stitutionsbegriff beim Staat auf den Prüfstand stellen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Plüschau.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war gerade Möllemann pur! Der Mann wird immer besser! Herr Plüschau, was machen Sie jetzt?)

Helmut Plüschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, Sie haben recht: Hier vorn zu stehen und Ihnen nachzueifern macht süchtig. Aber es kann nicht unwidersprochen bleiben, was Herr Eichelberg gesagt hat.

Ihre Reaktion beweist, daß man bei Ihnen genau den Kern getroffen hat. Wo ist die freie **Krankenhauswahl** nicht mehr gewährleistet? Woher soll die Landesregierung wissen, wo sich ihre Landeskinder behandeln lassen? Das können diese immer noch selber bestimmen. Sie werden keine Auskunft darüber bekommen, welches Krankenhaus die Kinder des Landes Schleswig-Holsteins auswählen. Insofern sind Sie auf dem Holzweg. Das muß einmal gesagt werden. Das kann die Landesregierung überhaupt nicht beantworten.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Helmut Plüschau [SPD]:

Gern, Herr Kubicki.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte schön!

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Kollege Plüschau, würden Sie mir freundlicherweise die Frage beantworten, ob Sie den Ausführungen, die der Kollege Hentschel gerade eben gemacht hat, zustimmen?

Helmut Plüschau [SPD]:

Ich denke, ich bin nicht berufen, Herrn Hentschel die Fragen zu beantworten; das möge ein anderer tun.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Kollege Eichelberg, es ist immer eine Freude, mit Ihnen zu diskutieren. Der **Bettenabbau** ist doch nicht deshalb erfolgt, weil man Lust hatte, Betten

abzubauen, sondern weil es – das haben Sie in Ihrem Antrag selber gesagt – heute technische Möglichkeiten gibt, mit denen die Liegezeiten verkürzt werden können, beispielsweise durch invasive Operationen.

Andererseits gibt es im südlichen Teil des Landes Attraktionen. So haben wir beispielsweise im Kreis Pinneberg hervorragende geburtshilfliche beziehungsweise gynäkologische Kliniken oder Abteilungen, die sogar von Hamburgerinnen genutzt werden, weil sich die Leute in kleineren Krankenhäusern sehr wohl fühlen. Das spricht sich bei den Ärzten herum, und die Ärzte im Hamburger Speckgürtel empfehlen, in Wedel oder Pinneberg zu entbinden.

Wir haben dort steigende Geburtenraten zu verzeichnen. Ich meine, das spricht auch für die Qualität. Das heißt, daß auch hier Konkurrenz das Geschäft belebt, und daß die Krankenhäuser in einer Konkurrenzsituation stehen, ist ja nun wohl überhaupt nicht zu bestreiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Jetzt liegen wirklich keine weiteren Wortmeldungen vor. – Meine Damen und Herren, ich bitte, in der Zukunft bei den Anträgen doch deutlich zu signalisieren, daß Sie auch geschäftsordnungsmäßig klar und korrekt sind. Das wäre jedenfalls hilfreich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das habe ich nicht verstanden, Herr Präsident!)

– Anträge, die im Plenum behandelt werden, können nicht zur endgültigen Beratung an Ausschüsse überwiesen werden. Das macht eben das Verfahren ein bißchen schwierig.

Es gäbe jetzt theoretisch zwei Möglichkeiten: Herr Kollege Eichelberg, es könnte sein, daß die CDU-Fraktion sagt, damit sei eigentlich der Bericht, wenn auch nicht ausgiebig, gegeben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das wäre eine theoretische Möglichkeit. Sonst – das wäre die zweite Möglichkeit – müßten wir das dem Ausschuß überweisen.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Wir bitten um Ausschußüberweisung! Dort soll die Vorlage weiterberaten werden! – Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist unsinnig, weil der Bericht doch bereits gegeben wurde!)

– Gut, es ist der Antrag auf Ausschußüberweisung gestellt worden. Wer diesem Antrag zustimmen will, die Vorlage an den Sozialausschuß zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist auf jeden Fall mit den Stimmen von CDU und F.D.P. und SSW bei einigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen der SPD

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so beschlossen worden. Die Vorlage ist damit dem Sozialausschuß überwiesen worden.

Meine Damen und Herren, mir ist mitgeteilt worden, daß wir jetzt noch den Tagesordnungspunkt 19 behandeln können. Weil es nachher eine Reihe von Veranstaltungen geben wird, werden wir allerdings die Beratungen über diesen Tagesordnungspunkt unterbrechen müssen und damit dann morgen früh fortfahren. Ist das Plenum damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich rufe jetzt also Tagesordnungspunkt 19 auf:

Tätigkeit von Sekten in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/546

Das Wort hat die Frau Ministerpräsidentin.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 1995 hat die Landesregierung auf Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion dem Landtag einen ersten **Bericht über Aktivitäten von Sekten** in Schleswig-Holstein gegeben. Ich hatte Ihnen damals in der Debatte zugesagt, daß wir in Zukunft den Landtag regelmäßig informieren wollen, und zwar in einem Zeitraum von etwa zwei Jahren. Dies ist nun heute der zweite Bericht. Der Bericht dient der Information des Parlaments und der Öffentlichkeit über mögliche Gefahren, die von Sekten ausgehen können, und er gibt Auskunft über den Stand der politischen Diskussion und die Arbeit der Landesregierung auf diesem Feld.

Die Attraktivität von magisch-mythischem Denken, von okkulten Mächten, hermetischen Weltbildern und angeblich heilbringenden Gurus scheint gegenwärtig eher zu- als abzunehmen. Die Motive sind uns nicht alle bekannt. Dennoch müssen wir uns auf Motivsuche machen. Eine Ursache dürfte in dem großen gesellschaftlichen Trend zur Individualisierung liegen. Zwar sind wir in unserer modernen Gesellschaft immer mehr aufeinander angewiesen. Der Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Informationen kann leichter bewerkstelligt werden, aber viele Menschen finden sich nach ihrem eigenen Erleben immer mehr auf sich allein gestellt. Das ist ein großes **Motiv**, nach **Hilfen in Sekten** zu suchen.

Dann gibt es noch andere Motive. Das sind etwa die Zahlenmagie des näherrückenden Jahres 2000, die Jahrtausendwende, die Arbeitslosigkeit, Kritik an der technischen Zivilisation.

Warum mischt sich der Staat überhaupt in die Frage ein, was Menschen glauben oder was sie nicht glauben wollen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das fragen wir uns auch!)

– Dann hätten Sie uns nicht den Auftrag dazu geben dürfen, wenn Sie sich fragen, warum wir uns damit beschäftigen. Ich hatte das so verstanden, daß es Sie interessiert, Herr Kubicki.

Wenn sich heute staatliche Stellen mit dem Thema beschäftigen, geht es nicht um Sekten im theologischen Sinne. Es geht also nicht um abgespaltene christliche Glaubensgemeinschaften, die sich auf zusätzliche Offenbarungs- und Wahrheitsquellen neben der Bibel berufen. In Fragen religiöser Wahrheit und des religiösen Bekenntnisses hat sich der Staat aus gutem Grund nicht einzumischen. Unser Augenmerk muß aber Organisationen gelten, die eine problematische Praxis aufweisen und die sich uns gegenüber verschließen.

(Beifall der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Die **Gefahren**, die von **Sekten** ausgehen können, betreffen vor allem die Menschenwürde, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die individuelle Willensfreiheit, das Eigentum und die psychische und physische Gesundheit. Um diesen Gefahren zu begegnen, ist die wichtigste Aufgabe der Politik, Informationen im Sinne von Verbraucherschutz zu geben.

(Beifall bei SPD, F.D.P. sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, worauf sie sich einlassen, wenn sie sich auf etwas einlassen. Aber letztlich kann niemand einem erwachsenen Menschen die Entscheidung für oder gegen eine Gruppe abnehmen.

Von den Regierungen des Bundes und der Länder wurde in den vergangenen Jahren auf etwa 40 problematische Organisationen im einzelnen hingewiesen. Der neue schleswig-holsteinische **Sektenbericht** nennt konkret 16 **Organisationen** oder Bewegungen, die hier bei uns im Land auftreten. Im 95er Bericht waren es erst 12. Aber das muß kein Indiz für eine Vermehrung der Gruppen sein; es zeigt eher die inzwischen umfassendere Informationsgrundlage und daß wir aus der Bevölkerung mehr Hinweise bekommen. Dabei ist durchaus zwischen den einzelnen Gruppierungen zu differenzieren. Dabei sind auch interne Entwicklungen, soweit wir sie beobachten können, zu berücksichtigen.

Bei manchen indischen Gurusekten, die nach Höhepunkten in den siebziger und in den frühen achtziger Jahren jetzt eher schrumpfen als wachsen – vielleicht mit einer gewissen Altersmüdigkeit; man hat keine Lust mehr, auf den Straßen singend und tanzend herumzugehen – scheint die Konflikträchtigkeit abzunehmen. Manche scheinen sich inzwischen auch darum zu bemühen, die selbstgewählte Isolation zu überwinden und mit ihrer sozialen Umgebung ins Gespräch zu kommen. Dies wird von der Landesregierung dann eher als eine positive Tendenz eingeschätzt. Gleichzeitig gibt es aber im esoterischen

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Bereich sektenartige Verfestigungen von Abhängigkeitsbeziehungen und extreme Neuformationen im christlich-fundamentalistischen Spektrum. Insgesamt stellen wir fest, daß die Gefahren, die von fest organisierten Sekten ausgehen können, heute nicht größer als vor zwei Jahren sind. Terrorsekten wie Aum oder Sonnentempler gibt es in Deutschland Gott sei Dank nicht.

Gestatten Sie mir nun einige Bemerkungen zur **Scientology-Organisation**. Sie steht zu Recht in der Öffentlichkeit als Hauptthema im Mittelpunkt. Die Aktivitäten dieser Organisation werden zu Recht mißtrauisch beäugt. Zur Scientology-Abteilung „Church“ gehören in Schleswig-Holstein mehrere hundert bis maximal eintausend Anhängerinnen und Anhänger. Das ist schwer zu schätzen, weil sich viele dazu nicht bekennen und einige sogar offen lügen, wenn sie der Sekte angehören und nach außen hin abstreiten, daß sie ihr je angehört haben. Nach unseren Erkenntnissen werden sie von der Zentrale in Hamburg aus geführt.

Zur Wirtschaftsabteilung der Scientologen WISE – World Institute of Scientology Enterprises – gehören nach unseren Erkenntnissen hier im Land etwa 20 bis 30 Firmen. Dabei sind die Schwerpunkte Immobilienhandel und Kommunikationstraining. Allerdings: Es handelt sich in der Regel um kleine Firmen, die auch wieder unter anderen Namen auftreten, in diese eingehen oder sich neu formieren.

Zur scientologischen Erziehungsabteilung ABLE – Association for Better Living and Education – gehören die Einrichtungen Narconon in Itzehoe und das deutsche Scientology-Internat in Bjerrndrup in Dänemark.

In Sachen Narconon läuft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der unerlaubten Ausübung der Heilkunde. Um den Fall Bjerrndrup, wo Kinder aus mehreren Bundesländern offenbar vorsätzlich der Schulpflicht bei uns entzogen werden, kümmert sich jetzt dankenswerterweise die dänische Regierung.

Das **Thema Scientology** ist im vergangenen Jahr auch von der **Ministerpräsidentenkonferenz** behandelt worden. Wir haben uns auf ein konkretes Maßnahmenbündel geeinigt wie etwa auf eine Gesetzesinitiative zur Verbesserung des Verbraucherschutzes auf dem Markt der sogenannten gewerblichen Lebensbewältigungshilfen. Weiter haben wir uns auf die einstimmige Forderung an den zuständigen Bundesinnenminister geeignet, ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren einzuleiten, und wir haben uns auf die Prüfung der Zuständigkeit des Verfassungsschutzes geeinigt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Da Scientology einen totalitären Herrschaftsanspruch in Theorie und Praxis erhebt und versucht – zum Teil vom Ausland her –, politisch auf die Bundesrepublik Deutschland Einfluß zu nehmen, halte

ich die Zuordnung dieser Organisation zum politischen Extremismus für eine realistische Einstufung.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Frauke Walhorn [SPD])

Wir brauchen bundesweit Einvernehmen darüber, um welche Art von Organisation es sich handelt. Wir wollen kein Nord-Süd-Gefälle, sondern ein bundeseinheitliches Vorgehen. Dazu werden die Innenminister des Bundes und der Länder bis zur Ministerpräsidentenkonferenz am 3. Juli eine gemeinsame Linie finden.

Dann wäre auch endlich die künstliche Aufgeregtheit aus der Diskussion, und keiner könnte mehr den einen gegen den anderen ausspielen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Zur Scientology-Anzeige in der „International Herald Tribune“ vom 9. Januar wurde von amerikanischer Seite das Notwendige gesagt. Das US-Außenministerium hat den Vergleich mit den Holocaust-Opfern „empörend“ genannt, die neue Außenministerin Albright nannte ihn „geschmacklos“. Auch mehrere jüdische Organisationen haben den Vergleich zurückgewiesen.

Für bemerkenswert halte ich einen Leitartikel der „Washington Post“, den die „Zeit“ am 14. Februar auszugsweise dokumentiert hat. Ich darf mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitieren. Dort heißt es unter anderem:

„Eine lebendige und gesunde Demokratie wie Deutschland, die sich immer wieder den schrecklichen Auswüchsen ihrer jüngeren Geschichte stellen muß, versteht möglicherweise besser als die Vereinigten Staaten von Amerika, wann die Linie zwischen dem Eintreten für eine Religion und dem Entstehen einer Bedrohung für die bürgerliche Ordnung überschritten wird.“

(Beifall im ganzen Haus)

Dem ist nichts hinzuzufügen, und es wäre zu wünschen, daß Scientology es nicht mehr wert wäre, ein politisches Dauerthema bei uns zu sein.

(Beifall im ganzen Haus)

Erlauben Sie mir bitte zum Schluß noch zwei Bemerkungen. Ich bin froh, sagen zu können, daß beim Sektenthema die parteipolitische Konkurrenz fast gar keine Rolle spielt. Es gibt einen ganz weitgehenden **demokratischen Grundkonsens** über das, was der Staat tun soll und was nicht. Ich glaube, daß man darauf setzen kann, daß Frau Röper ihr großes Fachwissen und Engagement in dieser Sache auch ihren Parteifreunden in der Bundesregierung zur Verfügung stellt, wenn diese den Wunsch haben, sich zu informieren. Manchmal hat man das Gefühl, sie reden ein bißchen wie der Blinde von der Farbe.

Ein Ausdruck des Konsenses in Schleswig-Holstein war vor gut zwei Jahren die Einrichtung unserer

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Informations- und Dokumentationsstelle, die mit ihrer klaren Konstruktion bundesweit inzwischen als vorbildlich gilt. Es ist eine unabhängige Arbeitseinheit. Sie hat eine landesgesetzliche Grundlage, wird durch eine interministerielle Arbeitsgruppe unterstützt und leistet hervorragende Arbeit. Ich darf allen, die sich daran beteiligen, den Dank der Landesregierung aussprechen.

(Beifall im ganzen Haus)

Unsere Materialien – Plakat, Faltblatt und Broschüre – haben in der Zwischenzeit Maßstäbe gesetzt. Das Sekten-Plakat wird jetzt auch in Österreich und in der Schweiz nachgedruckt. Man sollte eigentlich Urhebergebühren dafür erheben, damit die Kasse auch ein bißchen was davon hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Landesregierung ist klar: Es geht uns bei den meisten Sekten nicht um Verboten oder Bevormunden, sondern um Aufklärung. Dazu soll der Ihnen jetzt vorgelegte Bericht beitragen. – Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Geduld.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Röper.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Endlich mal wieder eine gute Rede, Frau Ministerpräsidentin!)

Ursula Röper [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon gesagt: Sekten und ähnliche Gruppierungen boomen und immer neue tauchen in Deutschland auf. Die Zeitabstände zwischen Sektenkatastrophen in der Welt werden kürzer, die unfaßlichen Ereignisse rücken näher. Erst waren es die Davidianer in Texas. Die Aktivitäten der Aum-Sekte in Tokio und der Gruppentod der Sonnentempler vor unserer Haustür, in der Schweiz und in Frankreich machen betroffen. Daher ist es wichtig, daß wir uns durch **Information und Aufklärung**, durch demokratischen Widerspruch und auch durch demokratischen Widerstand gegen totalitäre Gruppierungen wehren.

(Beifall im ganzen Haus)

Daß es auch in Schleswig-Holstein zahlreiche problematische Gruppierungen gibt, zeigt der **Sektenbericht** auf. Identitätskrisen, Sinnkrisen, Ethik- und Wertekrisen bereiten den Nährboden für die angeblichen Heilslehren bei Hunderttausenden von Menschen; denn die Sehnsucht der Menschen, diese Krisen zu überwinden, ist stark. In der trügerischen Hoffnung, bei diesen Gruppen Geborgenheit, Erfolg und den Sinn des Lebens zu finden, begeben sie sich in Abhängigkeit, Gruppenzwang und Psychodruck und sind durchaus auch bereit, riskante Experimente zu akzeptieren.

Zahlreiche Ursachen für die Entwicklungen sind in dem Bericht aufgeführt. Menschen brauchen Gemeinschaft, brauchen Kommunikations- und Bindungsmuster. Wenn sie diese Bedürfnisse nicht in der Familie, im Freundeskreis oder in sozialen Institutionen befriedigen können, suchen sie sich neue Gruppierungen, die Problemlösungen für alle Bereiche des Lebens versprechen. Daß dann der einzelne hier nichts mehr gilt, weil die Organisation ihn total für ihre Zwecke vereinnahmt, merken viele Suchende oft zu spät.

Die **semantische Konfusion** über die Benennung der unterschiedlichen Gruppen, die unter der Bezeichnung Sekten, neuere religiöse oder weltanschauliche Gruppierungen, Psychogruppen und so weiter diskutiert werden, muß bereinigt werden, und vor allem im Bereich der nichtreligiösen Problemgruppen brauchen wir eine präzisere Begrifflichkeit. Eine Macht- und Kommerzorganisation wie Scientology als Sekte zu bezeichnen würde ihr im öffentlichen Verständnis und auch nach der Definition der klassischen Religionswissenschaft gerade den Status einer religiösen Sondergruppe zuerkennen, den sie nun weiß Gott nicht hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vielleicht wäre hier „Bewußtseinstechologie“ eine konkretere Bezeichnung. Aber ich weiß auch, daß es schwierig ist, eine gängige Sprachpraxis in der Gesellschaft zu verändern.

Es gibt in Schleswig-Holstein zahlreiche Gruppierungen, die für den einzelnen und für die Gesellschaft problematisch und gefährlich sind. Bewußtseinsverändernde Zielsetzungen, ein systematisches Transformieren der Persönlichkeit des Individuums und ein Herauslösen aus dem persönlichen Lebensgeflecht sind die inhumanen Grundbetriebssysteme und entziehen die Betroffenen dem demokratischen Gemeinwesen. Durch sogenannte therapeutische Techniken soll ein „neuer Mensch“ geschaffen werden, mit neuen Wertprioritäten und anderen sozialen Formen, die zum Teil in erheblichem Widerspruch zu unserer gesellschaftlichen Werteordnung stehen.

Die **Zeugen Jehovas**, von denen der Landeskirchliche Beauftragte für Sekten- und Weltanschauungsfragen der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern sagt, „sie wäre eine totalitäre Kommerzgruppe, die außer den doktrinären Vorgaben ihres Zentralorgans ‚Wachturm‘ nichts anderes gelten lasse“, kommen im vorliegenden Bericht über die Tätigkeit von Sekten nicht vor, obwohl auch diese Gruppierung bei uns im Lande sehr aktiv ist. Ich meine, die Zeugen Jehovas sollten mit aufgeführt werden, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, daß sie in eigentümlicher Liberalität verharmlost und in ihrer problematischen Systemeigenart ignoriert würden.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das war eine sehr unpassende Bemerkung, Herr Kollege.

(Ursula Röper)

Im Bericht wird deutlich, daß nach wie vor **Scientology** die größte und aktivste Organisation in Schleswig-Holstein ist, die zudem auch keine nichtaktiven Mitglieder duldet. Von daher bin ich mit der Aussage des Berichts, daß in der Frage der Beschäftigung von Scientologen im öffentlichen Dienst die Landesregierung die geltenden beamten- und tarifrechtlichen Möglichkeiten für ausreichend hält, um scientologischen Bestrebungen entgegenzutreten, nicht zufrieden und mit mir viele Eltern im Lande auch nicht. Gerade in sensiblen Bereichen, zum Beispiel in Kindergärten und Schulen, wo subtil Einfluß auf Kinder und junge Menschen genommen werden kann, müssen wir rechtliche Möglichkeiten finden, um Scientologen hier nicht aktiv werden zu lassen.

(Beifall bei CDU und SPD)

„Ein bißchen Scientologe sein“, gibt es nicht, sondern die Mitglieder dieser Organisation sind gehalten, ständig und überall zu werben und neue Betätigungsfelder und auch Kunden zu erschließen. Wie wollen wir es zur Zeit den Eltern erklären, die ihre Kinder zu einem Scientologen in den Unterricht geben müssen, daß Bund und Länder die Organisation als totalitär, gefährlich und rassistisch einstufen, daß sie dem politischen Extremismus zugeordnet wird, daß oberste Bundesgerichte ihr menschenverachtende Praktiken attestieren und daß Aussteiger berichten, daß persönlichkeitszerstörende Praktiken angewendet werden, aber daß die Eltern im Moment per Gesetz gezwungen sind, ihre Kinder weiter von einem Scientologen unterrichten zu lassen. Ich meine, hier ist es nötig, daß wir die tarif- und dienstrechtlichen Voraussetzungen schaffen, um Mitglieder von Scientology vom Umgang mit Kindern und Jugendlichen auszuschließen. Ich weiß, daß dies sehr schwierig ist, und es wird auch kontrovers durch alle Fraktionen diskutiert. Aber ich meine, vor dem Hintergrund der Verantwortung für die jungen Menschen müssen wir nach neuen Maßnahmen suchen.

Dr. Keltsch, Richter am Oberlandesgericht in München und seit Jahren intensiv mit dem Psychomarkt und Sekten befaßt, spricht davon, daß sich hinter den Kultbewegungen ein neuer Typus des politischen Extremismus verbirgt, der an die Macht will und der sein Programm für die Veränderung des Menschen, der Gesellschaft und des Staates wissenschaftlich-therapeutisch zu legitimieren versucht. Seiner Meinung nach ist nicht nur der einzelne, sondern unsere gesamte Gesellschaftsordnung gefährdet, wenn nicht entschiedener reagiert wird gegen einen Therapeutismus mit gesellschaftsveränderndem Anspruch.

Ein idealtypisches Beispiel für politisch extremistischen Therapeutismus, der unsere Grundwerteordnung ganz oder teilweise außer Kraft setzen will, ist für ihn Scientology, denn die Gefährlichkeit liegt unter anderem in der antihumanen Umerziehungspraxis und einer das Mitgefühl zerstörenden systemisch-biologischen Konditionierungstechnik, im Training eines rücksichtslosen Ellenbogenmenschen, für den der Zweck die Mittel heiligt. Von daher ist es meiner

Meinung nach auch nötig, eine Überprüfung von Bewerbern im öffentlichen Dienst auf eine Mitgliedschaft in der Scientology-Organisation und deren Tarnorganisationen vorzunehmen, wie es auch bereits in Bayern geschieht. Diese Meinung wird auch durch das Gutachten von Professor Abel unterstützt, das von der Landesregierung Schleswig-Holstein in Auftrag gegeben wurde. In ihm wird als Ergebnis festgestellt, daß das Menschen- und Gesellschaftsbild von Scientology den elementaren Prinzipien der Gesellschafts- und Werteordnung des Grundgesetzes widerspricht, und daß das scientologische Gedankengut durchgängig als verfassungsfeindlich einzustufen ist.

Frau Ministerpräsidentin, ich hoffe daher sehr, daß es im Sommer dieses Jahres zu einer Verfassungsschutzbeobachtung von Scientology kommen wird, wenn die eingesetzte Arbeitsgruppe zu diesem Thema ihre Beratungen abgeschlossen hat. Falls sich herausstellen sollte, daß es längerfristig nicht möglich ist, durch die unterschiedliche Bewertung ein bundeseinheitliches Vorgehen zu erreichen, sollte Schleswig-Holstein selbst aktiv werden, so wie einige andere Länder auch.

(Beifall bei der CDU)

In dem Bericht bleibt die Frage offen, wann und wie die Landesregierung den Beschluß der **Konferenz der Regierungschefs** und des Bundeskanzlers vom Dezember 1996 umsetzen wird, die Einflußnahme von Scientology-Firmen auf staatliche Stellen, insbesondere in den Bereichen Schulung und Beratung, auszuschließen.

Auch in den anderen **europäischen Nachbarländern** geht man mittlerweile entschlossener gegen Scientology vor. In Mailand wurden 29 Angehörige der Scientology-Organisation wegen Bildung einer verbrecherischen Vereinigung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Man beschuldigte sie, sich durch die Leichtgläubigkeit ihrer Anhänger bereichert zu haben. In Athen wurde die Auflösung des griechischen Zweiges der Scientology-Organisation per Gericht angeordnet, und in Frankreich wurden im November 1996 zum ersten Mal gegen Verantwortliche von Scientology Freiheitsstrafen wegen fahrlässiger Tötung und Betrug verhängt. – Wegen fahrlässiger Tötung deshalb, weil sich ein Mensch in seiner Not, weil er aus der Organisation nicht mehr herauskam, selbst umgebracht hat.

Insgesamt ist die Arbeit der **Informations- und Dokumentationsstelle** mit Aufklärungsmaterialien, Fortbildungsseminaren für Lehrende und Öffentlichkeitsarbeit anzuerkennen. Der Handlungsbedarf für politische Entscheidungen wird dabei in zahlreichen Feldern deutlich.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Ich möchte Herrn Dr. Bartels ausdrücklich für seine ständige Gesprächsbereitschaft danken.

(Beifall im ganzen Haus)

(Ursula Röper)

Ich hoffe, daß wir alle gemeinsam bald zu den von mir angesprochenen politischen Entscheidungen kommen werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall' Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Walhorn.

Frau Walhorn [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! In dem Ziel, Menschen vor skrupellosen Seelenfängern und Scharlatanen zu schützen, sind sich – das ist erfreulich festzustellen – Bund und Länder parteiübergreifend einig. Das stellte die Ministerpräsidentin im Januar 1996 im Zusammenhang mit einer Debatte hier im Haus fest. Auch heute hat sie sich wieder ähnlich geäußert. Folgerichtig wurden auf eine gemeinsame Initiative der Länder Schleswig-Holstein und Bayern hin – so sagt uns der Bericht zur Tätigkeit von Sekten in Schleswig-Holstein – bei der **Ministerpräsidentenkonferenz** 1996 und in Folgekonferenzen der Ressortminister Maßnahmen beschlossen, die nach unserer Auffassung geeignet wären, auf Bundesebene überfällige Lösungen für die von Sekten und sogenannten Psychogruppen verursachten vielfältigen Probleme anzugehen. Ich frage mich, warum in Bonn nichts passiert.

Unser Bericht hier in Schleswig-Holstein macht deutlich, daß schon die **Begrifflichkeit** – Sie haben das auch schon angesprochen, Frau Röper – Probleme bereitet und zu Mißverständnissen verleitet. Nicht jede genannte Gruppierung ist eine Sekte – schon gar nicht jede ist eine Kirche. Die Organisation Scientology ist derzeit sicher die auffälligste Gruppierung dieser Art. Aber gerade am Thema Scientology, das wir vor einigen Wochen auf einem SPD-Forum hier im Hause diskutiert haben, läßt sich deutlich machen, worum es im politischen Diskurs und im politischen Handeln gehen muß und worum es nicht gehen kann.

Es geht nicht darum, etablierte Glaubensgemeinschaften gegen die Konkurrenz nichtetablierter in Schutz zu nehmen. Es geht uns auch nicht darum, die ideologischen Konstruktionen zu bewerten, die die betreffenden Gruppierungen anbieten. Was aber **Staat und Gesellschaft zum Handeln aufrufen muß**, ist der **Mißbrauch von Menschen**, die Antworten und Orientierung suchen. Organisationen, die darauf abzielen, ihren Mitgliedern ihre persönliche und geistige Unabhängigkeit soweit zu rauben, daß sie nicht mehr an einen Ausstieg aus der Organisation denken können, Organisationen, die ihre Mitglieder ihren Mitmenschen und Familien entfremden, ihnen und auch oft ihren Angehörigen durch finanzielle Forderungen und Arbeitsverpflichtungen das letzte Hemd abnehmen; Organisationen, die wirtschaftliche und politische Machtpositionen ohne demokratische Kontrolle und Legitimation für sich beanspruchen,

können sich nicht auf das Grundrecht der freien Ausübung ihrer Religion berufen.

(Beifall bei der SPD)

Der Ihnen vorliegende **Bericht** der Informationsstelle zeigt, daß unser Beschluß von 1994 zur Einrichtung dieser Stelle goldrichtig und bitter notwendig war und ist.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Sie ist als Frühwarnsystem und Beratungseinrichtung für Betroffene und Interessierte sehr wichtig. Es zeigt sich, daß sie auch wahrgenommen wird.

Mit der Darstellung der grundsätzlichen Probleme, die durch die sehr unterschiedlichen Ideen, Strömungen und Aktivitäten der in Schleswig-Holstein und auch darüber hinaus organisierten Gruppen und Bewegungen entstehen, gibt der Bericht ein informatives Bild. Angesichts des immensen Informationsbedürfnisses von Schulen, Lehrern und Lehrerinnen, auch aus der Erwachsenenbildung, ist zu empfehlen, daß dieser **Bericht** an diese Bildungseinrichtungen als Unterrichtsmaterial weitergegeben wird. – Ich freue mich, daß er bereits in gebundener Form vorliegt.

(Beifall bei der SPD)

Lehrer und Lehrerinnen, aber auch Betriebe, Eltern, Schüler und Schülerinnen fragen immer wieder nach Material zur Aufklärung, und sie fragen nach politischem Handeln und der tatsächlichen Umsetzung, zum Beispiel der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz. Der Bericht gibt darüber Aufschluß, was in dieser Angelegenheit passiert.

An dieser Stelle möchte ich – wie meine Vorrednerinnen und Vorredner – nicht versäumen, dem Mitarbeiter und der Mitarbeiterin des ID, der **Informations- und Dokumentationsstelle**, unseren Dank für ihre wirklich fundierte Arbeit auszusprechen.

(Beifall)

Für den engagierten Einsatz in der Informationsstelle und über die Informationsstelle hinaus, für die aktuellen Stellungnahmen, die Informationsmaterialien und die Informationen auf – wie wir alle gelernt haben – sehr gut besuchten Veranstaltungen danken wir ihnen.

Unter der Überschrift „Verbraucherschutz“ weist der Bericht auf die Notwendigkeit bundeseinheitlicher Regelungen zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Markt der sogenannten Lebensbewältigungshilfe hin.

Wir, die SPD-Fraktion, teilen diese Auffassung, und wir sind mit der Landesregierung und der entsprechenden Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder der Meinung, daß in dieser Frage dringender und schneller Handlungsbedarf besteht. Ebenso sind Fragen nach der Qualifikation der sogenannten Lehrenden, ob es nun Guru, Heiler, Geister, Titanen oder

(Frauke Walhorn)

was auch immer sind, und Fragen nach Kosten, Risiken oder Nebenwirkungen im Sinne eines finanziellen aber auch gesundheitlichen Verbraucherschutzes zu beantworten. Es müssen Rücktrittsrechte in Verträgen formuliert werden, und die zwangsweise Erbringung, beispielsweise von Dienstleistungen, als Bezahlung für sogenannte Lebenshilfe – wie das bei den Scientologen passiert – muß endlich ausgeschlossen werden.

(Beifall)

Organisationen wie Scientology und andere, zum Beispiel die Mun-Bewegung oder die Vereinigungskirche, die sich sehr häufig nichtsozialversicherter, nichtversteuerter **Mitarbeiter** bedienen, bei denen die Einhaltung arbeitsrechtlicher, gesundheitsrechtlicher Bestimmungen mehr als fraglich ist und die in vielen Fällen nachweislich nicht eingehalten werden, müssen endlich überprüft werden können. Die unqualifizierte Ausübung von Heilkunde ist sofort zu unterbinden und gegebenenfalls, sofern es sich denn um unerlaubte Praktiken handelt, auch strafrechtlich zu verfolgen. Wir sind ebenso wie die Ministerpräsidenten- und Ressortsministerkonferenzen der Jahre 1995 bis 1996 der Auffassung, daß die in diesen Konferenzen beschlossenen Maßnahmen unverzüglich einzuleiten sind.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

So einig, wie wir uns im Lande in der Notwendigkeit der Bekämpfung von Organisationen sind, die die seelische und finanzielle oder körperliche Notlage von Menschen, ihre Unsicherheiten und Wünsche nach Lebenshilfe ausnützen und ausbeuten, um ihre Kassen zu füllen, so notwendig ist auch der Einstieg der Bundesregierung in gesetzliche Regelungen für gewerblichen und gesundheitlichen Verbraucherschutz in dieser Frage.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus ist – da teile ich Ihre Auffassung, Frau Röper – der Einsatz von Verfassungsschutz zum Beispiel in Sachen **Scientology Church** wirklich ernsthaft zu prüfen und gegebenenfalls auch zu beschließen. Über die weiter von Ihnen gestellten Forderungen sollten wir, denke ich, in der Tat im Ausschuß debattieren.

Vor dem Hintergrund wachsender Armut und der Sorge um nicht mehr ausreichend gesicherte Gesundheit wenden sich immer mehr Menschen Angeboten zu, die außerhalb des Begreifbaren liegen. Sie fallen häufig, viel zu häufig, auf die abstrusesten **Angebote zur Heilsfindung** herein. Der Markt dieser Angebote, der Ernsthaftes, Banales, Harmloses und Gefährliches in buntem Durcheinander anbietet und anpreist, wird immer unübersehbarer, angefangen bei der esoterischen Buchhandlung bis zu den Grenzbereichen zwischen Wissenschaft und Religion. Die Politik ist in der Tat gefordert, aufzuklären über Ur-

sachen von Mitgliedschaften in solchen Organisationen, gefordert, Einrichtungen anzubieten, die Hilfestellung für Ausstiegswillige geben können, fordert, mit gesetzlichen Maßnahmen zu regeln, wo Regelung notwendig ist. Die Politik ist vor allem gefordert, immer wieder Informationen über die Skrupellosigkeit derartiger Organisationen überall dort anzubieten, wo diese Informationen die Menschen wirklich erreichen können.

Ich hoffe, daß dieser Bericht genutzt wird, um über das aufzuklären, was die genannten Organisationen in Schleswig-Holstein vorhaben und tun, daß das Angebot für Hilfe auch angenommen wird und den einen oder anderen davon abhalten wird, sich einer dieser Organisationen zuzuwenden.

Nochmals Dank an die Verfasser

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

und die Empfehlung zur Verbreitung des Berichtes an Bildungseinrichtungen und möglicherweise auch an Behörden, die dem Publikumsverkehr offenstehen. Ich bin wie Sie der Meinung, daß wir im Ausschuß noch einmal darüber diskutieren sollten, federführend im Sozialausschuß, mitberatend im Bildungsausschuß und im Innen- und Rechtsausschuß.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Fröhlich, Sie haben noch sechs Minuten Zeit. Wollen Sie reden? – Dann erhalten Sie das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man könnte beinahe sagen: Was den Menschen vor 2000 Jahren – also wie wir das zu nennen pflegen –, in der Zeit um Christi Geburt, die Löwen waren, ist uns heute der Verfassungsschutz. Aber genützt hat es nichts. Die Christen gibt es auch heute noch. – Dies nur als Vorbemerkung.

(Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Ich denke, in einer komplexen Gesellschaft wie der unseren gibt es bei den Menschen eine weitverbreitete Sehnsucht nach Reduktion der Komplexität.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Die Furcht vor der Freiheit – Erich Fromm hat das gesagt – findet ihren Niederschlag in Tendenzen der Gegenaufklärung. **Sekten** sind eine Ausformung solcher Tendenzen, Drogen – von Alkohol bis Ecstasy –, eine andere. Sekten bieten zudem Auswege aus der zunehmenden Vereinzelung. Die Suche nach Gemeinschaft findet in ihnen eine Antwort. Gerade auf dieses Defizit unserer Gesellschaft mit der charakteristischen Auflösung von Milieus und Bindungen – wir sprachen heute schon ausführlich darüber – antwortet zum Beispiel die Scientology Church – die

(Irene Fröhlich)

sogenannte Church – mit einigem Geschick. Mit Angeboten von Lebenshilfe über Selbstbehauptung bis zum Management-Training geht sie auf Menschenfang.

Nun stellt sich auch hier dem demokratisch verfaßten Staat die Frage: Wie gehen wir mit den Feinden der Freiheit um? Dabei haben wir säuberlich zwischen den Anführern und den Verführten zu trennen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Fröhlich, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Kollegin Fröhlich, würden Sie meine Auffassung teilen, daß es zumindest ungeschickt ist, die Christenverfolgung in Rom durch Löwen mit dem Verfassungsschutz zu vergleichen, einer Behörde des Landes, die unter der Aufsicht des Innenministers steht?

(Anhaltender Beifall bei F.D.P. und CDU)

– Nein, diese Auffassung teile ich nicht. Ich möchte Sie nämlich darauf aufmerksam machen, daß Sie eine Bewegung wie die der Christen, die – ich sage einmal – nun einmal zu wachsen hat, nicht totkriegen werden, ganz gleich, welche scharfen oder schärfsten Mittel Sie auch einsetzen. Das ist das, was ich Ihnen damit deutlich machen wollte. Wenn Ihnen das nicht gefällt, kann ich das nicht ändern.

(Ursula Röper [CDU]: Aber Sie brauchen Ergebnisse, um weitergehende politische Entscheidungen zu treffen! Dumm ist das einfach, weil Sie die ganzen Strukturen nicht kennen! – Holger Astrup [SPD]: Nicht alles, was hinkt, ist ein Beispiel!)

– Es reicht jetzt! Ich darf vielleicht weitersprechen. – Aktuell und typisch im Hinblick auf **Scientology** ist der Ruf nach der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Ich kann dem nichts abgewinnen, und ich bin darin mit meiner Fraktion einig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, unser Rechtsstaat bietet reichlich Möglichkeiten, Verstöße gegen Recht und Gesetz zu ahnden. Diese rechtlichen Möglichkeiten müssen gegen Scientology konsequent angewendet werden, da wo diese Organisation gegen Steuerrecht, Sozial- und Arbeitsrecht, Datenschutz oder Strafgesetze verstößt. Das kann durch Sonderkommissionen der Kriminalpolizei unterstützt werden.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist doch auch völliger Schwachsinn!)

Beim gegenwärtigen Kenntnisstand über die Aktivitäten von Scientology besteht auch nach Meinung verschiedener Rechtsgutachter keine Veranlassung, den Verfassungsschutz mit der Beobachtung zu beauftragen.

Ein weiteres Mittel der Demokratie ist die Aufklärung. Die **Informations- und Dokumentationsstelle** der Landesregierung ist dazu verpflichtet und geeignet. Sie arbeitet unter anderem auch mit dem IPTS zusammen, so daß Angebote für die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung gemacht werden. Eine solche Aufklärungsarbeit, zu der auch der vorliegende Bericht gehört, sollte sich aber einer sachlichen Sprache bedienen. Das stellt zwar auch der Bericht fest, er verstößt meiner Meinung nach selbst aber mehrfach dagegen.

Selbstverständlich ist die **Erziehung** unserer Kinder zu selbstbewußten Menschen ein wichtiger Faktor, um das Wachsen von Sekten zu bremsen. Das bedeutet aber auch, daß wir gesellschaftliche Rahmenbedingungen herstellen müssen, die den Menschen echte Einflußmöglichkeiten sichern und die gemeinschaftsfördernd sind. Davon sind wir weit entfernt.

Kulturelle **Bildung** ist notwendig. Wir haben in Brandenburg verschiedene Versuche, zum Beispiel philosophische Fragen schon in der Grundschule zu diskutieren. Dies halte ich für ein wirksames Mittel gegen Verunsicherung und Orientierungslosigkeit von Menschen. In der Schweiz ist man angesichts der Probleme neuer Heilsbewegungen, Sekten und so weiter dazu übergegangen, das wiedereinzuführen, was man einst per Volksentscheid abgeschafft hatte, nämlich den Religionsunterricht an den Schulen.

Wir haben also noch genügend nachzudenken und auch genügend miteinander zu besprechen. Wir sollten uns davor hüten, in Hysterie zu verfallen. Es tut mir sehr leid. Ich bin auch manchmal harmoniebedürftig, Frau Ministerpräsidentin. Aber an dieser Stelle stimme ich Ihnen nicht zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ursula Röper [CDU]: Das ist wahrscheinlich ein Informationsdefizit!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir die Sitzung jetzt unterbrechen. Wir werden den Tagesordnungspunkt 19 morgen früh um 10:00 Uhr wieder aufrufen, und dann wird der Herr Abgeordnete Dr. Klug beginnen.

Ich wünsche allen eine gute Heimkehr beziehungsweise eine interessante Veranstaltung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.00 Uhr